

# Ausführliche Hintergrundinformationen zur Wahlsynopse der Landtagswahl 2017

Herausgeber:  
Landesjugendring NRW  
Sternstraße 9-11  
40479 Düsseldorf



## Inhaltsverzeichnis

Landtagswahlprogramm der FDP	3
Landtagswahlprogramm der SPD	15
Landtagswahlprogramm der Grünen	24
Landtagswahlprogramm der Piraten	36
Landtagswahlprogramm der Linken	46
Landtagswahlprogramm der CDU	51
Landtagswahlprogramm der AfD	58

# Landtagswahlprogramm 2017 der FDP

Beschluss des Landesparteitages am 19. und 20 November in Berlin,

<https://www.fdp.nrw/sites/default/files/2017-01/Landtagswahlprogramm.pdf> (12.04.17)

## Thema Jugend

- *Jugendliche müssen stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse eingebunden werden. Wir setzen uns daher für ein unabhängiges und direktgewähltes Landesjugendparlament ein, welches verbindlichen Einfluss auf die Landespolitik nehmen kann. (Seite 35)*
- *Zudem muss auch auf kommunaler Ebene Jugendpartizipation verpflichtend sein. Kinder und Jugendliche können etwa durch Kinder- und Jugendräte direkt an für sie relevanten Entscheidungen und Planungen beteiligt werden. (Seite 35)*
- *Die offene Kinder- und Jugendarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Selbständigkeit junger Menschen und stellt die Teilhabe an unserer Gesellschaft sicher. Um die offene Kinder- und Jugendarbeit zukünftig verlässlich zu finanzieren, sollen die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans jährlich unter Berücksichtigung der zu erfüllenden Aufgaben sowie der Sach- und Personalkosten angepasst werden. (Seite 35)*

**Mehr zum Thema Jugend auch auf Seite 35 und 36**

## Thema Familie

- *Wir wollen ein neues Rechtsinstitut für Menschen ohne Liebesbeziehung einführen, die eingetragene Verantwortungsgemeinschaft. Die Verantwortungsgemeinschaft kann zwischen volljährigen Erwachsenen geschlossen werden. Viele von ihnen wollen sich beispielsweise im Alter die Unabhängigkeit von Pflegeeinrichtungen möglichst lange erhalten oder einfach das Leben gemeinsam meistern. (Seite 32)*
- *Daneben halten wir an unserer Forderung fest, die Ehe für homosexuellen Paare zu öffnen und diese somit in vollem Umfang gleichzustellen. (Seite 32)*
- *Zum Schutze von Kindern und Jugendlichen sollen in Deutschland Ehen und Verantwortungsgemeinschaften ausnahmslos erst ab 18 Jahren geschlossen werden dürfen. Im Ausland geschlossene Ehen dürfen nur dann anerkannt werden, wenn sie zwischen nach deutschem Recht Volljährigen geschlossen wurden oder aber mit Blick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips eine besondere Ausnahmegestaltung vorliegt, die im Einzelfall die Anerkennung einer Ehe unter Beteiligung einer nicht-volljährigen Person gebietet. (Seite 32)*
- *Jugendliche ab 16 Jahren sollen selbst Anspruchsberechtigte des Kindergeldes sein, sofern sie einen eigenen Haushalt führen. (Seite 32)*

**Mehr zum Thema Familie auf Seite 13, 14 und 32**

## Thema Schule

- *Bildung ist nationale Kernaufgabe. Der Bund koordiniert und unterstützt künftig finanziell stärker als bisher. Statt 16 unterschiedlicher Systeme der Bundesländer brauchen wir einen Wettbewerb der einzelnen Bildungseinrichtungen um die besten Ideen. (Seite 1 - ausführlich Seite 7)*
- *Einstellung von Sozialpädagogen. Wir wollen, dass jeder Schule die Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen ermöglicht und langfristig gesichert wird. Multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeit und Schulpsychologie vernetzen sich mit der Jugendhilfe und sind als Ansprechpartner für alle Schülerinnen und Schüler Hilfeinstanz, sowie unterstützen die Umsetzung der Inklusion und die Betreuung, Förderung und Integration (Seite 9)*

- *Neues Schulfach: Politik, Wirtschaft, Recht. Wir schlagen vor, in der Sekundarstufe I ein Schulfach „Politik, Wirtschaft, Recht“ einzuführen. Junge Menschen benötigen im Alltag sowie in jeder beruflichen Tätigkeit ökonomische Grundkenntnisse. In diesem ordentlichen Unterrichtsfach sollen u. a. auch Verbraucherkenntnisse vermittelt werden. (Seite 10)*
- *Für einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache. Insbesondere durch die dauerhafte Einwanderung vieler Menschen aus der Türkei seit den 1950er Jahren ist auch der Islam in Nordrhein-Westfalen zu einem gesellschaftlich relevanten Glaubensbekenntnis geworden. Jeder, der die Werte unseres Grundgesetzes akzeptiert und sich an die Gesetze hält, soll seinen Glauben gleichberechtigt leben können. Daher setzen wir uns auch für einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und von in Deutschland ausgebildeten Religionslehrerinnen und Religionslehrern in den Schulen ein. (Seite 24)*
- *Zur Ausstattung der naturwissenschaftlich-technischen Fachräume (MINT) und der IT-Infrastruktur an den Schulen sollen Bund und Länder ein gemeinsames Sonderprogramm auflegen. (Seite 8)*
- *Es muss sichergestellt werden, dass jede Schule über eine schnelle Internetverbindung, ein leistungsfähiges W-LAN-Netz sowie über interaktive Smartboards, Laptops und Tablets verfügt, die im schulischen Alltag eingesetzt werden. Digitales Lehren und digitales Lernen müssen feste Bestandteile aller Schulen und aller Schulfächer sowie der Lehreraus- und -fortbildung werden. Alle Schulen sollen ein digitales Medienkonzept in den Schulalltag integrieren. Auch der Fachunterricht in Informatik muss ausgeweitet werden. (Seite 8)*
- *Wir wollen dreißig exzellente Top-Gymnasien mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung dahin bringen, wo sie am Dringendsten benötigt werden und maximalen Effekt erzielen: In kinderreiche Stadtteile mit den größten sozialen Herausforderungen. (Seite 1 - ausführlich Seite 7)*
- *Verbesserung von G8. Bei allen Überlegungen zu G8 und G9 muss die Qualität gymnasialer Bildung im Zentrum stehen. Wir wollen alle Gymnasien qualitativ, personell, und organisatorisch besser unterstützen. Die gezielte Vernachlässigung der Gymnasien durch SPD und Grüne ist wichtiger Beweggrund für die vielfältige Kritik an G8. Der verkürzte gymnasiale Bildungsgang (G8) wird aber auch von manchen Schülerinnen und Schülern sowie von Eltern als Belastung empfunden, weil bestmögliche Rahmenbedingungen für eine individuelle Förderung von der Landesregierung bisher nicht zufriedenstellend umgesetzt wurden. Einige Familien beklagen einen Zeitmangel etwa für Freizeit oder außerschulische Aktivitäten. Diese Sorgen der Familien nehmen wir ernst. (Seite 9)*
- *Erhalt von G8. Viele Gymnasien haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um G8 bestmöglich umzusetzen. Diejenigen Gymnasien, die G8 fortsetzen wollen, müssen diesen Weg mit bestmöglichen Rahmenbedingungen und fairer Unterstützung durch das Land weiter gehen können. Deshalb lehnen wir einen Zwang zur Rückkehr aller Gymnasien zu G9 entschieden ab. (Seite 10)*
- *Wir wollen aber sicherstellen, dass in dieser Frage auch regionale Gegebenheiten sowie die verschiedenen Bedürfnisse und Wünsche vor Ort berücksichtigt werden können. Deshalb wollen wir den Gymnasien vor Ort ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie ihr Angebot vom bisher acht-jährigen (G8) auf einen neunjährigen Bildungsgang (G9) bis zum solchen ergänzen. Eine derart gestärkte Autonomie für die Schulen unterstützt auch den Gedanken eines liberalen Schulfreiheitsgesetzes. (Seite 10)*
- *Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz für alle Schulformen einführen. (Seite 10)*
- *Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass die Qualität der Ganztagschulen angehoben wird, etwa durch Festlegen verbindlicher Qualitätsstandards für eine bessere sächliche und personelle Ausstattung. (Seite 10)*
- *Uns ist jedoch wichtig, dass Wahlmöglichkeiten der Eltern für einen Besuch ihrer Kinder auf Halbtagschulen erhalten bleiben. Daher wollen wir den Ganztagschulen auch bedarfsgerecht flexibilisieren. (Seite 10)*

**Mehr zum Thema Schule Seite 1, ausführlich ab Seite 7, 8, 9 und 10.**

## Thema Ausbildung & Studium

- *Die Meisterqualifizierung sollte aufgewertet werden, z. B. durch doppelqualifizierende duale Bachelorstudiengänge, die mit einem Bachelor und einem Meisterbrief abschließen. (Seite 12)*
- *Wir wollen das duale Ausbildungssystem und den Meisterbrief erhalten und stärken. Grundlagen dafür sind das ehrenamtliche Engagement etwa im Prüfungswesen und das Prinzip der Selbstverwaltung der Wirtschaft. Europäische Harmonisierungen dürfen nicht zu einer Aufweichung der weltweit anerkannten und qualitativ hochwertigen Ausbildung in Deutschland führen. (Seite 20)*
- *Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab. Wir wollen die Belastung der Betriebe durch immer neue Abgaben und zusätzlich. (Seite 12)*
- *Zusätzliche Belastungen wie etwa eine Ausbildungs- bzw. Praktikumsumlage (für den Mittelstand und das Handwerk) oder eine Diskussion um die Abschaffung des Handwerker-Steuerbonus lehnen wir ab. (Seite 20)*
- *Sammeln Internationaler Erfahrungen. Neben Studierenden sollten auch Auszubildende von Erfahrungen in anderen Ländern profitieren und sich auf den internationalen Arbeitsmarkt vorbereiten können. Dazu sollen die EU- Austauschprogramme wie Erasmus+ verstärkt auf Auszubildende ausgerichtet werden. (Seite 12)*
- *Internationale Austauschprogramme. Wir möchten, dass jeder Studierende die Chance zur Teilnahme an einem internationalen Austauschprogramm hat. Dazu müssen auch Stipendienprogramme weiter ausgebaut werden. (Seite 13)*
- *Erhöhung des elternunabhängigen Zuschuss im BaföG. Studierende sollen finanziell besser unterstützt werden. Das bisherige BaföG-System wollen wir durch einen elternunabhängigen Zuschuss für alle in Höhe von 300 Euro monatlich ersetzen. Diese Förderung fasst alle bisher an die Eltern gezahlten Leistungen und gewährten Vergünstigungen zusammen und kommt nunmehr direkt den Studierenden zu Gute. Der Anspruch auf Ausbildungsunterhalt gegenüber den Eltern in der Höhe entfällt im Gegenzug. (Seite 13)*
- *Darüber hinaus sollen alle Studierenden Zugang zu einem zinsgünstigen und zinsstabilen Studiendarlehen in Höhe von bis zu 500 Euro monatlich erhalten, das im Lauf des Erwerbslebens unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurückgezahlt wird. (Seite 13)*
- *Des Weiteren soll auch die abgeschaffte Anwesenheitspflicht durch Live-Streams und verpflichtende Onlineangebote der Vorlesungsinhalte in die gelebte Praxis umgesetzt werden. Weiterhin wollen wir prüfen, inwiefern online im Rahmen eines MOOC (Massive Online Open Course) erworbene Zertifikate, die häufig von renommierten internationalen Universitäten angeboten werden, als Studienleistung anerkannt werden können. (Seite 13)*
- *Einführung von Studienbeiträgen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Hochschulen wieder die Möglichkeit erhalten, Studienbeiträge einzuführen. Die Hochschulen sollen daher eigenständig darüber entscheiden können, ob sie mit Studierenden so genannte Studienverträge abschließen. In den Studienverträgen sichern die Hochschulen den Studierenden exzellente Studienbedingungen und verbindliche Förderangebote zu. (Seite 13)*

**Mehr zum Thema Ausbildung und Studium auf Seite 10, 11, 12 , 13 und 20.**

## Thema Außerschulische Bildung

- *„Lebenslanges Lernen“ muss vom Schlagwort zur Realität werden. Dies muss auch auf dem Arbeitsmarkt gezielt unterstützt werden, etwa durch Bildungssparen, Weiterbildung in den Unternehmen sowie eine Steuer- und Arbeitsmarktpolitik, die Weiterbildung auch von Beschäftigten und Selbständigen fördert. Das schafft Aufstiegschancen für jeden jederzeit. Gemeinsam mit den Partnern aus der vielfältigen*

Weiterbildungslandschaft wollen wir das bestehende Angebot ausbauen und alle Menschen zu kontinuierlicher Weiterbildung ermuntern. (Seite 17)

- *Freiwilliges Jahr in Handwerk und Mittelstand. Junge Erwachsene können im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes ein Freiwilliges Soziales Jahr – etwa in einer sozialen oder politischen Einrichtung – oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr – etwa auf einem Bio-Bauernhof – ableisten. Wir wollen, dass ihnen auch ein „freiwilliges Jahr in Handwerk und Mittelstand“ ermöglicht wird. (Seite 20)*
- *Wir wollen die Teilhabe an der digitalen Welt für Seniorinnen und Senioren erleichtern. Dazu können auf die besonderen Bedürfnisse und Belange der älteren Generation ausgerichtete Bildungsangebote beitragen. (Seite 35)*

**Mehr zum Thema außerschulische Bildung aus Seite 17, 20 und 35.**

## Thema Sport, Freizeit & Kultur

- *Vereine leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Integration und Inklusion. Wir wollen ihre Arbeit durch eine konsequente Entbürokratisierung des Ehrenamts und eine zuverlässige und berechenbare Unterstützung erleichtern. (Seite 35) und Der Sport lebt vor allem vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Engagement wollen wir durch eine umfassende Entbürokratisierung der ehrenamtlichen Arbeit fördern. Die Dokumentation der ehrenamtlichen Arbeit darf die eigentliche gesellschaftliche Leistung nicht beeinträchtigen und Menschen von einem Engagement abhalten. (Seite 36)*
- *Nordrhein-Westfalen ist immer ein vorzüglicher Gastgeber sportlicher Großveranstaltungen gewesen. Die bestehende Infrastruktur und die große Sportbegeisterung der Menschen in Nordrhein- Westfalen ermöglichen eine nachhaltige und ressourcenschonende Durchführung. Wir begrüßen daher die Initiative einer Bewerbung aus NRW für Olympische und Paralympische Sommerspiele. Sport ist einer der Schlüssel zu gelingender Integration und Inklusion. (Seite 36)*
- *Das Jugendschutzgesetz muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Zeitliche Ausgehbeschränkungen für den Besuch von Gaststätten, Tanzveranstaltungen usw. sollen nicht mehr für Jugendliche ab 16 Jahren gelten. (Seite 35)*
- *Alkoholverbote in der Öffentlichkeit lehnen wir ebenso entschieden ab wie Verkaufsverbote von Alkohol in bestimmten Zeiten und Sperrstunden für Gaststätten. Das Rauchverbot in Gaststätten soll ebenfalls gelockert werden. Wir wollen die Verschärfungen, die von der rot-grünen Landesregierung eingeführt wurden, wieder zurücknehmen. Grundsätzlich soll es demnach der Entscheidung des Gastwirts obliegen, ob in Gaststätten geraucht werden darf, solange in Gaststätten mit Bewirtung auch ein rauch- freier Speiseraum vorgehalten wird. (Seite 30)*

**Mehr zum Thema Kultur Sport und Freizeit auf Seite 30, 31, 35 und 26.**

## Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit

- *Renteneintrittsalterns künftig jeder selbst entscheiden können. Je später, desto mehr Rente. (Seite 17) und Wir wollen, dass unsere Gesellschaft von der Lebenserfahrung älterer Menschen profitieren kann. Dazu wollen wir mehr Selbstbestimmung und Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Wir wollen gesetzliche Höchstaltersgrenzen abbauen. (Seite 35)*
- *Wer wie so viele nach Renteneintritt doch wieder arbeiten will, muss jederzeit die volle Freiheit dazu haben, Zuverdienstgrenzen wollen wir abschaffen. (Seite 17)*
- *Im öffentlichen Dienst müssen fachliche Qualifikation und erbrachte Arbeitsleistung entscheidend für Aufstiegschancen sein. Die ungerechte und Verfassungsgrundsätzen der Beförderung nach Eignung, Leistung und Befähigung widersprechende verschärfte Frauenquote im Beamtenrecht wollen wir wieder abschaffen. Statt auf Quoten setzen wir auf Strategien, die Vielfalt in der Arbeitswelt fördern und wertschätzen*

*(Diversity Management). Auf dem Arbeitsmarkt soll Leistung zählen. Beschäftigte sollen sich unabhängig von Geschlecht, Migrationshintergrund, sexueller Orientierung, Alter oder Behinderung entsprechend ihrer Potenziale entfalten können. Maßnahmen für eine offene Unternehmenskultur stärken Kreativität, Innovation und somit die Wirtschaft in NRW. (Seite 18)*

- *Die Mietpreisbremse ist dazu nicht geeignet. Sie bremst die Mieten nicht, sie bremst jedoch die Investitionsneigung. Wir wollen die Mietpreisbremse daher außer Kraft setzen. Denn nur eine Vergrößerung des Angebots trägt zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt bei und sorgt für mehr bezahlbaren Wohnraum. (Seite 22)*
- *Die soziale Wohnraumförderung ist ein wichtiger Impulsgeber und Anreizinstrument, um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum auch in unteren Preissegmenten sicherzustellen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich der Bund weiterhin an der sozialen Wohnraumförderung beteiligt. Bei der Ausgestaltung der Wohnraumförderpolitik wollen wir, dass endlich wieder ein Schwerpunkt auf die Eigentumsförderung gelegt wird. Denn die Eigentumsförderung verhilft nicht nur zahlreichen Menschen zu den eigenen vier Wänden und reduziert dadurch das Risiko der Altersarmut, sondern hat auch Impulswirkung auf unsere Bau- und Handwerksunternehmen vor Ort. Die Förderkonditionen der sozialen Wohnraumförderung müssen außerdem auch für private Klein-Investoren, die schließlich weit mehr als die Hälfte der Mietwohnungen bewirtschaften, attraktiver werden. So können wertvolle Investitionspotenziale gehoben werden. (Seite 23)*
- *Die Regelungen der Wohnraumförderung müssen entbürokratisiert werden. Mithilfe des Wohnraumförderungsprogramms können sowohl Mietwohnungen, Wohnheimplätze, Studierenden- oder Flüchtlingsunterkünfte als auch Eigentumsmaßnahmen gefördert werden. Auf Grund der vielen Vorschriften und der überbordenden Bürokratie solcher Förderprojekte entsteht viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum. Die Mittel des Wohnraumförderungsprogramms werden häufig erst gar nicht abgerufen. Hier ist eine Entschlackung dringend geboten. (Seite 23)*
- *Wir wollen, dass das Land Nordrhein-Westfalen zukünftig ohne neue Schulden auskommt. Angesichts von Rekord-Steuereinnahmen und stark gesunkenen Zinsbelastungen muss es der Politik endlich gelingen, mit der jahrzehntelangen Tradition zu brechen, höhere Schulden zu machen und gleichzeitig die Steuern anzuheben. (Seite 37)*
- *Wir wollen eine konsequente Schuldenbremse für NRW. Wie im Grundgesetz wollen wir auch in der Landesverfassung ein Schuldenverbot ab dem Jahr 2020 verankern. In einem ersten Schritt soll der Landesrechnungshof NRW, nach dem Vorbild des Landesrechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg, ab 2017 einen Bericht zum „Monitoring Schuldenbremse“ (GG) herausgeben, der jährlich fortzuschreiben ist. (Seite 37)*
- *Außerdem wollen wir durchsetzen, dass ein Verstoß gegen die Schuldenbremse auch zu verbindlichen Konsequenzen führt. Dieser Sanktions-Mechanismus gehört ebenso in die Landesverfassung. Eine Politik, die rechnen kann, muss Schwerpunkte setzen: Für uns steht die Sicherung der öffentlichen Haushalte ganz oben auf der Agenda. Die Konsolidierung muss mit einer Dämpfung des Ausgabenanstiegs beginnen. Dazu gehören die Verschlinkung des Verwaltungsapparates und ein effizienter Personaleinsatz in den Landesbehörden. In allen Ministerien sollen Ausgaben gestrichen werden, die nicht unbedingt notwendig sind. (Seite 37)*
- *Auch Mittelinstanzen wie z. B. Bezirksregierungen oder Regionalverbände haben in einem einwohnerstarken Flächenland wie NRW ihre Existenzberechtigung. Ihre Zuschnitte sind jedoch nicht mehr zeitgemäß. Eine Neuordnung und Zusammenlegung etwa der Regierungsbezirke darf in Zukunft kein Tabuthema mehr sein. (Seite 48)*
- *Die Kommunen benötigen auskömmliche Finanzierungsgrundlagen und geeignete Rahmenbedingungen, um sich von ihren teilweise erdrückenden Schuldenlasten befreien zu können. Entscheidungen der EU, des Bundes oder des Landes dürfen zukünftig nicht mehr dazu führen, dass Städte und Gemeinden immer neue Kredite aufnehmen müssen. (Seite 48)*

- *Dazu wollen wir in einem ersten Schritt den auskömmlichen Bedarf der Kommunen wissenschaftlich untersuchen lassen. Daran anschließend muss die Gemeindefinanzierung auf Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse überarbeitet werden. Dabei sollen sich die fiktiven Hebesätze nach den Bevölkerungsgrößen der Städte und Gemeinden richten. Einheitliche fiktive Hebesätze negieren die Tatsache, dass Großstädte über wesentlich höhere Steuereinnahmepotenziale verfügen als kleinere, ländliche Kommunen. Bedingt durch die Systematik der einheitlichen fiktiven Hebesätze werden größere Städte zu Lasten kleinerer Kommunen übervorteilt. Diese ungerechtfertigte Besserstellung würde durch gestaffelte Hebesätze abgeschwächt und führt zu einer höheren Verteilungsgerechtigkeit in der kommunalen Familie. Die bestehende Abundanzumlage soll abgeschafft werden. Wir setzen uns dafür ein, den Kommunen eine kommunale Mindestfinanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Diese soll ihnen ermöglichen, sowohl ihre Pflichtaufgaben als auch einen Grundstock an freiwilligen Leistungen zu erbringen. Die Mindestfinanzausstattung muss frei von konjunkturellen Schwankungen und landesseitigen Bedingungen sein. Wir erwarten vom Bund die zeitnahe Anpassung der Abgabenordnung. Zuviel gezahlte Gewerbesteuern sollen Kommunen nur noch marktüblich verzinsen müssen. (Seite 49)*
- *Ausgabenprogramme des Bundes und des Landes auf Kosten der Kommunen müssen ein Ende haben. Wer bestellt, soll auch bezahlen. Deshalb soll der Bund den Kommunen insbesondere für Schulen, Bildung und Sozialhilfe mehr Geld zur Verfügung stellen. (Seite 49)*
- *Mehr Kompetenzen für die Kommunen: Viele Entscheidungen des Landes haben keine entscheidende überregionale Relevanz und sind für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort schwer nachzuvollziehen. Deshalb sollten alle Entscheidungen immer auf der niedrigsten möglichen Verwaltungs-ebene getroffen werden. Dazu benötigen wir eine Transparenz-Kommission. Diese soll sämtliche Landeskompetenzen durchforsten und Potenziale aufzeigen, welche Entscheidungen besser und effizienter vor Ort getroffen werden können. (Seite 49)*

**Mehr zum Thema Arbeit und Soziales Seite, 14, 17, 18, 22, 23, 35, 36, 37, 48 und 49.**

## **Thema Gesundheit**

- *Wir wollen eine wohnortnahe ambulante Patientenversorgung in allen Regionen des Landes sicherstellen. Deshalb wollen wir dem drohenden Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum begegnen und dabei die zentrale Rolle der hausärztlichen Versorgung stärken. Dazu wollen wir die Landesförderung für die Niederlassung in Gemeinden mit der Gefahr von Versorgungslücken fortsetzen. (Seite 33)*
- *Zudem wollen wir bürokratische Belastungen für niedergelassene Haus- und Fachärztinnen und -ärzte reduzieren, damit mehr Zeit für die Patientenversorgung zur Verfügung steht. (Seite 33)*
- *Wir wollen die freie Arztwahl erhalten, damit die Betreuung der Patientinnen und Patienten vor Ort durch die vertraute Person gesichert bleibt. Bürokratische Terminservicestellen mit der Zuweisung von Patientinnen und Patienten an beliebige Facharztpraxen sollen abgeschafft werden. Der zwangsweise Aufkauf von Arztpraxen durch die Kassenärztlichen Vereinigungen in bestimmten Gebieten gefährdet die freie Arztwahl. (Seite 33)*
- *Wir wollen die Gesundheitsvorsorge im Kindes- und Erwachsenenalter stärken und die Impfberatung intensivieren. Dabei ist an die Eigenverantwortung des Einzelnen und die Verantwortung der Eltern für ihre und andere Kinder zu appellieren. Wir wollen darüber hinaus aufsuchende Impfangebote stärken. Dazu brauchen wir Rahmenvereinbarungen, die eine Kostenbeteiligung der Krankenkassen beim aufsuchenden Impfen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst sichern. (Seite 33)*
- *Darüber hinaus brauchen wir Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung, die auf die spezifische Gesundheitssituation von Männern ausgerichtet sind. Die merklich geringere Lebenserwartung von Männern sowie die Gesundheitsberichte belegen, dass hier ein deutlicher Nachholbedarf besteht. (Seite 33)*
- *Wir wollen die Erste Hilfe und Wiederbelebung durch Laien fördern, um Todesfälle durch plötzlichen Herztod und Kreislaufstillstand zu reduzieren. Dazu wollen wir die Befähigung zur Ersten Hilfe über*

niedrigschwellige Angebote zur Unterrichtung in Wiederbelebungsmaßnahmen stärken sowie die Telefonreanimation und die standardisierte Notrufabfrage flächendeckend an allen Leitstellen in NRW einführen, ebenso wie die Ersthelfer-App. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern in Erster Hilfe flächendeckend in allen Schulen in NRW ab der 7. Klasse eingeführt wird. (Seite 34)

- Wir wollen eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene durch Apotheken oder durch lizenzierte Ausgabestellen. Eine kontrollierte Abgabe ist dabei mit strikter Einhaltung des Jugendschutzes und verstärkter Aufklärung zu verknüpfen. Das illegale Inverkehrbringen von Cannabisprodukten außerhalb der kontrollierten Abgabe soll weiterhin strafbar bleiben. (Seite 34)

**Mehr zum Thema Gesundheit auf Seite 33 und 34.**

## Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet

- Mehr Polizei. Wir wollen Dafür sorgen, dass die Polizei in NRW ihre Arbeit bestmöglich machen kann und sich auf das Wesentliche konzentriert. Zum Beispiel Einbrecherbanden jagen statt Blitzer Marathons zu veranstalten. Durch wirksam aufgestellte Polizeibehörden mit zeitgemäßer Ausstattung und mehr Personal (Seite 3)
- Den beruflichen Einstieg bei der Polizei wollen wir zukünftig auch wieder Realschülerinnen und Realschülern ermöglichen. Dabei wollen wir die zweigeteilte Laufbahn erhalten und den Beamtinnen und Beamten einen späteren Aufstieg in den gehobenen Dienst ermöglichen. (Seite 28)
- Qualifizierte Ermittlerinnen und Ermittler müssen sich auf ihre wichtige Ermittlungsarbeit konzentrieren können und sind insoweit von administrativen und banalen Tätigkeiten wie Asservatengängen, Schreib- und Kopierarbeiten sowie rein technischer Datenverarbeitung insbesondere durch ausreichend Assistenzkräfte freizuhalten. (Seite 28)
- Technische Möglichkeiten. Für eine effizientere und effektivere Polizeiarbeit müssen die verfügbaren technischen Möglichkeiten besser eingesetzt und genutzt werden. Der flächendeckende Einsatz von mobile Devices (Smartphones und Tablets) in den Streifenwagen gewährleistet u. a. einen schnelleren Abgleich mit Fahndungslisten und -fotos bei Kontrollen oder im Rahmen von erkennungsdienstlichen Maßnahmen. Die ausschließliche Arbeit mit Stift und Block vor Ort und späteres Abtippen auf der Wache müssen der Vergangenheit angehören. (Seite 28)
- Neben einer zeitgemäßen technischen Ausstattung benötigt unsere Polizei auch Einsatzmittel, die der hochkomplexen Einsatzpraxis Rechnung tragen. Oftmals müssen Polizisten in gefährlichen Situationen innerhalb von Sekundenbruchteilen über das zweck- und verhältnismäßige Handeln entscheiden. Wir befürworten daher die Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten. Diese könnten als Einsatzmittel die taktische Lücke zwischen Pfefferspray und Schusswaffe schließen. (Seite 28)
- Wir wollen die Sicherheit in Bussen und Bahnen verbessern. Obwohl Fahrgäste, Kontrolleureinnen und Kontrolleure sowie Fahrerinnen und Fahrer immer öfter Opfer von Gewaltübergriffen und Diebstählen werden, besteht hier faktisch ein polizeifreier Raum. Die Bundespolizei ist nur für DB- Regionalverkehr und S-Bahnen zuständig. Doch auch in U- und Straßenbahnen sowie in Bussen und an Haltestellen brauchen wir ausreichende Sicherheit durch polizeiliche Sichtbarkeit. Daher gilt es, die Landespolizei in die Lage zu versetzen, auch hier eine wirksame Präsenz zu gewährleisten. (Seite 28)
- Fußball vor Gewalt schützen, Prävention stärken, Strafverfahren beschleunigen: Sportereignisse werden immer wieder durch Ausschreitungen weniger gewalttätiger Fans überschattet. Dabei droht der Sport insgesamt in Verruf zu geraten. Deshalb fordern wir ein erfolgversprechendes Konzept gegen Gewalt insbesondere im Umfeld von Fußballspielen. Polizeibekannte Chaotinnen und Chaoten müssen durch die konsequente Verhängung und Durchsetzung von Meldeauflagen vom Stadion ferngehalten werden. Wir sehen im regelmäßigen Dialog zwischen Polizei, Fans und Vereinen das Fundament für friedliche Fußballereignisse. Dabei kommt es auf die richtige Mischung aus Prävention, Kommunikation und Sanktion an. (Seite 28)

- *Videoüberwachung nach den engen Voraussetzungen des Polizeirechts zur Lageüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten bzw. Gefahrenpunkten soll nur dort genutzt werden, wo Polizeikräfte auch unverzüglich eingreifen können. (Seite 28)*
- *Die Keimzellen des Terrorismus müssen trockengelegt werden. Das Anwachsen einer offen mit dem islamistischen Terrorismus sympathisierenden Szene darf nicht länger hingenommen werden. Werbung für Salafismus und Dschihad in der Öffentlichkeit muss unterbunden werden. (Seite 28)*
- *Vereinsverbote sind verstärkt anzuwenden, sofern Dschihadisten Organisationsstrukturen aufgebaut haben. Dabei ist auch gegen bloße Tarnvereine vorzugehen, die sich formal etwa als Koranverteiler oder Flüchtlingshilfeorganisationen bezeichnen, in Wirklichkeit aber Kämpfer und Geldmittel für den IS rekrutieren bzw. sammeln. (Seite 28)*
- *In einzelnen, oft in Hinterhöfen gelegenen autonomen Moscheen werben Hassprediger für den radikalen Islamismus und hetzen gegen Andersgläubige und vermeintlich nicht rechtgläubige Muslimas und Muslime. Auch hier müssen Polizei, Staats- und Verfassungsschutz personell und materiell in die Lage versetzt werden, konsequent wegen Volksverhetzung und vergleichbarer Delikte zu ermitteln. Einrichtungen, in denen zu Straftaten aufgerufen wird, müssen geschlossen werden. (Seite 28)*
- *Die erheblich gestiegene Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte ist auch Resultat eines radikalen Meinungsklimas in den Sozialen Netzwerken, wo zum Teil offen zu Gewalt aufgerufen wird. Darum muss diese Hetze im Netz beobachtet und strafrechtlich verfolgt werden. Phänomene wie „Pegida“ und „Hogesa“, die mit der Angst vor Fremden eine Brücke von organisierten Rechtsextremistinnen und -extremisten zu unpolitischen Bevölkerungsteilen herstellen, müssen vom Verfassungsschutz überwacht werden. (Seite 29)*
- *Unsere Daten wie etwa Bewegungsspuren unserer Smartphones oder Kommunikations- und Geschäftsdaten sind für Unternehmen ebenso begehrenswert wie für Kriminelle. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kundinnen und Kunden, insbesondere Kinder und Jugendliche, letztendlich alle Bürgerinnen und Bürger besser vor Datenmissbrauch geschützt werden. In erster Linie brauchen wir dazu breite Aufklärung, gute Prävention und wirksame Schutzmaßnahmen für einen sensiblen Umgang mit Daten. Außerdem geht es darum, Transparenz zu schaffen und dort, wo es schon ein tatsächlich gewährleistetetes hohes Datenschutzniveau gibt, dieses auch für die Kundinnen und Kunden erkennbar zu machen. Die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger wollen wir weiter stärken. (Seite 30)*
- *So wie die Digitalisierung alle Lebensbereiche erfasst, muss auch der Schutz unserer Daten einen höheren Stellenwert in allen Belangen erhalten. Das gilt insbesondere auch in der Erziehung und der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Neben dem Elternhaus müssen Schule und außerschulische Jugendarbeit stärker die Medienkompetenz und einen kompetenten Umgang mit persönlichen Daten von Kindern und Jugendlichen fördern. (Seite 30)*
- *Bildliche Persönlichkeitsrechtsverletzungen werden per Knopfdruck blitzschnell weiter verbreitet. Zu einem guten Schutzniveau gehört, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung in eigener Verantwortung wahrnehmen können. Wer personenbezogene Daten und Bilder über sich aus dem Internet löschen möchte, muss das auch können. Dazu wollen wir dem „Recht auf Vergessen“ zur praktischen Wirksamkeit verhelfen. (Seite 31)*
- *Eine moderne Verwaltung sollte alle Chancen der Digitalisierung nutzen und exzellenten Service durch einfache Antragstellung, hohen Nutzungskomfort, elektronischen Datenaustausch, konsequente Verfahrensbeschleunigung und elektronische Zahlungsmöglichkeiten bieten. (Seite 43)*
- *Wir wollen es den Menschen im Alltag einfach machen. Dafür setzen wir auf eine landesweite E-Government-Offensive. Damit schaffen wir eine digitale Verwaltung mit bürgernahen Online-Angeboten und nutzerfreundlichen Apps. Bürgerinnen und Bürger können so ihre Anliegen in Zukunft elektronisch erledigen und müssen nur noch im absoluten Ausnahmefall persönlich in den Ämtern erscheinen. Das Land NRW soll ein einheitliches E-Government-System entwickeln und etablieren, an das alle Kreis und Kommunen andocken und das sie für ihre eigenen Aufgaben nutzen können. (Seite 43)*

- *Wir fordern eine völlig neue Verwaltungskultur mit „open government“: Mehr Transparenz, mehr Teilhabe, mehr Information, mehr Innovation durch vorbildliche und effektive Öffnung der Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und Wirtschaft. (Seite 43)*
- *Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern einen freien Zugriff auf behördliche Daten ermöglichen. Mit „Open Data“ sollen Bürgerinnen und Bürgern wie Unternehmen zukünftig Verwaltungsdaten und -informationen proaktiv und antragsfrei im Netz offengelegt werden. Zu diesem Zweck wollen wir ein freiwilliges Bürgerserviceprofil einführen, welches für jeden Bürger über seinen Personalausweis zugänglich sein soll. Die Einhaltung neuester Verschlüsselungs- und Sicherheitsstandards sowie datenschutzrechtlicher Vorgaben soll dabei die Datensicherheit gewährleisten. Das Bürgerserviceprofil könnte folgende Inhalte haben: Informationen über relevante kommunale Vorhaben und Beteiligungsmöglichkeiten daran; Teilnahmemöglichkeiten an Bürgerbegehren und unverbindlich erhobenen Stimmungsbildern; Zugang zur digitalen Behörde; Zugang zu einem Mängel-Melder, mit welchem Beschwerden und aktuelle Anregungen an die Verwaltung direkt weitergegeben werden können. (Seite 44)*
- *Das zentrale Nervensystem einer digitalen Gesellschaft ist ein leistungsstarkes Breitbandnetz. Der Auf- und Ausbau dieser Infrastruktur ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit. (Seite 44)*
- *Ein flächendeckender Zugang zum Internet ist von entscheidender Bedeutung. Auch für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an politischen und administrativen Prozessen sowie die Transparenz von Politik und Verwaltung ist er unumgänglich. Neben dem dringend erforderlichen schnellen Ausbau von festnetzgebundenen und mobilen Breitbandinfrastrukturen sowie zahlreichen privaten Freifunkinitiativen muss sich auch das Land seiner Verantwortung stellen. Daher müssen sämtliche Landeseinrichtungen offene W-LAN-Zugänge für die Bürgerinnen und Bürger einrichten. Das würde nicht nur einen Beitrag zum Ausbau der digitalen Infrastruktur leisten, sondern auch einen Schub für die Verbreitung von E-Government-Angeboten bringen. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit soll für Freifunkinitiativen gewährleistet sein, um beispielsweise den entsprechenden steuerrechtlichen Erleichterungen zu unterliegen. (Seite 45)*

**Mehr zum Thema Innere Sicherheit und Datenschutz auf den Seiten 3, 28, 29, 30, 31, 43, 44 und 45.**

## **Thema Zuwanderung & Integration**

- *Neues Einwanderungsgesetz. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland endlich ein modernes Einwanderungsgesetz erhält, das die Einwanderung steuert und klare Kriterien benennt. Dabei wollen wir die bestehende Blue Card verbessern, um Menschen, die bereits ein Arbeitsplatzangebot vorliegen haben, eine zügige Einwanderung zu erlauben. (Seite 24)*
- *Zudem wollen wir ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild einführen, das mit Kriterien wie Bildungsgrad, Sprachkenntnisse, Alter und Beruf am Fachkräftebedarf unseres Arbeitsmarktes ausgerichtet wird. (Seite 24)*
- *Am einfachsten sind diejenigen Menschen zu integrieren, die bei uns ihre Ausbildung oder ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Diese Eingewanderten sollen daher anderthalb Jahre Zeit bekommen, einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Hierfür sind Beratungs- und Unterstützungsangebote zielgerichtet aufzubauen. (Seite 24)*
- *Beschleunigte Verfahren. Asylsuchende mit geringer Bleibeperspektive sollen nicht auf die Kommunen verteilt werden. Stattdessen soll in beschleunigten Verfahren bereits in den Landeseinrichtungen geklärt werden, ob sie bleiben können oder nicht. (Seite 25)*
- *Wir setzen uns für eine Schulpflicht für Flüchtlinge ohne Berufsausbildung unter 25 Jahren ein, um ihre dauerhafte Integration in unseren Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Denn eine abgeschlossene Berufsausbildung ist die Grundlage für Zukunftschancen und ein eigenständiges Leben ohne staatliche Transferleistungen. Fehlt die für eine Berufsausbildung notwendige Schulbildung, muss diese nachgeholt werden. (Seite 26)*

- *Wer bei uns arbeiten möchte und seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, soll nicht daran gehindert werden. Das Arbeitsverbot für Asylsuchende und die bürokratische Vorrangprüfung wollen wir deshalb aufheben und die Zeitarbeit für Flüchtlinge voll öffnen. (Seite 26)*
- *Gerade unter allein reisenden Männern insbesondere aus Nordafrika gibt es eine relevante Zahl von Kriminellen, die schon seit mehreren Jahren zu einer erheblichen gesellschaftlichen Belastung geworden sind. Auch eigene Landsleute aus dem Maghreb beklagen Belästigungen durch diese Gruppe. Hier müssen von Bund und Land endlich Voraussetzungen für schnelle Abschiebungen geschaffen werden, um die Akzeptanz für Flüchtlinge in der Gesellschaft nicht zu gefährden. (Seite 26)*

**Mehr zum Thema Zuwanderung und Integration auf Seite und 24, 25 und 26.**

## **Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz**

- *Zukunft auf den Weg bringen. Investitionen in Landesstraßen sind dringend notwendig. Wir räumen ihnen Priorität ein und sichern dauerhaft die Leistungsfähigkeit des Wirtschafts- und Ballungsraums Nordrhein-Westfalen. (Seite 2)*
- *Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich auf eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2030 verständigt. Deutschland und NRW haben sich höhere Ziele gesetzt und wollen diese bereits im Jahr 2020 erreichen. Diesen Sonderweg lehnen wir ab, weil er die wirtschaftliche Basis unseres Energie- und Industrielandes schwächt und dem Klima nicht nützt. Wir wollen daher das sogenannte Klimaschutzgesetz außer Kraft setzen. (Seite 39)*
- *Wir schlagen vor, Nordrhein-Westfalen als Standort für verlässliche Energieversorgung zu sichern. Der Abbau von Braunkohle – dem einzigen nicht subventionierten heimischen Energieträger – soll in NRW weiterhin möglich bleiben. (Seite 39)*
- *Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist weder effektiv und zeitgemäß noch technologieoffen und klimaschonend. Wir fordern, die Subventionierung der erneuerbaren Energien durch das EEG und vielfältige teure Landesprogramme zu beenden. (Seite 40)*
- *Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, die zur Befriedigung der individuellen Mobilitätsbedürfnisse notwendige Infrastruktur anzubieten. Dieser Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, gegenüber Unternehmen und Arbeitskräften, gegenüber Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern ist weder die rot-grüne Landesregierung in NRW noch die große Koalition aus Union und SPD im Bund bisher gerecht geworden. Trotz Steuereinnahmen von den autofahrenden Verkehrsteilnehmern in Höhe von zig Milliarden pro Jahr haben sie die Verkehrswege verkommen lassen, anstatt sie den geänderten und wachsenden Bedürfnissen der Gesellschaft durch zeitgemäßen Ausbau anzupassen. Wir verstehen uns als Anwalt der Infrastruktur und wollen der Mobilität endlich den ihr gebührenden Rang in der politischen Prioritätenliste verschaffen. (Seite 45)*
- *Die nachholende Sanierung ist das zentrale Thema für die kommenden 10 bis 15 Jahre. Mit einer gesicherten und zugriffsfesten Finanzierung werden wir die Wiederherstellung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur sicherstellen. Dazu wollen wir Strukturen schaffen, die eine effiziente Mittelverwendung und zügigste Umsetzung gewährleisten. Den Status quo lediglich konservieren und reparieren zu wollen, reicht aber schon lange nicht mehr aus, um den wachsenden Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur gerecht zu werden. Wir brauchen beides: Erhalt und Ausbau. (Seite 45)*
- *Zur Gewährleistung der Mobilität unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft wollen wir bedarfs- gerechte Mittel für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur aller Verkehrsträger mobilisieren. Während es bei der Finanzierung der Bundesverkehrswege eine Trendwende gibt, bleiben die Investitionen in die Landesstraßen – die einzigen Verkehrswege, die ganz unmittelbar in Verantwortung des Landes stehen – weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück: Die Erhaltungsmittel liegen deutlich unter dem Betrag, der notwendig wäre, um den weiteren Verfall der Landesstraßen aufzuhalten. Und die Mittel für Neu- und Ausbaumaßnahmen befinden sich auf einem historischen Tiefstand. (Seite 46)*

- *Deshalb wollen wir mit einer Investitions-Offensive in das Landesstraßennetz dafür sorgen, dass Siedlungs- und Gewerbegebiete in allen Landesteilen, auch in den weniger dicht besiedelten Regionen, zuverlässig an die Fernstraßen des Bundes angebunden werden. (Seite 46)*
- *Wir wollen ein grundlegend neues Finanzierungssystem für den ÖPNV. Wo Milliarden ausgegeben werden, müssen Kostenwahrheit, Transparenz und Wettbewerb die herrschenden Prinzipien sein. Das Gegenteil ist aber aktuell der Fall. Darum haben wir ein Konzept zur Neuordnung der Finanzierung und Betriebsorganisation vorgelegt, das zu einer wesentlich besseren Verwendung der vorhandenen Mittel führt, ohne dass die Ticketpreise teurer werden. (Seite 47)*
- *Die Verkehrsunternehmen sollen stärker unternehmerisch handeln und den ÖPNV attraktiver machen. Insbesondere für die vielen Berufspendlerinnen und -pendler, die unter überfüllten und verspäteten Zügen leiden, müssen die Mobilitätsangebote auf der Schiene nachhaltig verbessert werden. (Seite 47)*
- *Wir wollen die Organisationsstrukturen des Nahverkehrs in NRW überprüfen und die derzeit acht unterschiedlichen Verkehrsverbände bzw. Kooperationsräume an der Leistungsfähigkeit orientiert neu ordnen. (Seite 48)*
- *Die Verwaltungen müssen effizienter aufgestellt und der Schienenpersonenverkehr insgesamt durch Vereinfachung der Tarife attraktiver gestaltet werden. Dort, wo die siedlungsbedingt geringere Nachfrage keinen wirtschaftlich vertretbaren Möglichkeiten moderner Linienbusnetze stärker nutzen. (Seite 48)*
- *Im ländlichen Raum müssen jenseits des standardisierten Linienbetriebs privates Engagement unterstützt und flexible Angebote wie Taxibusse und Bürgerbusse fortentwickelt werden. (Seite 48)*
- *Luftverkehr ermöglicht inzwischen fast allen Teilen der Gesellschaft, über den geographischen Tellerrand zu sehen und damit auch den geistigen Horizont zu erweitern. Zugleich erfordern auch unsere Exportwirtschaft und hochwertige Dienstleistungen die enge Einbindung in weltweite Beziehungen. Deshalb brauchen wir leistungsfähige Flughäfen auf internationalem Niveau, die zusammen mit mehreren Regionalflughäfen die flächendeckende Versorgung des Landes gewährleisten. Damit hat der Luftverkehrsstandort NRW eine gute Basis, die es an geänderte Bedürfnisse anzupassen gilt. (Seite 48)*
- *Dass Anwohnerinnen und Anwohner an Flughäfen angemessen vor Lärm geschützt werden müssen, ist für uns selbstverständlich. (Seite 48)*
- *In einer Zeit, in der Mobilität immer größere Bedeutung gerade auch für junge Menschen besitzt, fordern wir die Herabsenkung der Altersgrenze für das begleitete Fahren von derzeit 17 auf 16 Jahre. (Seite 48)*
- *Wir wollen die Menschen ermuntern, selbstbestimmt auszuwählen und zu entscheiden. Die politische Steuerung des Konsums, eine Verbots- und Bevormundungspolitik sowie Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Lebensmittel lehnen wir daher ab. Wir setzen uns stattdessen für eine sachliche und informative Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln ein, die anders als Ampelsysteme Transparenz nicht lediglich vorgaukelt. (Seite 42)*
- *Verbraucherinnen und Verbraucher müssen vor Gesundheitsschäden durch irreführende Angaben und Täuschung geschützt werden. Dafür wollen wir die drei Säulen der Lebensmittelkontrolle – betriebliche Eigenkontrollen, amtliche Überwachung und Verbraucherverhalten – gleichermaßen stärken. Wir wissen, dass staatliche Kontrolle nicht ständig in jedem Stall und an jeder Ladentheke überwachen kann. Daher ist die Lebensmittelüberwachung in erster Linie ureigene Aufgabe der Unternehmen in der Lebens- und Futtermittelwirtschaft. (Seite 43)*

**Mehr zum Thema Verkehr, Infrastruktur und Verbraucherschutz auf Seite 2, 39, 40, 42, 43, 45, 46, 47 und 48**

## Thema Wirtschaft

- *Politikwechsel für Wachstum. Wir wollen eine Wirtschaftsfreundliche Landentwicklung und überflüssige Standards und Bürokratische Hürden, die über die Praxis anderer Bundesländerhinausgehend abschaffen. (Seite 2)*
- *Frischer Wind. Überholte Vorschriften, etwa bei der Ladenöffnung an Sonntagen oder beim Namensrecht, wollen wir liberalisieren. (Seite 4)*
- *Das allgemeine Verkaufsverbot für den Einzelhandel an Sonntagen wollen wir aufheben. Der Einzelhandel soll vollumfänglich über die Öffnungszeiten auch an Sonntagen selbst entscheiden – aus 6x24 im Ladenöffnungsgesetz wollen wir 7x24 machen. (Seite 21)*
- *Ob Land oder Kommunen: In NRW sind die Steuern in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Wir wollen einen Politikwechsel durchsetzen: Neue Ausgaben müssen durch bestehende Steuereinnahmen oder Einsparungen in anderen Bereichen finanziert werden. Die Finanzierung neuer Ausgaben durch höhere Steuern, wie etwa die familien- und wirtschaftsfeindliche Verdopplung der Grunderwerbsteuer, oder durch neue Schulden muss beendet werden. Seite 38)*
- *Die rot-grüne Landesregierung hat die Grunderwerbsteuer in zwei Schritten auf 6,5 Prozent angehoben. Damit liegt Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Länder, die jungen Familien den Erwerb eines Eigenheims massiv erschweren. Gleichzeitig hält sich das Land nicht an die eigenen Regeln: Immobilien im indirekten Landesbesitz werden durch sogenannte Share Deals an Konzerne veräußert. Hierbei umgehen beide Seiten die Grunderwerbsteuer. Das darf so nicht bleiben: Wir fordern eine deutliche Entlastung der jungen Familien. Wir wollen daher einen Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro beim ersten Immobilienerwerb einführen. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag dafür, dass sich junge Familien ein Eigenheim leisten können. Seite 38)*
- *Mit einer Gewerbesteuer-Bremse wollen wir die Steuererhöhungsspirale der Kommunen unterbrechen. Die Unternehmen in NRW sind der wichtigste Standortfaktor. Sie dürfen wegen der schlechten Haushalts- und Finanzpolitik des Landes und einiger Kommunen nicht in Haftung genommen werden. (Seite 39)*
- *Auf Bundesebene wollen wir eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer durchsetzen, damit inhabergeführte Unternehmen Arbeitsplätze erhalten und weiter in Innovationen investieren können. Der Steuersatz soll für alle privaten und betrieblichen Übertragungsvorgänge unabhängig von der Vermögensart oder der Höhe von Erbe oder Schenkung einheitlich als aufkommensneutrale Flat Tax festgesetzt werden, sofern Freibeträge überschritten werden. Eine Mehrbelastung für die Betriebe wird so ausgeschlossen und eine Stundungsregelung über einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren gewährleistet. Die Stundenregelung soll dabei allen Steuerpflichtigen offenstehen. Für die Einnahmestabilität ist nach vorliegenden Erkenntnissen ein Steuersatz von 10 Prozent ausreichend. (Seite 39)*

**Mehr zum Thema Wirtschaft auf Seite 2, 4, 19, 20, 21, 22, 38, und 39.**

## Landtagswahlprogramm 2017 der SPD

Der NRW-Plan für 2017 bis 2011 der SPD: <https://www.nrwspd.de/wp-content/uploads/sites/2/2017/01/NRWSPD-Der-NRW-Plan-Unser-Programm-fuer-2017-2022.pdf> (12.04.17)

### Thema Jugend

- *Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt fördern. Die in 2010 auf 100 Millionen Euro erhöhten Mittel des Kinder- und Jugendförderplans (KJFP) werden wir um weitere 20 Prozent anheben. Dabei sollte vor allem die strukturelle Förderung erhöht werden. (Seite 54)*
- *Demokratische Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken. Wir werden in der nächsten Wahlperiode einen neuen Anlauf starten, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken. (Seite 54)*
- *Die Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche in Land und Kommunen wollen wir erweitern. Auf Grundlage der bereits etablierten Strukturen von LandesschülerInnenvertretung, Landesjugendring und Kinder- und Jugendrat NRW soll außerdem eine landesweite Interessenvertretung der Jugendlichen aufgebaut werden. (Seite 54)*

**Mehr zum Thema Jugend auf Seite 54.**

### Thema Familie

- *Eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung in den Kernzeiten kostenfrei anbieten. Die Eltern in Nordrhein-Westfalen schätzen das gute Angebot der Kindertagesbetreuung vor Ort. Sie können sich darauf verlassen, dass das Land auch weiterhin jeden zusätzlich beantragten Platz finanzieren wird. Betreuung und frühkindliche Bildung brauchen Zeit, Zuwendung und klare Bezugspersonen, deshalb werden wir die Betreuungsschlüssel verbessern. Die Kernzeiten in der Kita werden wir zukünftig komplett von Gebühren freistellen. (Seite 50)*
- *Familien mit Kindern finanziell besser stellen. Mit einer Familienkarte kann für alle Familien mit Kindern ein ermäßigter Eintritt in Zoos, Museen, Schwimmbäder und weitere Freizeiteinrichtungen ermöglicht werden. Wir wollen sie gemeinsam mit den Partnern aus Kommunen und Wirtschaft umsetzen. (Seite 52)*
- *Im Bund machen wir uns dafür stark, die familienpolitischen Leistungen des Familienleistungsausgleichs sowie des Ehegattensplittings zu einem neuen am Kind orientierten System zusammenzuführen. Dabei stellen wir sicher, dass alle, die mit dem bisherigen System geplant haben, Bestandsschutz erhalten. (Seite 52)*
- *Alle Familien gleichwertig anerkennen. Eine bessere rechtliche Absicherung von unverheirateten Paaren ist möglich, ohne dabei die Ehe infrage zu stellen. Wir werden uns dafür im Bund einsetzen. (Seite 52)*
- *Genauso ist die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben längst überfällig. Dies betrifft insbesondere das Adoptionsrecht. Sexuelle Identität darf kein Kriterium für die Möglichkeit einer Adoption sein. Wir wollen die Ehe für alle. (Seite 52)*

**Mehr zum Thema Familie auf Seite 50, 51, 52 und 63.**

## Thema Schule

- *Zusätzlich werden wir durch besondere Anreize Lehrkräfte für die Arbeit in diesen Stadtteilen honorieren. (Seite 41)*
- *Ein modernes Abitur an den Gymnasien einführen. Die von CDU und FDP eingeführte generelle Schulzeitverkürzung am Gymnasium (G8) ist gescheitert. Unser Ziel ist, den Kindern wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen zu geben. Dazu werden wir die Sekundarstufe I an Gymnasien wieder auf sechs Jahre verlängern. So reduzieren wir die Belastung der jüngeren Schülerinnen und Schüler und ermöglichen wieder einen qualifizierten mittleren Abschluss am Gymnasium. (Seite 41)*
- *Durch eine Reform der gymnasialen Oberstufe führen wir die Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern ein. Sie entscheiden durch die Belegung von zusätzlichen Kursen am Ende der Sekundarstufe I oder alternativ durch ein zusätzliches Orientierungs- und Vertiefungsjahr, ob sie das Abitur nach 12 oder nach 13 Jahren machen wollen. Unser flexibles Modell ermöglicht jedem Schüler und jeder Schülerin einen individuellen Weg zum Abitur. Jedes Kind bekommt mit uns die Zeit, die es braucht. (Seite 41)*
- *Für einen verlässlichen Offenen Ganztag (OGS) sorgen. Der hohe Zuspruch der Eltern zur Offenen Ganztagschule unterstreicht Bedarf und Attraktivität dieses Betreuungsangebots gleichermaßen. Die Eltern in unserem Land können sich darauf verlassen, dass das Land auch weiterhin jeden zusätzlich beantragten Platz finanzieren wird. (Seite 42)*
- *Gleichzeitig wollen wir gemeinsam mit Schulen, Kommunen und Trägern den Offenen Ganztag qualitativ weiterentwickeln. Wir werden so für einen verlässlichen Offenen Ganztag mit der Möglichkeit des Wechsels zwischen Lern- und Ruhephasen sorgen. Bessere Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler und die Verbesserung der Flexibilität der Angebote stehen dabei im Mittelpunkt. (Seite 42)*
- *Dafür sorgen, dass der digitale Wandel in unseren Schulen ankommt. Auf Grundlage unseres Leitbildes Lernen im Digitalen Wandel werden wir die Ausstattung der Schulen verbessern und die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer konsequent ausbauen. Unser Ziel: Zum Schuljahr 2021/2022 haben alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler jederzeit an jedem schulischen Ort einen pädagogischen Zugang zum Internet. Hier ist auch die Bundesregierung gefordert, die ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommen muss. (Seite 42)*
- *Auslandsaufenthalte von Schülerinnen und Schülern wollen wir fördern und uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen von Erasmus+ vorhandenen Programme künftig von noch mehr Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen genutzt werden können. (Seite 42)*
- *Die Erinnerungskultur fördern. Wir wollen die Erinnerungskultur stärken und angesichts immer weniger werdender Zeitzeugen neu ausrichten. Wir werden den Rahmen schaffen, damit im Laufe der Schulzeit jeder nordrhein-westfälische Schüler und jede nordrhein-westfälische Schülerin die Möglichkeit hat, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen. (Seite 93)*

**Mehr zum Thema Schule auf Seite 41, 42, 93 und 100.**

## Thema Ausbildung & Studium

- *Die soziale Lage von Auszubildenden verbessern. Wer die Ausbildung attraktiver gestalten will, muss die soziale Lage von Auszubildenden verbessern. Wir werden deshalb darauf drängen, dass die Verkehrsverbünde ein vergünstigtes Ticket für Azubis – gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern und analog zum Semesterticket – anbieten und für die Schaffung von günstigem Wohnraum für Auszubildende (beispielsweise auch in Wohnheimen) sorgen. (Seite 44)*
- *Finanzielle Hürden für die Aufnahme eines Studiums senken. Mit uns ist klar: Wir lehnen weiterhin jegliche Form von Studiengebühren für die Hochschulen in NRW ab. (Seite 46)*

- *Gegenüber dem Bund setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG weiterhin bedarfsgerecht und entsprechend der Lohnentwicklung angepasst wird. Zudem machen wir uns für die weitere Flexibilisierung des BAföG stark: Die Gruppe der Bezugsberechtigten muss erweitert werden und wir brauchen tragfähige Lösungen für Menschen, die sich im Übergang zwischen zwei Studiengängen befinden oder beispielsweise in Teilzeit studieren. (Seite 46)*
- *Auch die Karrierechancen im Handwerk müssen besser bekannt gemacht und gefördert werden, um jungen Menschen eine breite Orientierung für ihre berufliche Entwicklung zu geben und das Fachkräftepotenzial für das Handwerk zu stärken. Die handwerkliche Meisterausbildung, als zentralen Bestandteil der Sicherung von Qualität und des beruflichen Aufstiegs, werden wir deshalb stärken und gemeinsam mit dem Handwerk Wege erarbeiten, bestehende Zugangshürden, wie etwa zu hohe Gebühren, abzubauen. Die Meisterausbildung soll wie der Master an der Hochschule kostenfrei werden. Das Land wird deshalb die Kosten übernehmen, die Meistern bei ihrer Ausbildung nach Abzug des bewährten Meister-BAföG und anderer Förderungen entstehen. (Seite 21)*

**Mehr zum Thema Ausbildung und Studium auf Seite 21, 23, 24, 44, 46 und 47.**

## Thema Außerschulische Bildung

- *Unser Weiterbildungssystem modernisieren. Das Weiterbildungsgesetz werden wir gezielt modernisieren und weiterentwickeln. Dabei werden wir die Aufgabenbereiche der Digitalisierung und der Arbeit mit bildungsfernen Menschen stärker in der Förderung abbilden. (Seite 48)*
- *Wir wollen Angebote entwickeln, die Alphabetisierung und Grundbildung dauerhaft und nachhaltig gemäß unseres Verständnisses einer breit gefassten Weiterbildung verankern. (Seite 48)*
- *Die Weiterbildung auf das digitale Zeitalter einstellen. Im Rahmen einer „Digitalisierungsstrategie Weiterbildung werden wir die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur und neue Lernformen auf den Weg bringen. Die erfolgreiche Plattform Logineo NRW werden wir dazu weiterentwickeln. (Seite 48)*
- *Die politische Bildungsarbeit stärken. Die Landeszentrale für politische Bildung wollen wir aufwerten und mit einem Kuratorium öffnen. Wir handeln nach dem Prinzip Politische Bildung für alle. Gesellschaftliche Ungleichheit und geringe politische Partizipation hängen zusammen. Deshalb werden wir neue Formate der Ansprache in der politischen Bildung entwickeln und dort ansetzen, wo die Menschen sind, nämlich im Quartier. Wir setzen verstärkt auf aufsuchende politische Bildung, die sozialraumorientiert arbeitet und Akteure vernetzt. (Seite 93)*

**Mehr zum Thema außerschulische Bildung auf Seite 23, 48 und 93.**

## Thema Sport, Freizeit & Kultur

- *Gute Strukturen für ehrenamtliches Engagement unterstützen. Mit den Kommunen wollen wir vor Ort tragfähige und dauerhafte Strukturen für bürgerschaftliches Engagement schaffen (Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen, Nachbarschaftszentren, lokale Anlaufstellen, Jugend- und Gemeinschaftszentren) und in den kommunalen Verwaltungen professionelle Kompetenzen für die Förderung von Engagement, Partizipation und zivilem Handeln fördern. (Seite 70)*
- *Wir werden die Kommunen zudem bei der Einführung und Umsetzung von Maßnahmen zur elektronischen Verwaltung (eGovernment) und für offene Verwaltungsdaten (openData) finanziell und organisatorisch unterstützen. (Seite 70)*
- *Den gemeinnützigen Sport fördern. Durch die Fortschreibung des Pakts für den Sport werden wir dem gemeinnützigen Sport weiter finanzielle Planungssicherheit geben. Mit der Sportpauschale fördern wir weiterhin den allgemeinen Sportstättenbau in den Gemeinden. Unser Ziel bleibt es, die Sportstätteninfrastruktur zukunftsfest zu gestalten, damit der Sport seine gesundheits-, bildungs-, sozial- und freizeitpolitische Wirkung entfalten kann. (Seite 85)*

- *Hauptamtliche Strukturen in den Stadt- und Kreissportbünden wollen wir stärken, damit ehrenamtliche Arbeit stärker im sportlichen Zusammenhang als im verwaltenden Bereich gelebt werden kann. (Seite 85)*
- *Herausragende Sportereignisse in NRW unterstützen. NRW verfügt über hervorragende Sportstätten für nationale und internationale Sportveranstaltungen und eine sportbegeisterte Bevölkerung. Deshalb werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass herausragende Sportereignisse in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Olympische und Paralympische Spiele in NRW sind eine faszinierende Vorstellung. Ein Olympia, das zu NRW passen würde, wäre ein bürgernahes, bodenständiges und ein ökologisches Olympia. (Seite 85)*
- *Die Inklusion im Sport vorantreiben. Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt und barrierefrei am Sportleben teilhaben. Der gemeinsame Sport von Menschen mit und ohne Behinderung trägt dazu bei, Vorurteile abzubauen und Akzeptanz, Verständnis sowie Kooperation zu stärken und somit soziale Barrieren zu überwinden. (Seite 85)*

**Mehr zum Thema Kultur, Sport und Freizeit auf Seite 70, 71, 81,82 und 85.**

## **Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit**

- *Einen fairen Lohn für Gute Arbeit durchsetzen. Um den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu unterbinden, sind die striktere Regulierung von Werkverträgen und strengere Regeln für die Leiharbeit unumgänglich. Mit uns wird NRW sich dafür stark machen. (Seite 17)*
- *Ebenso müssen die bestehenden Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn kritisch unter die Lupe genommen und, wo immer möglich, abgeschafft werden. (Seite 17)*
- *Schwarzarbeit werden wir bekämpfen und die Kommunen in ihrer ordnungsrechtlichen Funktion bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit stärken. (Seite 17)*
- *Ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen. In einem breiten Diskussionsprozess wollen wir einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, welche Angebote benötigt werden um ein selbstbestimmtes und engagiertes Leben im Alter zu ermöglichen. Im Bund setzen wir uns für den langfristigen Erhalt des Rentenniveaus und eine solidarische Lebensleistungsrente ein. Angesichts des Wandels in der Arbeitswelt und der Demografie müssen neue Antworten zur Weiterentwicklung der Alterssicherung gefunden werden, die geeignet sind, unterschiedliche Lebens- und Erwerbsphasen abzusichern, Armutsrisiken zu vermeiden und weiterhin eine am Lohn orientierte Rente zu gewährleisten. Dabei sind für uns die 2012 gefassten Beschlüsse zum notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem lebensstandardsichernden Rentenniveau maßgeblich. (Seite 59)*
- *Die rechtlichen Grundlagen für Inklusion verbessern. In der kommenden Legislaturperiode werden wir ein Landesausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz schaffen und die Regelungen für die Menschen mit Behinderung in Landesrecht umsetzen. Dabei werden wir prüfen, ob dies im Rahmen des bestehenden Inklusionsstärkungsgesetzes geschehen kann. (Seite 60)*
- *Einen Teilhabebericht vorlegen. Die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in unserem Land soll ein Teilhabebericht beschreiben und untersuchen. (Seite 60)*
- *Inklusion auf dem Arbeitsmarkt vorantreiben. Zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen machen wir uns für den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung stark. (Seite 60)*
- *Beratungsstrukturen verbessern. Wir werden ein Konzept für den Ausbau einer von Kostenträgern und Leistungserbringern unabhängigen Beratung, unter Einbeziehung der Menschen mit Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache (Peer Counseling), erarbeiten. (Seite 60)*
- *Uns für die Gleichstellung von LSBTTI stark machen. Die Förderung der vielfältigen Initiativen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, trans- und intersexuellen Menschen (LSBTTI) werden wir fortführen und die Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans gegen Homophobie weiter*

*forcieren. Im Bund setzen wir uns für die volle rechtliche Gleichstellung ein. Zugleich machen wir uns für die gesellschaftliche Anerkennung zielgruppensensibler Pflege für Lesben, Schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender und intersexuelle Menschen im Alter stark. Besonders Pflegekräfte im Gesundheitsbereich müssen über das Thema Homosexualität und sexuelle Vielfalt aufgeklärt und durch Vermittlung der geschichtlichen Entwicklung des Themas stärker für den alltäglichen Umgang mit Pflegebedürftigen sensibilisiert werden. (Seite 61)*

- *Einen fairen Gemeindefinanzausgleich gewährleisten. Den Gemeindefinanzausgleich werden wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zukunftsfest weiterentwickeln und den Stärkungspakt Stadtfinanzen zum Erfolg führen. Dabei müssen die Leistungsfähigkeit und die strukturelle Belastung sowohl der finanzstarken als auch der finanzschwachen Kommunen weiterhin angemessen berücksichtigt werden. (Seite 69)*
- *Durch einen konsequenten Kampf gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung können wir diese Steuerentlastungen gegenfinanzieren. (Seite 101)*
- *Steuerhinterziehung und -umgehung bekämpfen. Den eingeschlagenen Weg der Modernisierung der Finanzverwaltung werden wir fortsetzen und dabei insbesondere die Betriebsprüfung und Steuerfahndung stärken. (Seite 101) (Seite 101)*
- *Auf europäischer Ebene machen wir uns für eine Austrocknung von Steueroasen inner- und außerhalb der EU sowie eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark. Wir drängen auf die schnelle Umsetzung der völkerrechtlichen Vereinbarungen gegen aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne in nationales Recht, um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch Großunternehmen zu verhindern. Für den Übergangszeitraum benötigen wir adäquate nationale Maßnahmen zur Verhinderung solcher Steuerumgehungspraktiken. (Seite 101)*
- *Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen ein, die sich an NRW orientieren, wie für eine Verhinderung der Umgehung der Grunderwerbssteuer im großen Stil durch Verkäufe von Grundstücken als Teil von Unternehmensverkäufen. Was für den kleinen Haus- oder Wohnungskäufer gilt, darf auch bei großen Immobilienübertragungen nicht unterlaufen werden. (Seite 101)*
- *Für ein demokratisches, soziales, handlungsfähiges, stabiles und nachhaltiges Europa werben. Wir werden rechtspopulistischen Parteien und ihrer anti-europäischen Propaganda wirksam entgegentreten. Dazu müssen wir den Menschen Europa wieder näher bringen. (Seite 103)*
- *Den Austausch in Europa der Bürgerinnen und Bürger fördern. Die Förderung und Unterstützung engagierter*

**Mehr zum Thema Arbeit und Soziales auf Seite 15, 16, 17, 18, 56, 59, 60, 61, 61, 69, 74, 75, 99, 101, 103, 104 und 106.**

## **Thema Gesundheit**

- *Die Gesundheitsberatung und -förderung stärken. Wir wollen integrierte Programme für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen mit den Schwerpunkten gesunde Ernährung und mehr körperliche Bewegung initiieren. (Seite 65)*
- *Die Gesundheitsversorgung flächendeckend sicherstellen. Die finanziellen Rahmenbedingungen von Krankenhäusern in NRW wollen wir weiter verbessern. Dafür benötigen die Krankenhäuser klare Finanzierungsstrukturen. Wir werden dafür sorgen, dass den Krankenhäusern weiterhin die Investitionsmittel für die landesweite Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen und der Investitionsstau Schritt für Schritt abgebaut wird. Unser Programm zur Förderung von Niederlassungen von Hausärzten in NRW werden wir fortsetzen und, wo erforderlich, anpassen. Mit mobilen Praxen und integrierten Gesundheitszentren werden wir die medizinische Versorgung in allen Regionen NRWs sicherstellen. Insbesondere kann auch der Einsatz von Telemedizin die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Regionen verbessern. Die gute Versorgung durch Hebammen in NRW wird weiterhin*

gewährleistet. Auch die Versorgung psychisch kranker Menschen in unserem Land werden wir weiter voran bringen, indem wir die gemeindepsychiatrische Versorgung weiter ausbauen und dabei insbesondere den ambulanten Sektor stärken, um die stationäre Unterbringungen weiter zurückzudrängen.

- Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau der Gesundheits-, Gesundheitsberatungs- und Pflegeberatungsstruktur im ländlichen und städtischen Raum ein. Dazu gehört für uns auch der bedarfsgerechte Aufbau einer Geriatrie-, Hospiz- und Palliativversorgungsstruktur. (Seite 65)
- Und wir werden für eine verbesserte Aufklärung und Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten, insbesondere für junge Menschen, sorgen. (Seite 65)
- Uns auch zukünftig für eine fortschrittliche Drogenpolitik stark machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Suchtpotenziale in der Gesellschaft weiterhin minimiert werden. (Seite 65)
- Suchtabhängige müssen entkriminalisiert und Substitutionsmodelle in NRW weiterentwickelt werden. (Seite 65)

**Mehr zum Thema Gesundheit auf Seite 56 und 65.**

## Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet

- Den Breitbandausbau vorantreiben. Wir sorgen für den Ausbau der hochleistungsfähigen Breitbandnetze. Bis 2018 werden alle Unternehmen in NRW innerhalb und außerhalb von Gewerbegebieten Zugang zu einem hochleistungsfähigen Internetanschluss von mindestens 50 Mbit/s erhalten. Bis 2026 soll NRW mit Glasfasernetzen flächendeckend versorgt sein. (Seite 25)
- Dazu zählt auch, den aktuellen Entwicklungen entsprechend ein stärkeres Augenmerk auf die Bekämpfung von Kriminalitätsformen innerhalb des Internet sowie auf die Möglichkeiten der digitalen Fahndung zu richten. (Seite 88)
- Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hängt ganz wesentlich von der Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der Polizei vor Ort ab. Deshalb werden wir die Polizeipräsenz in unseren Quartieren erhöhen, indem wir die Zahl der Bezirksbeamten verdoppeln und mit einer Verlagerung von Verwaltungsaufgaben mehr Vollzugsbeamte auf die Straße bringen. (Seite 88)
- Die hohen jährlichen Einstellungszahlen bei Polizei und Justiz werden wir verstetigen: Jedes Jahr werden mindestens 2.000 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter neu eingestellt und die Polizeistärke auf etwa 41.000 Beamtinnen und Beamte angehoben. (Seite 88)
- Die Freiwillige Feuerwehr stärken. Die Rahmenbedingungen für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr wollen wir weiter verbessern und dafür sorgen, dass die Ergebnisse aus dem von uns geförderten und gemeinsam mit dem Verband der Feuerwehren (VDF) durchgeführten Projekt FeuerwEhrensache umgesetzt werden. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass mehr Frauen sowie Migrantinnen und Migranten für die Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr gewonnen werden und der Personalkörper der Freiwilligen Feuerwehr insgesamt ausgebaut und verjüngt wird. (Seite 88)
- Angsträume beseitigen und Nachbarschaften stärken. Um das Sicherheitsempfinden der Menschen zu verbessern und Angsträumen den Schrecken zu nehmen, werden wir ein jährliches Förderprogramm für die Kommunen zur Beseitigung von Angsträumen auflegen (1.000 helle Plätze). Gemeinsam mit den Kommunen starten wir eine Initiative zur Stärkung der Nachbarschaften im Kampf gegen Verwahrlosung und Kriminalität (sicher, sauber, schön) (Seite 89)
- Rechtsextremismus konsequent bekämpfen. Wir wollen insbesondere die Kommunen befähigen, ihr Engagement zusammen mit der Zivilgesellschaft auszubauen, um der Entstehung und Verfestigung von rassistischen und rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft entgegenzutreten. Unser erfolgreiches Pilotprojekt soll daher auf das gesamte Land ausgeweitet werden. (Seite 90)

- *Wir werden es im Bund durchsetzen und machen uns dafür stark, dass Whistleblower, die Schaden von der Allgemeinheit abwenden oder durch ihre Veröffentlichungen demokratische und freiheitsrechtliche Interessen schützen, gesetzlichen Schutz erhalten. (Seite 92)*
- *Die politische Bildungsarbeit stärken. Die Landeszentrale für politische Bildung wollen wir aufwerten und mit einem Kuratorium öffnen. Wir handeln nach dem Prinzip Politische Bildung für alle. Gesellschaftliche Ungleichheit und geringe politische Partizipation hängen zusammen. Deshalb werden wir neue Formate der Ansprache in der politischen Bildung entwickeln und dort ansetzen, wo die Menschen sind, nämlich im Quartier. Wir setzen verstärkt auf aufsuchende politische Bildung, die sozialraumorientiert arbeitet und Akteure vernetzt. (Seite 93)*

**Mehr zum Thema innere Sicherheit, Datenschutz, Internet auf Seite 25, 88, 89, 90, 92 und 93.**

## **Thema Zuwanderung & Integration**

- *Mit dafür sorgen, dass Einwanderung stärker gesteuert wird. Einwanderung kann nur gesteuert und kontrolliert gelingen. Deshalb brauchen wir ein modernes Einwanderungsgesetz. Gerade da, wo inländisches Arbeitskräftepotenzial fehlt, macht Einwanderung Sinn. Deshalb ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs und Konsens über eine gesteuerte Arbeitsmigration notwendig. (Seite 59)*
- *Bei der Integration keine Zeit verlieren. Alle Flüchtlinge, die mittel- und langfristig in unserem Land bleiben, müssen schnell und unkompliziert an Integrationskursen teilnehmen können. Hier werden neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen auch die Grundwerte unseres Grundgesetzes – insbesondere die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die sexuelle Selbstbestimmung – vermittelt. Wir fordern den Bund auf, hierfür die Zahl der Integrationskurse deutlich zu erhöhen und auch die Vermittlung der Sprachkenntnisse bis zum höheren Niveau C1 zu fördern und nicht nur bis zur Stufe B1. (Seite 59)*
- *Bei der Integration auf Bildung, Qualifizierung und Arbeit setzen. Unser Bildungssystem von der Kita bis zur Weiterbildung machen wir fit für die Integration. Denn das Fundament für eine erfolgreiche Integration, nicht nur für Kinder und Jugendliche, ist die Teilhabe an einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem. Deshalb müssen ebenso die bestehenden Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt – über Qualifizierung, Ausbildung oder Studium – verstärkt und bei Bedarf erweitert werden. Unser vorrangiges Ziel ist dabei, dass Geflüchtete schnellstmöglich ihr Leben eigenständig führen und eine Perspektive entwickeln können. Neben dem Spracherwerb sind Arbeit und Ausbildung der Schlüssel zur Integration. Gemeinsam mit Industrie, Handwerk und Unternehmen sowie Gewerkschaften in NRW wollen wir einen Pakt für die interkulturelle Öffnung der Arbeitswelt schließen und diese weiter vorantreiben. (Seite 59)*
- *Unsere starke Zivilgesellschaft noch weiter stärken und unterstützen. Gerade die tausenden von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind eine unverzichtbare Stütze einer gelingenden Integration. Wir werden dieses Engagement weiter fördern. (Seite 59)*
- *Deshalb werden wir nicht zulassen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft eingeschränkt oder gar abgeschafft wird. Im Gegenteil: Mit der Abschaffung der Optionspflicht haben wir einen wichtigen Schritt erreicht. Aber noch immer sind zu viele Bürgerinnen und Bürger von der doppelten Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Das wollen wir ändern. (Seite 59)*
- *Mit uns ist außerdem klar: Wir brauchen endlich ein kommunales Wahlrecht für langjährig hier lebende Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass. (Seite 59)*

**Mehr zum Thema Zuwanderung und Integration auf Seite 16, 59 und 104**

## Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz

- *NRW als elektromobiles Kernland etablieren. Unser Ziel: Ein Viertel der bundesweit zugelassenen Elektrofahrzeuge sollen in NRW fahren und ein Großteil der relevanten Systeme und Komponenten hier produziert werden. Die Entwicklung des StreetScooters und e.Go an der RWTH Aachen zeigt, dass die Kompetenz dafür da ist. Im Rahmen von industriepolitischer Förderung der E-Mobilität steht daneben vor allem der Aufbau einer eigenen Produktion von Speichertechnologie in NRW im Mittelpunkt. Entsprechende Initiativen für Batteriezellfertigung werden wir begleiten. Wir werden für eine flächendeckende, verlässliche Ladeinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen sorgen und Forschung und Entwicklung, auch im Rahmen der Leitmarktwettbewerbe, weiter stärken. (Seite 27)*
- *Den Atomausstieg verantwortungsvoll gestalten. Wir in NRW sind schon vor Jahrzehnten aus Überzeugung aus der Atomkraft ausgestiegen. Nach dem geordneten Ausstiegsbeschluss unter der SPD-geführten Bundesregierung Gerhard Schröders 2000 folgte die Volte zurück unter dem Kabinett Merkel 2011. Erst nach dem Reaktorunfall von Fukushima wurde auch für ganz Deutschland der Atomausstieg erneut beschlossen. Bis 2022 gehen die letzten Meiler vom Netz. Wir setzen uns dafür ein, dass auch im benachbarten Ausland alte Pannenreaktoren zeitnah endgültig abgeschaltet werden. Deshalb treten wir auch für die schnellstmögliche Abschaltung und Stilllegung der belgischen Atommeiler Tihange II und Doel III ein und unterstützen hierbei die Anstrengungen der StädteRegion Aachen. Damit keine neuen Atomkraftwerke in Belgien gebaut werden müssen, bieten wir unserem Nachbarland zur Absicherung der Versorgungssicherheit eine langfristige energiepolitische und energiewirtschaftliche Zusammenarbeit an. Den Import vom Atomstrom lehnen wir ab. (Seite 29)*
- *Auch deshalb können wir nicht gleichzeitig aus der Atomenergie und der Kohleverstromung aussteigen. (Seite 29)*
- *Wir werden ohne Wenn und Aber sicherstellen, dass die Wasserversorgung eine Aufgabe der öffentlichen Hand bleibt. (Seite 32)*
- *Und wir sorgen weiterhin dafür, dass es in NRW kein Fracking gibt. (Seite 35)*
- *Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Landwirtschaft in NRW weiterhin gentechnikfrei bleibt. (Seite 36)*
- *Uns für den Tierschutz einsetzen. Das Tierschutzrecht muss alle Anforderungen einer artgerechten Tierhaltung erfüllen. Die Haltungsbedingungen, gerade in der Nutztierhaltung, müssen den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden, und nicht die Tiere den Haltungssystemen. Die Kleintierzucht hebt sich positiv ab und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung alter Kulturrassen. Wir werden die Kleintierzucht deshalb weiterhin fördern. Das neue Jagdrecht werden wir in seinen Wirkungen wie zugesagt evaluieren und eine gemeinsame Image-Kampagne für und mit den Jägerinnen und Jägern auf den Weg bringen. (Seite 36)*
- *Unser Sofortprogramm zur Sanierung von Spielplätzen und anderen Freizeitorten für Kinder und Jugendliche wird fortgeführt. (Seite 74)*
- *Den Neubau von Wohnungen von jährlich 50.000 auf 80.000 steigern. Hierzu werden wir die erforderlichen Rahmenbedingungen setzen und das auf Landesebene erfolgreiche Bündnis für Wohnen auf regionaler Ebene fortsetzen. Insbesondere bei der Flächenentwicklung macht die regionale Zusammenarbeit Sinn. Unsere schon laufenden Aktivitäten zur Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit für die Entwicklung umweltfreundlich erschlossener neuer Wohnstandorte in Stadt und Region, in denen auch neue Arbeitsstätten und attraktive Infrastrukturen für Junge und Seniorinnen und Senioren bereit stehen, werden wir fortführen und erweitern. Unsere Landesgesellschaften sowie NRW.Urban und die NRW.Bank werden weitere Unterstützungsangebote für die Städte bereitstellen. Vorbild ist das neue Programm zur sozialen Baulandentwicklung, welches seit kurzem attraktive Standortentwicklung ermöglicht. (Seite 76)*
- *Eine klare landeseinheitliche Tarifstruktur bei Bussen und Bahnen umsetzen. Ein insbesondere für Pendler attraktiver Bus- und Bahnverkehr hängt wesentlich von einer klaren und preiswerten Tarifstruktur ab. Wir werden dafür sorgen, dass der Tarifwarrirwarr der unterschiedlichen Verkehrsverbände beendet und durch landeseinheitliche Tarife ersetzt wird.*

**Mehr zum Thema Umwelt, Energie, Verkehr und Verbraucherschutz auf Seite 26, 27, 29, 31, 32, 33, 35, 36, 74, 76 und 80.**

## **Thema Wirtschaft**

- *Unsere Handwerksinitiative fortführen und auf 4.0 ausrichten. Die enorme Innovationskraft des Handwerks wollen wir weiter stärken. Dazu werden wir unsere Technologieförderung in Richtung Handwerk 4.0 fortsetzen und dabei insbesondere eine Unterstützung von genossenschaftlichen und/oder Gewerke übergreifenden Formen gemeinsamer Nutzung von Produktionsmitteln sicherstellen. Wir werden darüber hinaus den erfolgreichen Innovationsgutschein Handwerk neu auflegen und die bestehenden Beratungsprogramme stärken. (Seite 20)*
- *Außerdem werden wir die Modernisierung der Bildungsstätten weiter fördern. Wir werden auch die Digitalisierung im Handwerk noch stärker unterstützen. Dazu sollen eine Förderung von Vermarktungsplattformen für das Handwerk im Internet etabliert und entsprechende faire Standards für Vergütung, Abführung von Renten- und Sozialbeiträgen und Qualitätssicherung auf Plattformen erarbeitet werden. (Seite 20)*
- *Fachkräfte für das Handwerk der Zukunft gewinnen helfen. Wir werden das Handwerk mit einer Image-Kampagne unterstützen, damit handwerkliche Arbeit und ihre gesellschaftliche Bedeutung wieder höhere öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung erfahren. (Seite 21)*
- *Wir werden dazu die Einführung einer „Turbogenehmigung“ für Betriebsansiedelungen oder -erweiterungen prüfen. Mit einer solchen Genehmigung soll in einem vorher festgelegten Entscheidungsrahmen im Zeitraum von wenigen Monaten ein Genehmigungsbescheid vorliegen. (Seite 22)*
- *Weiterhin sollen Initiativen ergriffen werden, um generell die Zeiträume zwischen Beginn der Planung, Genehmigungsverfahren und Realisierung deutlich zu verkürzen und damit Planungssicherheit zu schaffen. Grundsätzlich wollen wir den Bürokratieabbau, wo sinnvoll und möglich, fortsetzen und den rechtlichen Rahmen an sich ändernde Gegebenheiten anpassen. (Seite 22)*
- *Die erfolgreiche Arbeit der Clearingstelle Mittelstand werden wir fortsetzen und im Wege der Evaluation des Mittelstandsförderungsgesetzes Instrumente, Verfahrensweisen und Ablauf sowie Effektivität der Clearingverfahren weiter optimieren. (Seite 22)*
- *Ferner streben wir die Erfassung und Minimierung von Erfüllungsaufwand und Bürokratiekosten an. (Seite 22)*
- *Bei der Umsetzung von EU-Normen und nationalem Recht werden wir uns auf eine strikte 1:1-Umsetzung beschränken, um die Wettbewerbssituation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft nicht zu beeinträchtigen. (Seite 22)*
- *Wir wollen dabei insbesondere auch junge Gründerinnen und Gründer fördern. Wer scheitert, wird nicht fallengelassen. Wir geben zweite und dritte Chancen und ermutigen gerade junge Menschen, es weiter zu versuchen. Die schon bestehenden Gründer- und Technologiezentren werden wir ausweiten und Gründungen auch durch Coachings und die Vermittlung von Risiko- und Seed-Kapital unterstützen, Antrags- und Genehmigungsverfahren vereinfachen und überflüssige Berichts- und Informationspflichten für Gründer streichen. (Seite 24)*

**Mehr zum Thema Wirtschaft auf Seite 21, 22, 24, 25 und 69.**

## Landtagswahlprogramm 2017 der Grünen

Wahlprogramm zur Landtagswahl am 14. Mai vom Bündnis 90 die Grünen <https://gruene-nrw.de/dateien/wahlprogramm2017.pdf>

### Thema Jugend

- Wir wollen durch einen Jugendcheck alle Gesetzesinitiativen daraufhin prüfen, ob sie die Interessen von Jugendlichen betreffen und ausreichend berücksichtigen. (Seite 111)
- Kinder und Jugendliche haben zudem auch ein Recht auf Freizeit und Erholung. Deshalb wollen wir, dass das Land Ferienfreizeiten von nicht kommerziellen Anbietern finanziell fördert, um die Kosten niedrig zu halten und möglichst vielen Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu bieten. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sollen besonders gefördert werden. (Seite 111)
- Zur effektiven Förderung der für uns GRUNE wichtigen Projekte wie Inklusion, Projekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die LSBTTI\*-Jugendarbeit, geschlechterdifferenzierte Arbeit oder auch die Gewaltprävention sowie für die Verlässlichkeit der Strukturförderung muss der Jugendförderplan um 20 Millionen € aufgestockt werden. (Seite 112)
- NRW soll die drei zentralen Säulen der UN-Kinderrechtskonvention konsequent umsetzen. Wir wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen in NRW stärken, indem wir ein Monitoring der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention etablieren, Beteiligungsrechte in der Gemeindeordnung verankern, Ombudschaften flächendeckend ausbauen und Armut bekämpfen. Dafür wollen wir unsere Politik an den drei Säulen der UN-Kinderrechtskonvention ausrichten: Förderung, Vorsorge und Schutz. (Seite 106)
- Wir müssen die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention stetig überprüfen. Dafür wollen wir die Monitoring-Stelle für Kinderrechte mit dem Monitoring beauftragen und sie entsprechend stärken und dauerhaft finanzieren. Wir wollen Kinderrechte ins Grundgesetz schreiben. (Seite 107)
- Wir möchten in NRW mehr Freiräume für Jugendliche schaffen. Kinder und Jugendliche brauchen räumliche und zeitliche Freiräume, um sich selbst erfahren, entwickeln und Partizipation erleben zu können. Auch junge Menschen brauchen Zeit, über die sie selbst verfügen können. Sie brauchen Erfahrungs- und Bewegungsräume, die sie frei gestalten können. (Seite 109)

Mehr zum Thema Jugend auf Seite 109, 110, 111, 112, 113, 182 und 212.

### Thema Familie

- Wir haben das letzte Kindergartenjahr landesweit beitragsfrei gemacht. Unser Ziel ist, dass Bildung grundsätzlich beitragsfrei wird – auch in den Kitas. Der weitere Ausbau der Kitaplätze, mehr Qualität insbesondere durch eine verbesserte Fachkraft-Kind-Relation, flexible Öffnungszeiten, die die Bedarfe der Eltern berücksichtigen, und eine deutliche Entlastung des Personals stehen ganz oben auf unserer Agenda. (Seite 105)
- Auch deshalb wollen wir die Kinderbetreuung in Randzeiten ausbauen und eine gute Betreuung in den Ferien sicherstellen. (Seite 109)
- In den Familienberatungsstellen der Kommunen und freien Träger sollen Alleinerziehende bestmöglich informiert und beraten werden. Wir setzen uns für eine gerechtere Familienförderung ein: weg vom Ehegattensplitting und hin zur Unterstützung für Familien, in denen Kinder leben. Deshalb setzen wir uns im Bund für eine Kindergrundsicherung ein. Außerdem wollen wir, dass auch Alleinerziehende eine Wohnung in ihrem vertrauten Viertel bezahlen können. (Seite 109)

Mehr zum Thema Familie auf Seite 104, 105, 106, 107, 108 und 109.



## Thema Schule

- *Der Unterricht an den Schulen in NRW beginnt zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr. Wir GRUNE wollen hier eine neue Flexibilität ermöglichen, um den Unterrichtsbeginn stärker an den Rhythmus der Schüler\*innen und die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Familien anzupassen. Schulen und Kommunen sollen den Unterrichtsbeginn auch auf später als 8.30 Uhr festlegen dürfen. Insbesondere bei der Weiterentwicklung des Ganztags sollen perspektivisch solche Fragen der Flexibilisierung und Gesamtoffnung mit berücksichtigt werden. Dabei gilt es allerdings auch, die Verbindlichkeit des Bildungsangebots zu gewährleisten. (Seite 117)*
- *Die Verbraucher-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung wird immer wichtiger. Hier gilt es, Alltags- bzw. Lebensgestaltungskompetenzen zu entwickeln. Dieser Bereich muss sinnvoll und altersgerecht in den Schulen verankert werden. Deshalb entwickeln wir mit Modellschulen Bildungspläne und vermitteln Alltagskompetenzen an Grund- und weiterführenden Schulen aller Schulformen im Unterricht. Zur Verbraucherbildung gehören selbstverständlich auch ökonomische, ökologische und rechtskundliche Kenntnisse, so wie zur Gesundheitsbildung auch Bewegung gehört. Die Veränderungen an unseren Schulen und in den Familien führen unter anderem dazu, dass sich das Ernährungsverhalten vieler Schüler\*innen verändert hat. Um sich gesund zu ernähren, sollen die Schüler\*innen wieder mehr über Lebensmittel und die Ernährung insgesamt erfahren. (Seite 117)*
- *Wir GRUNE wollen für den Aufbau eines inklusiven Schulsystems mehr multiprofessionelles Personal und dessen Einbettung in das Team der Schule ermöglichen. Davon profitieren alle Schüler\*innen, denn durch eine gelingende Inklusion werden starke Impulse für eine positive schulische und gesellschaftliche Entwicklung gegeben. Wenn der dazu notwendige Kultusministerkonferenzprozess (KMK-Prozess), den NRW nachdrücklich eingefordert hat, abgeschlossen ist, werden wir die Lehrkräfte mit neuen Kernlehrplänen dabei unterstützen, die Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf nach aktuellen didaktischen Erkenntnissen und Anforderungen zu unterrichten. (Seite 119)*
- *Die Religions- und Konfessionszugehörigkeiten auch der Grundschüler\*innen in NRW sind im Wandel. Sie werden immer heterogener und die Anzahl der konfessionell gebundenen Schüler\*innen nimmt kontinuierlich ab. Deswegen wollen wir ergänzend zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht das Fach Philosophieren mit Kindern in der Grundschule einführen, damit sich Kinder mit Sinn-, existentiellen und Wertefragen außerhalb eines bekenntnisorientierten Unterrichts auseinandersetzen können. Es ist verstärkt darauf zu achten, dass Schulen über die Freiwilligkeit der Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht informieren. (Seite 120)*
- *Wir wollen das Erfolgsprojekt offene Ganztagschule weiterentwickeln und Schulen, freien Trägern und Kommunen die Möglichkeit geben, über den ganzen Tag strukturierte und rhythmisierte Angebote sicherzustellen, insbesondere durch eine gesicherte Finanzierung von Vollzeitstellen des sozialpädagogischen Personals. So können Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte auf Augenhöhe zusammenarbeiten und die individuelle Förderung aller Kinder erweitern. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kommunen Schulbusse für Ganztagsangebote einrichten können. (Seite 121)*
- *Die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung wollen wir dabei auch in der Bildung als Querschnittsaufgabe fassen und in allen Schulfächern abbilden. Hierbei spielt die einzelne Schule als zentraler Ort des gemeinsamen Lernens im Kollegium und zwischen Lehrenden und Lernenden eine zentrale Rolle. In einer ersten Phase soll der bereits eingeführte Medienpass um informatische Kompetenzen erweitert und für alle Schüler\*innen verbindlich werden. Informatik als Wahlpflichtfach oder als IT-Grundbildung macht Sinn, damit Lernen im digitalen Wandel als Querschnittsaufgabe umgesetzt werden kann. In welcher Form der Erwerb informatischer Grundlagen im Primar- und Sekundarbereich am besten in zukünftige Schulbetriebe integriert werden kann, erproben wir bereits heute in wissenschaftlich begleiteten Modellversuchen. Und uns ist klar: Der Weg zur digitalen Kompetenz zukünftiger Gesellschaften erfordert eine außerordentliche Fortbildungsoffensive für die aktiven Lehrkräfte und eine fortschreitende Anpassung der Ausbildung zukünftiger Lehrer\*innen und Erzieher\*innen. Das Lernen in der digitalen Welt braucht natürlich auch eine entsprechende Infrastruktur in den Schulen. Digitale Endgeräte sollen im Schulalltag selbstverständlich werden. Die Schulen müssen flächendeckend mit der entsprechenden Infrastruktur ausgestattet und die Lehrer\*innen diesbezüglich weitergebildet werden. Wir werden die Kommunen als Schulträger dabei weiterhin aktiv unterstützen. Deshalb wollen wir etwa*

ermöglichen, dass digitale Medien im Rahmen der Lernmittelbereitstellung und Lernmittelbeschaffung statt der Schulbuchbeschaffung anerkannt werden. Mit dem Einsatz digitaler Medien könnte auch das lästige Kopiergeld vermieden werden. (Seite 125)

- Wer die Kinder und das Ziel der bestmöglichen Bildung für alle in den Mittelpunkt rücken will, muss von einer einfachen, immer wieder übersehenen Wahrheit ausgehen, die uns GRUNE leitet: Jedes Kind ist anders, jedes Kind hat eigene Wege, und jedes Kind braucht auch seine eigene Zeit. Wir GRUNE wollen deshalb jedem Kind eine an seine individuellen Voraussetzungen angepasste flexible Schulzeit ermöglichen. Den unproduktiven Streit über G8/G9 wollen wir beenden. (Seite 127)

**Mehr zum Thema Schule auf Seite 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128 und 129**

## Thema Ausbildung & Studium

- Wir wollen weiter eine vorausschauende Wirtschaftspolitik betreiben und für die Gründung und Übernahme von Betrieben werben und diese erleichtern. Gemäß den Vorgaben des Europäischen Qualifizierungsrahmens (EQR) wollen wir das Ausbildungsniveau von Meister\*innenbrief und Fachhochschulabschluss weiter angleichen und die Durchlässigkeit der Systeme verbessern. Dies trägt dazu bei, das Handwerk für junge Fachkräfte attraktiver zu machen. Als neues Förderinstrument schlagen wir vor, neben dem Landeszuschuss zur Meister\*innengründung ein kreditfinanziertes Programm einzuführen. So sollen Gründer\*innen in der Startphase unterstützt, aber beispielsweise auch notwendige betriebliche Modernisierungen parallel zur beruflichen Weiterbildung finanziert werden. Und auch die Phase am Ende einer Meister\*innenlaufbahn wollen wir verstärkt ins Blickfeld rücken. Denn die Übernahme von Betrieben gestaltet sich immer schwieriger. Wir wollen, dass Mitarbeiter\*innen über Beratungsmöglichkeiten und die Gründungsförderung verstärkt dabei unterstützt werden, Handwerksbetriebe zu übernehmen und damit Arbeitsplätze und Know-how zu erhalten. (Seite 75)
- Neben ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen wollen wir Konzepte für Verbundausbildungen, bei denen sich mehrere Unternehmen und Bildungseinrichtungen für eine Ausbildung zusammenschließen, fördern. (Seite 133)
- Das berufliche Spektrum in Deutschland ist vielfältig und schließt neben einem Studium das duale Studium ebenso mit ein wie eine Berufsausbildung. Es ist möglich, ein Studium an eine Berufsausbildung anzuschließen. Diese Vielfältigkeit ist der Schlüssel zum Erfolg. Die weitere Angleichung von Meister und Bachelor wäre ein weiterer Baustein für die Verknüpfung von Studium und Handwerk. Wir brauchen Seiteneinsteiger\*innen für das Handwerk. (Seite 133)
- Wir wollen die notwendigen Kapazitäten bei der islamischen Theologie durch einen Ausbau der Lehrstühle sicherstellen. Wir wollen ebenfalls die Einrichtung eines Lehrstuhls für Alevitische Theologie fördern. Der Ausbau der Religionslehre an den Hochschulen soll möglichst mit Unterstützung des Bundes erfolgen. (Seite 137)
- Studiengebühren erteilen wir eine klare Absage. Das Land wird den Hochschulen dafür dauerhaft mehr Landesmittel zur Verfügung stellen. (Seite 137)
- Im Land NRW sollen auch zukünftig keine Subventionen in die Rüstungsforschung fließen. Private Drittmittel im Bereich der Rüstungsforschung dürfen keine weiteren staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen aktivieren. (Seite 141)

**Mehr zum Thema Ausbildung und Studium auf Seite 75, 131 und folgende bis Seite 141 und Seite 171.**

## Thema Außerschulische Bildung

- Wir GRUNE wollen die neue Anerkennungskultur der außerschulischen Bildung in der Schule stärken. Davon profitieren in erster Linie die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Schule und ihre außerschulischen Partner\*innen. Sie müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, um Nachmittagsunterricht, schulische Ganztagsangebote, außerschulische Angebote und Freizeit der Schüler\*innen in Einklang zu bringen. Schulen sollen das soziale, kulturelle und ökologische ehrenamtliche Engagement junger

*Menschen würdigen. Dazu wollen wir die Möglichkeiten zur Anerkennung und Freistellung für außerschulische Aktivitäten in Schulen aktiv befördern. Dadurch werden Schüler\*innen frühzeitig ermutigt und bestärkt, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. (Seite 121)*

- *Minijobs, Niedriglohn und Zeitarbeit oder Werkverträge: Viele Menschen, vor allem Frauen, verfügen über zu wenig Geld, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Wir wollen daher die prekären Beschäftigungsverhältnisse deutlich eindämmen. Die Regelungen für Leiharbeit und Werkverträge müssen verbessert werden, damit diese Arbeitsverhältnisse für die Beschäftigten zu guten Arbeitsverhältnissen werden. Leiharbeit muss für die Arbeitgeber\*innen deutlich und auf Überbrückung kurzfristiger Engpässe befristet, oder die Arbeitnehmer\*innen von Beginn an besser als das Stammpersonal gestellt werden, um die Unsicherheit ihrer Beschäftigung auszugleichen. Der Ersatz ganzer Abteilungen bzw. Stellen durch billigere Werkvertragsarbeitnehmer\*innen muss verhindert, der Mindestlohn armutsfest gestaltet werden. Die heutigen Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden, damit von Anfang an jede Stunde sozialversichert wird und die Beschäftigten Ansprüche gegenüber den Sozialversicherungen geltend machen können. (Seite 169)*
- *Wir wollen die Weiterbildungsmittel so dynamisieren, wie dies bereits bei Kindertageseinrichtungen geschehen ist, beim Ganztags- und beim Jugendfördergesetz. Wir wollen die Fördersystematik umbauen, um mehr Innovationen zu ermöglichen. Neu Zugewanderte mit Kindern haben häufig Probleme, Sprach- und Integrationskurse kontinuierlich zu besuchen. Deshalb wollen wir Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei Sprach- und Integrationskursen schaffen. (Seite 143)*

**Mehr zum Thema Außerschulisch Bildung auf Seite 121, 141, 142, 143 und 144.**

## **Thema Sport, Freizeit & Kultur**

- *Bewegung, Spiel und Sport fördern nicht nur die motorischen, sondern gleichermaßen die kognitiven und sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Eine gute und gesunde Schule ist für uns eine bewegte Schule. Deshalb wollen wir die drei regulären Sportstunden in der Woche erhalten und auch ihre tatsächliche Erteilung unterstützen. Wenn Schulen, insbesondere mit einem Ganztagsangebot, und Sportvereine gut und auf Augenhöhe zusammenarbeiten, können beide Seiten davon profitieren. Deshalb wollen wir mit allen Beteiligten auf eine stärkere Zusammenarbeit der Schulen und der Vereine hinarbeiten. (Seite 118)*
- *Wir werden die kulturelle Bildung für Schulen, Träger und Kommunen weiterhin stärken. Programme wie „Kreativpotenziale und Lebenskunst“, „Kulturagenten für kreative Schulen“ aus dem Schulbereich, Programme aus dem Kultur- und Jugendbereich sowie die verschiedenen Unterstützungsleistungen des Landes sollen systematisch zusammengeführt werden, um Schulen aktiv und nachhaltig bei der Entwicklung kultureller Schulprofile zu unterstützen. Die ästhetische Erziehung wollen wir besonders fördern. (Seite 118)*
- *NRW hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder als gutes Gastgeberland hervorragend organisierter sportlicher Großereignisse (zum Beispiel der „Ruhr Games“) präsentiert. Zukünftig braucht jede Sportveranstaltung ein ökologisches Rahmenkonzept. Demnach muss auf ein klimafreundliches Transportkonzept ebenso geachtet werden wie auf die nachhaltige Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer\*innen und Zuschauer\*innen. Mit uns wird es in NRW auch weiterhin keine sportlichen Großereignisse geben, wenn Beteiligungsmöglichkeiten von Anfang an und Transparenz in Bezug auf Kosten, Nutzen und Folgen nicht sichergestellt werden. (Seite 175)*
- *Auch in Bezug auf den Umgang mit Fußballfans in NRW gibt es weiteren Handlungsbedarf: Stadionverbote sind insbesondere für junge Fußballfans eine harte Strafe, deren pädagogische Wirkung angezweifelt werden muss. Das intransparente Verfahren (zum Beispiel die Datenweitergabe zwischen Polizei, Fußballvereinen und Verbänden) führt zu einem starken Ohnmachtsgefühl und zu Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Eine unabhängige Beschwerdestelle kann hier Abhilfe schaffen. Die Datenerhebung und -speicherung zu Geschehnissen im Rahmen von Sportereignissen wollen wir einheitlich und transparent gestalten. Fragwürdige Instrumente wie die Datei „Gewalttäter Sport“ lehnen wir ab; diese müssen gemäß den aktuellen Anforderungen grundlegend reformiert und rechtssicher ausgestaltet*

werden. So können wir deutlich machen, dass wir GRUNE den Datenschutz und die Fanrechte ernst nehmen. (Seite 176)

**Mehr zum Thema Sport, Freizeit und Kultur auf Seite 118, 175, 176, 181 und 192.**

## Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit

- *Wir kritisieren zudem seit langem, dass die Hartz-IV-Leistungen nicht armutsfest sind, sondern oft bürokratisch und zudem stigmatisierend. Hartz IV verhindert eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb brauchen wir eine neue, unbürokratische und armutsfeste Grundsicherung ohne Sanktionen, dafür werden wir uns auf Bundesebene einsetzen. Dazu gehören Maßnahmen wie ein deutlich höherer Regelsatz und die Einführung einer Kindergrundsicherung, bei der dem Staat alle Kinder gleich viel wert sind und mit der Kinder- und Familienarmut systematisch bekämpft wird. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende. (Seite 165)*
- *Auch wenn die Menschen heute im Alter im Durchschnitt ein deutlich höheres Einkommen haben als in früheren Jahrzehnten, ist die Einkommenssituation der Älteren sehr unterschiedlich. Armut im Alter ist auch heute vielerorts sichtbar. Dabei sind ältere Frauen viel häufiger von Armut betroffen als Männer. Aufgrund der vielen prekären Beschäftigungsverhältnisse und der unsteten Erwerbsbiografien vieler heute ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren die Zahl der Menschen, die im Alter am Existenzminimum leben müssen, deutlich ansteigen wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu beseitigen, und werden uns auf Bundesebene für eine bessere soziale und finanzielle Absicherung im Alter einsetzen. Hierzu gehören unter anderem die Stabilisierung des Rentenniveaus, eine Garantierente oberhalb der Grundsicherung ohne Anrechnung betrieblicher und privater Vorsorge und perspektivisch eine Rente auf Basis einer starken Bürgerversicherung für alle. (Seite 166)*
- *Minijobs, Niedriglohn und Zeitarbeit oder Werkverträge: Viele Menschen, vor allem Frauen, verfügen über zu wenig Geld, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Wir wollen daher die prekären Beschäftigungsverhältnisse deutlich eindämmen. Die Regelungen für Leiharbeit und Werkverträge müssen verbessert werden, damit diese Arbeitsverhältnisse für die Beschäftigten zu guten Arbeitsverhältnissen werden. Leiharbeit muss für die Arbeitgeber\*innen deutlich und auf Überbrückung kurzfristiger Engpässe befristet, oder die Arbeitnehmer\*innen von Beginn an besser als das Stammpersonal gestellt werden, um die Unsicherheit ihrer Beschäftigung auszugleichen. Der Ersatz ganzer Abteilungen bzw. Stellen durch billigere Werkvertragsarbeitnehmer\*innen muss verhindert, der Mindestlohn armutsfest gestaltet werden. Die heutigen Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden, damit von Anfang an jede Stunde sozialversichert wird und die Beschäftigten Ansprüche gegenüber den Sozialversicherungen geltend machen können. (Seite 169)*
- *In unterschiedlichen Lebensphasen bestehen unterschiedliche Arbeitszeitbedürfnisse. Die gleichberechtigte Aufteilung von Arbeit, Weiterbildung und Familie muss ermöglicht werden. Wir werden deshalb Familien, die sich gleichberechtigt um die Erziehung und Pflege sowie um den Familienunterhalt kümmern wollen, unterstützen. Wir setzen uns bei Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle (zum Beispiel temporäre Stundenreduzierung, Arbeitsplatzteilung, Arbeitszeitkonten) ein. (Seite 172)*
- *Wir wollen für den Landtag und die Landesverwaltung ein Lobby-Transparenzregister einführen, das auch die Finanzierung der jeweiligen Lobbygruppe transparent macht. Das Einholen externen Sachverständigen ist zwar in der Gesetzgebung von großer Bedeutung, muss aber für die Bevölkerung nachvollziehbar sein. (Seite 179)*

**Mehr zum Thema Arbeit, Soziales und Generationengerechtigkeit auf den Seiten 165, 169, 172, 179, 180, 223 und folgende und 239.**

## Thema Gesundheit

- *Auch nach vielen Jahren erfolgreicher Informations- und Antidiskriminierungsarbeit für Menschen mit HIV und Aids keimen in Teilen der Gesellschaft immer wieder Ängste und Vorurteile gegenüber*

*Hauptbetroffenengruppen auf. Gleichzeitig erleben wir mehr Menschen, die die Risiken einer Infektion falsch einschätzen. Deshalb ist es notwendig, das hervorragende Netz der Aids-Hilfen zu erhalten und weiterzuentwickeln, insbesondere mit Blick auf andere sexuell übertragbare Krankheiten (STIs) und die größer gewordene Bandbreite gelebter sexueller Identität. Neue, schwer zu erreichende Zielgruppen wie Menschen mit Migrationsgeschichte und Flüchtlinge, die bei uns eine Lebensperspektive suchen, gilt es in den Blick zu nehmen. Dabei fördern und unterstützen wir lokale Kooperationen zwischen Beratungsstellen, Gesundheitsämtern, niedergelassenen Ärzt\*innen und der Gesundheitsforschung, um integrierte Angebot zur Förderung der sexuellen Gesundheit zu schaffen und auszubauen. Wir orientieren uns an den Zielen der WHO, die „sexuelle Gesundheit“ umfassender betrachtet und nicht nur als Abwesenheit von STIs definiert. (Seite 152)*

- *Dabei unterscheiden wir deutlich zwischen der Eigengefährdung, die zu einem hohen Grad in der eigenen Verantwortung liegt, also der Entscheidung, wie gesund ich esse, wie viel ich mich bewege und ob ich meinem Körper durch Drogen oder Stress schade, und der Fremdgefährdung, bei der Staat und Politik die Allgemeinheit schützen müssen, etwa vor zu großem Lärm, schädlichen Stoffen in der Nahrung und in weiteren Produkten oder vor zu hoher Schadstoffbelastung der Luft. Dazu zählt auch der Schutz vor Passivrauchen durch ein konsequentes Nichtraucherschutzgesetz. Wir respektieren und schützen dabei auf der einen Seite das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen zum Zigarettenkonsum in den eigenen vier Wänden oder unter freiem Himmel und schützen gleichermaßen Menschen und ganz besonders Kinder und abhängig Angestellte durch ein lückenloses und rechtssicheres Rauchverbot in öffentlichen Räumen und in der Gastronomie. Wir werden den öffentlichen Gesundheitsschutz weiter auch in anderen Bereichen umsetzen, etwa wenn es um den Schutz vor Fluglärm in der Nacht, die Verbesserung der Luftqualität in den Innenstädten, die Reduktion multiresistenter Erreger oder den falschen Einsatz von Antibiotika in unserem Gesundheitswesen geht. (Seite 153)*
- *Auf Bundesebene fordern wir eine grundsätzliche Neubewertung des Umgangs mit Cannabis. Unser Ziel ist eine kontrollierte, legale Abgabe an zertifizierten Verkaufsstellen, die die Einhaltung des Jugend- und Verbraucherschutzes garantieren. Für NRW wollen wir die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen von Modellprojekten die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Volljährige vorzunehmen. Gerade das Wissen über die Konzentration und die Inhaltsstoffe ist präventiv sinnvoll. Nachdem wir die Eigenbedarfsgrenze für den straffreien Erwerb bereits angehoben haben, wollen wir in einem nächsten Schritt die automatische Regeleinstellung von Strafverfolgung bei kleinen Mengen durchsetzen sowie ein Ende der Praxis, dass der Konsum kleiner Mengen an die Führerscheinstellen gemeldet wird. (Seite 155)*
- *Sucht im Alter sowie der Alkoholmissbrauch von jungen Menschen erfordern eine spezifische Prävention in diesen Bereichen. Auch die sogenannten nicht stoffgebundenen Süchte wie Mager- und Esssucht, aber auch Medien- und Onlinesucht sowie Glücksspielsucht werden weiterhin eine zunehmende Rolle spielen. Hier ist das Land bereits engagiert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Angebote kontinuierlich und zeitgemäß weiterentwickelt werden. (Seite 156)*

**Mehr zum Thema Gesundheit auf den Seiten 150 und Folgende.**

## **Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet**

- *Wir lösen mit einem Technikmix unser Versprechen ein, Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/Sekunde für alle Haushalte bis zum Jahr 2018 zu gewährleisten. Perspektivisch brauchen wir jedoch einen Umstieg auf den ausschließlichen Glasfaserausbau, weil nur diese Technik wirklich zukunftsfähig ist. Der Zugang zum schnellen Internet ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb werden wir eine detaillierte Planung für den Glasfaserausbau auf den Weg bringen und den flächendeckenden Glasfaserausbau bis zum Jahr 2025 realisieren. (Seite 82)*
- *Zur Digitalisierung tragen auch tausende Freifunker\*innen bei, die dezentrale und selbstverwaltete freie WLANs aufbauen. Wir GRUNE stehen weiterhin an der Seite dieser engagierten Menschen. Sie sorgen unter anderem dafür, dass Geflüchtete sich online informieren und Kontakt mit ihren Familien halten können. Um dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit kostenlosem WLAN näher zu kommen, setzen wir uns weiterhin für den Ausbau von Freifunk-Netzen und die Öffnung von kommunalen und öffentlichen Gebäuden wie Hochschulen für Freifunk-Router ein. Die bisherige Förderung von Freifunk-Vereinen zur Stärkung der Medienkompetenz werden wir mindestens im bisherigen Umfang fortführen und die Förderung*

des Aufbaus von Netzinfrastrukturen durch Freifunker\*innen strukturell absichern sowie finanziell weiter unterstützen. Wir haben in den vergangenen Jahren intensiv für die Haftungsfreistellung von WLAN-Betreiber\*innen gekämpft. Die Bundesregierung war aber auch nach einem langen Gesetzgebungsprozess bisher nicht in der Lage, eine rechtssichere Lösung für die sogenannte Störerhaftung zu entwickeln. Wir werden deshalb unseren Einfluss im Bund geltend machen, um Rechtssicherheit zu schaffen und so den WLAN-Ausbau in Deutschland voranzubringen. Um Freifunk-Vereine bei ihrer Arbeit zu unterstützen, setzen wir uns für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk ein. (Seite 83)

- Auch in Bezug auf den Umgang mit Fußballfans in NRW gibt es weiteren Handlungsbedarf: Stadionverbote sind insbesondere für junge Fußballfans eine harte Strafe, deren pädagogische Wirkung angezweifelt werden muss. Das intransparente Verfahren (zum Beispiel die Datenweitergabe zwischen Polizei, Fußballvereinen und Verbänden) führt zu einem starken Ohnmachtsgefühl und zu Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Eine unabhängige Beschwerdestelle kann hier Abhilfe schaffen. Die Datenerhebung und -speicherung zu Geschehnissen im Rahmen von Sportereignissen wollen wir einheitlich und transparent gestalten. Fragwürdige Instrumente wie die Datei „Gewalttäter Sport“ lehnen wir ab; diese müssen gemäß den aktuellen Anforderungen grundlegend reformiert und rechtssicher ausgestaltet werden. So können wir deutlich machen, dass wir GRUNE den Datenschutz und die Fanrechte ernst nehmen. (176)
- Die Vorratsdatenspeicherung ist der Gesetz gewordene Generalverdacht und damit ein Angriff auf zentrale Werte des demokratischen Rechtsstaats. Wir haben die Vorratsdatenspeicherung bekämpft und lehnen alle Pläne für ihre sachliche oder zeitliche Ausweitung ab. Wir werden keine landesrechtlichen Korridore schaffen, mit denen Vorratsdaten genutzt werden könnten. Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist ein schwerwiegender Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung und bringt keinen Sicherheitsgewinn, sondern birgt die Gefahr des Missbrauchs. Neben der Vorratsdatenspeicherung für Telekommunikationsdaten lehnen wir auch eine Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten entschieden ab. (Seite 185)
- Seit dem Beginn des Bürgerkriegs in Syrien wächst die Zahl der Personen im neo-salafistischen Spektrum an. Repressive Maßnahmen gegen den gewaltbereiten Neosalafismus sind richtig. Im Bereich Prävention und Integration haben wir 13 sogenannte „Wegweiser“-Beratungsstellen in den besonders betroffenen Kommunen eingerichtet, um gefährdete und betroffene Jugendliche und deren Umfeld ansprechen und betreuen zu können. Außerdem wurde beim Verfassungsschutz ein „Aussteigerprogramm Islamismus“ etabliert. Im Gegensatz zur allgemeinen Debatte sehen wir Islamismus nicht nur als sicherheitspolitisches Problem. Wir wollen uns zukünftig verstärkt mit diesen islamistischen Ideologien befassen, um die Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit weiter zu verbessern. (Seite 186)
- Oft wird reflexhaft nach einer Ausweitung der polizeilichen Videobeobachtung gerufen. Für uns steht fest, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für polizeiliche Videobeobachtung nicht aufgeweicht und diese Maßnahmen nur zur Anwendung kommen dürfen, wenn andere Maßnahmen nicht zum Erfolg führen. Die Videobeobachtung muss immer in ein Sicherheitskonzept eingebunden und mit den örtlichen Akteur\*innen abgestimmt werden. 2013 haben wir einer Verlängerung der Regelung im Polizeigesetz bis 2018 zugestimmt. Gleichzeitig haben wir für eine Evaluation dieser umstrittenen Maßnahme durch Wissenschaftler\*innen gesorgt, um ihre Wirksamkeit besser beurteilen zu können. Ohne eine gleichzeitige Beobachtung des Gefilmten und sofortiges Einschreiten von Polizeibeamt\*innen leistet Videoüberwachung keinen wirksamen Beitrag zur Gefahrenabwehr und stellt einen Eingriff in die Freiheit der Bürger\*innen dar. Wir sprechen uns daher gegen eine flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung im öffentlichen Raum aus. Dies gilt auch für Gesichtserkennungssoftware, deren Einsatz den Grundrechtseingriff der einfachen Videoüberwachung enorm vertiefen würde. Denn die Annahme, dass teure technische Systeme automatisch zu mehr Sicherheit führen, ist trügerisch. (Seite 188)
- Die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, bei der wir sowohl auf eine konsequente Strafverfolgung als auch auf Prävention und Intervention setzen. Dabei ist es uns wichtig, die Perspektive der Betroffenen und den Opferschutz nach vorn zu stellen und Beratungs- und Unterstützungsangebote zu stärken. Deshalb werden wir das integrierte Handlungskonzept des Landes zu einem Landesförderprogramm für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte weiterentwickeln. Dabei wollen wir auch ein Aktionsbudget für zivilgesellschaftliche Initiativen bereitstellen, aus dem niedrigschwellig und unbürokratisch Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor Ort

unterstützt werden. Wir GRUNE nehmen auch den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft in den Blick und wollen der im bürgerlichen Gewand erscheinenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gemeinsam mit gesellschaftlichen Partner\*innen wirkungsvoll entgegentreten. (Seite 191)

- Die vielen im Sport engagierten Menschen stellen ein Spiegelbild der Gesellschaft dar. Deshalb kommt es – wie leider in allen anderen Gesellschaftsbereichen auch – hier zu rassistischen und rechtsextremen Vorfällen. Um den Sport im Umgang mit solchen Vorfällen zu stärken, werden wir ein Projekt zum Handlungsfeld Rechtsextremismus, Alltagsrassismus und Diskriminierung im Sport fördern. Zudem wollen wir ein regelmäßiges wissenschaftliches Monitoring zu Rassismus und Rechtsextremismus in NRW einführen, das die Entwicklung von Handlungsansätzen für wirksame Konzepte unterstützen soll. Ein öffentlich zugängliches Archiv zum Thema „Rechtsextremismus in NRW“ soll Wissenschaft und Zivilgesellschaft dabei unterstützen, mehr Wissen über die rechtsextreme Szene zu generieren. (Seite 191)
- Wichtig ist es auch, den Zugang zum Richter- und Staatsanwaltsamt in den Blick zu nehmen. Dabei soll neben der fachlichen Qualifikation stärker Wert auf persönliche Kompetenzen gelegt werden. Spätestens in der Fortbildung sollen auch Themenfelder wie Psychologie, Forensik, Jugendhilfe und Opferschutz für Strafrichter\*innen und Staatsanwält\*innen angeboten werden. Wir wollen das Verbot des Tragens von religiös begründeten Kopftüchern für Richterinnen und Staatsanwältinnen in den öffentlichen Verhandlungen überprüfen und die interkulturelle Abbildung der Gesellschaft in der Justiz stärken. (Seite 201)
- Um die ungerechte Praxis der Steuervermeidung zu verhindern oder zumindest zu vermindern, ist neben klaren Regelungen auf Ebene des Bundes auch ein konsequenter Vollzug im Land erforderlich. Darum haben wir die jahrelange Politik der Stellenkürzungen beendet und zusätzliche Stellen bei der Steuerverwaltung geschaffen. Durch den Ankauf von Steuer-CDs sowie die konsequente Politik gegen Steuerhinterziehung haben wir mehr Einnahmen erzielen können. Um an diese erfolgreiche Politik anzuknüpfen, wollen wir auch zukünftig zusätzliche Stellen bei der Steuerverwaltung und Steuerfahndung schaffen und damit die Steuergerechtigkeit weiter erhöhen. NRW muss Vorreiter im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung bleiben. (Seite 256)

**Mehr zum Thema innere Sicherheit, Datenschutz und Internet auf den Seiten 82, 83, 176, 184, 185, 186, 187, 188, 191, 201 und 256.**

## Thema Zuwanderung & Integration

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ausländer\*innen aus EU-Staaten das Landtagswahlrecht und Ausländer\*innen aus Nicht-EU-Staaten das kommunale Wahlrecht erhalten. Aus unserer Sicht wäre das ein entscheidender Beitrag zu einer gelingenden Integration. (Seite 179)
- Viele Geflüchtete suchen und finden derzeit Schutz in Deutschland. Allein in NRW wurden im Jahr 2015 rund 230.000 Menschen aufgenommen und versorgt. Trotz derzeit niedriger Ankunftszahlen können wir aufgrund der weltweiten Entwicklungen nicht von langfristig sinkenden Zahlen Geflüchteter in NRW ausgehen. Wir wollen langfristig sicherstellen, dass alle Geflüchteten in den Landeseinrichtungen eine menschenwürdige Versorgung finden. Dazu gehört neben einer guten Unterbringung und einer angemessenen medizinischen Versorgung auch eine unabhängige Verfahrensberatung. Bei der Vergabe von Aufträgen zum Betrieb von Flüchtlingsunterkünften darf nicht nur der Preis ausschlaggebend sein, sondern vor allem die Standards für eine qualifizierte Betreuung. (Seite 196)
- NRW ist ein Einwanderungsland. Kaum ein deutsches Bundesland liegt so zentral im Herzen Europas – und nicht nur das. Viele Menschen, die in NRW leben, haben europäische Wurzeln und leben entweder bereits seit Generationen bei uns oder sind erst seit wenigen Wochen in unserer Mitte. Für uns ist klar: Egal wie lange er hier lebt, jeder Mensch soll in NRW die gleichen Rechte besitzen. Dazu zählt für uns insbesondere die Einführung eines Wahlrechtes für EU-Bürger\*innen auf der Landesebene. Reisende freuen sich über offene Grenzen und auch Waren und Güter können dank des Schengen-Abkommens einfacher von A nach B transportiert werden. Gerade NRW profitiert enorm von den offenen Grenzen. Diese wollen wir keinesfalls zur Disposition stellen. (Seite 237)

- *Wir wollen dazu beitragen, dass Vorurteile gegenüber Zuwanderer\*innen abgebaut werden und dass die Einwanderungs- und Asylpolitik der EU menschenrechtsorientiert weiterentwickelt wird. Es ist ein Skandal und ein Ausdruck politischen Versagens, dass jedes Jahr tausende Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken und Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, wenn sie Europa erreichen wollen. Wir wollen legale und gefahrlose Zugangsmöglichkeiten nach Europa schaffen. Die EU muss ein Schutzraum für Geflüchtete werden. (Seite 239)*

**Mehr zum Thema Zuwanderung und Integration auf den Seiten 143, 144, 149, 179, 197, 198, 219, 237 und 239.**

## **Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz**

- *Wir setzen uns für eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen im Tierschutzgesetz und der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung ein. Dies gilt für alle Tiere, vom Schwein bis zur Pute und dem Maskkaninchen. Mehr Platz für jedes Tier, Auslauf oder andere Klimareize, Beschäftigungsmaterial und eine artgerechte Fütterung, die den Bedürfnissen und gesundheitlichen Anforderungen der Tiere entspricht und nicht nur einseitig an einer Maximierung der Leistung ausgerichtet ist, sind zentrale Elemente unserer Tierschutzpolitik. (Seite 28)*
- *Der Ersatz von Tierversuchen durch tierversuchsfreie Alternativen, also die Vermeidung von Tierversuchen, insbesondere an Wirbeltieren, ist uns ein wichtiges Anliegen. Da bisher wissenschaftlich anerkannte Ersatzmethoden zu Tierversuchen weitgehend fehlen, wurde in dieser Legislaturperiode durch unsere Initiative das „Centrum für Ersatzmethoden zum Tierversuch“ (CERST) am Leibniz-Institut für umweltmedizinische Forschung gegründet. Wir wollen diese erfolgreiche Arbeit in ein eigenständiges Institut überführen. So können Drittmittelprojekte und -forschung gemeinsam mit dem Tierschutz, aber auch mit der Industrie, effektiver und unbürokratischer umgesetzt werden und so tausende Tierversuche überflüssig gemacht werden. Wir wollen die Forschungsgelder für die Erforschung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen erhöhen. Bestehende Ansätze im Wissenschaftsetat sollen zugunsten der Erforschung neuerer Methoden umgeschichtet werden. Wir streben die Stärkung des Tierschutzbeirats der Landesregierung an und werden einen Tierschutz-Forschungspreis einrichten. Damit werden wir Personen und Institutionen anerkennen und stärken, die die tierversuchsfreie Forschung in unserem Land nach vorn bringen und dazu beitragen, zukünftig Tierleid zu vermeiden und das Anliegen tierversuchsfreier Forschung im öffentlichen Bewusstsein noch stärker zu verankern. Ähnlich wie in anderen Ländern soll auch in NRW ein\*e Tierschutzbeauftragte\*r berufen werden, um eine zentrale Anlaufstelle für Fragen zum Tierschutz zu haben. (Seite 29)*
- *Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen und Energieeinsparung sowie Effizienz erreichen. Kohle, Erdgas, Benzin, Diesel und Öl müssen durch Sonne, Wind, Biomasse, Wasser und Geothermie ersetzt werden. Dafür müssen wir die erneuerbaren Energien weiter ausbauen und nach und nach die fossilen Energieträger, allen voran die Kohle, im zukünftigen Energiemix ablösen. (Seite 33)*
- *Sonnen- und Windenergie sind die zentralen Säulen der Energiewende in NRW. Auch wenn der Weg zu einer Stromversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien noch weit erscheint, ist dieses Ziel auch und gerade im Industrieland NRW technisch möglich und wird an einigen Stellen in innovativen Projekten bereits umgesetzt. Damit es jedoch gelingt, müssen wir unser Stromsystem mit den erneuerbaren Energien als Basis neu aufstellen. Mit Sonne und Wind als Grundpfeiler brauchen wir Ergänzungen, die fluktuierende Stromproduktion und schwankenden Stromverbrauch miteinander in Einklang bringen. Dafür ist der Dreiklang von flexiblen Lasten, innovativem Netzausbau und Speicherung die entscheidende Grundlage. Wir wollen NRW deshalb zur Nr. 1 in der Forschung, technischen Entwicklung, Demonstration und Markteinführung von neuen zukunftsfähigen und nachhaltigen Technologien machen. Die Bundesregierung bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv, daher können die gesetzten NRW-Ziele voraussichtlich erst später als beabsichtigt erreicht werden. Gleichwohl halten wir Kurs: Bis zum Jahr 2030 sollen 50 Prozent des Stromverbrauchs in NRW aus den erneuerbaren Energien stammen. Dazu soll die Windstromproduktion bis zum Jahr 2020 15 Prozent und bis 2030 30 Prozent zum Stromverbrauch beitragen. (Seite 34)*

- *Wir wollen den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen sowohl auf Eigenheimen als auch auf Mietshäusern und gewerblich genutzten Gebäuden weiter forcieren. Ohne weitere Flächenversiegelung ist es so möglich, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Freiflächen-Solaranlagen sollen auf Altdeponien, Altlastenflächen, Konversions- oder Brachflächen sowie entlang von Infrastrukturachsen konzentriert werden. Hier haben wir im Landesentwicklungsplan NRW sinnvolle Kriterien vorgegeben, die wir anwenden wollen. (Seite 34)*
- *Der Ausbau der erneuerbaren Energien schützt nicht nur unser Klima, sondern unterstützt auch die regionale Wertschöpfung und hat in den letzten Jahren bereits für erhebliche Investitionen in den Kommunen gesorgt, dem Handwerk einen neuen Markt eröffnet und kleinen und mittelständischen Unternehmen im Zulieferbereich neue Geschäftsfelder erschlossen. Anders als beim bisherigen Stromsystem führt der Ausbau der erneuerbaren Energien dazu, dass alle Kommunen von unserer Stromversorgung profitieren können. Durch Bürger\*innengenossenschaften und privates Engagement haben auch Bürger\*innen die Möglichkeit, Stromproduzent\*innen zu werden und aktiv an der Neugestaltung des Stromsystems mitzuwirken. Die Stromversorgung der Zukunft wird nicht mehr nur in der Hand einiger weniger Großunternehmen liegen, sondern aus Millionen kleinen Stromproduzent\*innen bestehen. Dadurch verlagert die Energie- wende die Gewinne der Energiegroßkonzerne hin zur Energieerzeugung vor Ort: Die Bürger\*innenwindparks, Energiegenossenschaften und Kommunen werden die Energieerzeuger\*innen der Zukunft und holen die Wertschöpfung in ihre Region. Bürger\*innen sind nicht mehr nur Konsument\*innen sondern werden zu sogenannten Prosumern, die Strom verbrauchen und auch erzeugen. Diese Entwicklung unterstützen wir. Ein System hingegen, das besonders Großstrukturen unterstützt, lehnen wir ab. Denn ohne das vielfältige Engagement der Bürger\*innen wäre die Energiewende heute keine Realität. (Seite 36)*
- *Aufbauend auf der im Klimaschutzplan angelegten Strategie „Ausbau der Photovoltaik auf Dachflächen“ werden wir uns dafür einsetzen, dass dafür auf allen politischen Ebenen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden. Unser Ziel lautet: Verdoppelung der Solardächer in Nordrhein-Westfalen bis 2025! Dabei wollen wir zum einen den Ausbau der Photovoltaik auf Dächern von privaten Haushalten voranbringen, aber auch Gewerbetreibende dazu motivieren, ihre Dachflächen zu nutzen. Wir wollen, dass die Kommunen bei Aktivitäten zugunsten des Ausbaus erneuerbarer Energien noch stärker unterstützt werden, so beispielsweise bei der Erstellung sogenannter Solardachkataster oder auch bei der Reservierung von kommunalen Flächen für die Nutzung der Windenergie durch Bürger\*innenbeteiligung. (Seite 36)*
- *Wir wollen ein Förderprogramm „100 Modellprojekte für Mieter\*innenstrom“. Bisher profitieren Mieter\*innen nicht von Solaranlagen auf dem Dach ihrer Häuser. Dabei könnte der Strom aus den Anlagen über Mieter\*innenstrommodelle auch Mieter\*innen die Teilhabe an den Vorteilen der Energiewende ermöglichen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Mieter\*innenstrommodelle möglich werden, und uns auf Bundesebene für die notwendigen gesetzlichen Änderungen einsetzen, um Mieter\*innenstrommodelle einfacher zu gestalten. Um aufzuzeigen, welchen Vorteil Mieter\*innenstrommodelle mit sich bringen, wollen wir 100 Modellprojekte unterstützen. (Seite 43)*
- *Umwelt- und Wasserschutz haben für uns GRUNE oberste Priorität. Die befürchteten Auswirkungen des Frackings auf unser Wasser, unsere Umwelt und damit uns Menschen sind massiv und aktuell nicht einzuschätzen. Auch deshalb lehnen wir die Hochrisiko-technologie Fracking ab und haben Fracking im Landesentwicklungsplan von NRW rechtlich ausgeschlossen. Wir wollen uns weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Fracking im Bundesberggesetz endgültig verboten wird. (Seite 48)*
- *Der Verkehr der Zukunft ist grün. Über ein EEG-Mobil-Gesetz nach kalifornischem Modell, eine Technologieoffensive E-Mobilität, die umfassende Elektrifizierung des ÖPNV und über Pionierstädte für emissionsfreie Mobilität bringen wir die Energiewende auf die Straße und schaffen zugleich eine industriepolitische Perspektive für unsere Zulieferindustrie. Batterie- oder Wasserstofffahrzeugen mit neuen Werkstoffen gehört die Zukunft. Die hierzu erforderliche Infrastruktur (Tank- und Ladestationen) sowie die Grundlagen- und Anwendungsforschung wollen wir mit einer Technologieoffensive und der Unterstützung der Energie Agentur und der Leitstelle Elektromobilität weiter fördern, damit auch weiterhin nordrhein-westfälische Unternehmen in diesem Wachstumsmarkt erfolgreich sein werden. In der nächsten europäischen Förderperiode wollen wir den emissionsfreien Verkehr zu einem der nordrhein-westfälischen Förderschwerpunkte machen, damit wir für die Verkehrswende starke Impulse setzen können. (Seite 56)*

- *Der Schienenverkehr bildet das Rückgrat des OPNV in NRW. Der Rhein-Ruhr-Express (RXX) wird über seine Stammstrecke Dortmund – Köln hinaus die anderen Zentren des Landes erschließen und verbinden. Auch auf den übrigen Strecken, die bei ausreichender Nachfrage – nicht zuletzt aus Klimaschutzgründen – zu elektrifizieren sind, sollen fahrgastgerechte Züge barrierefrei und mit WLAN-Zugang eingesetzt werden. Weitere Bahnstrecken sind zu reaktivieren. Dort, wo eingleisige Bahnstrecken weitere Kapazitätsausweisungen verhindern, sind diese zweigleisig auszubauen. Wo dies nicht möglich ist, sind Mittelzentren untereinander und mit Bahnstationen über Schnellbusse zu verbinden. Wir setzen uns nachdrücklich für die Sicherung und den Ausbau des OPNV-Angebotes besonders im ländlichen Raum ein, wo die Menschen in besonderem Maße auf Mobilitätsangebote angewiesen sind. (Seite 59)*
- *Den Zusammenschluss einzelner kommunaler Verkehrsunternehmen wollen wir unterstützen. Aufgrund der bestehenden Verbesserungsnotwendigkeiten wollen wir den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr schneller barrierefrei und umweltfreundlicher machen. Ausreichend dimensioniert und WLAN-ausgestattet, soll er benutzer\*innenfreundlich werden. Taktbrüche, tarifliche Benachteiligungen und andere für die Nutzer\*innen nachteilige Aspekte wie unterschiedlich hohe Bahnsteigniveaus wollen wir beseitigen. Des Weiteren sollen mehr Fahrradstellplätze die Angebote abrunden und unter anderem die Intermodalität voranbringen. (Seite 59)*
- *Die von der Bundesregierung beschlossene PKW-Maut lehnen wir als europafeindlich und bürokratisch ab. (Seite 61)*

**Mehr zum Thema Umwelt, Mobilität, Verkehr und Bauen auf den Seiten 14, 15, 18, 20, 21, 25, 28, 29, 31, 32, 32, 34, 35, 36, 42, 43, 45, 48, 49, 56, 57, 58, 59 und 61.**

## **Thema Wirtschaft**

- *Die Vergleiche mit anderen Regionen unseres Landes zeigen, dass ein breit aufgestellter Mittelstand ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist. Wir brauchen daher auch eine Kursänderung im Bereich der Wirtschaftsförderung, die sich anders als bisher verstärkt am Mittelstand und am Handwerk orientieren muss. Auch konsequente interkommunale Zusammenarbeit ist dringend notwendig. Das „Kirchturmdenken“ muss überwunden, die Kooperation zwischen den Kommunen verbessert werden, um Verwaltungsabläufe, aber auch die Standortpolitik zu optimieren. (Seite 71)*
- *Wir wollen die ökologisch-industrielle Zukunft des Ruhrgebiets mit einer umfassenden „Strukturoffensive grünes Ruhrgebiet“ begleiten und vorantreiben – gemeinsam mit Unternehmen, Wissenschaft, Forschung und vor allem mit den Menschen in den Städten und Quartieren vor Ort. Wir wollen das Ruhrgebiet stärken – als eine europäische Industrieregion im Grünen, die sich an den Chancen der Umweltwirtschaft sowie einer nachhaltigen und menschenfreundlichen Stadtentwicklung und Verkehrspolitik orientiert. Einer Region, die zusammenführt, was zusammengehört und zusammen geht: intakte Natur und kraftvolle Industrie und Wirtschaft. Essen, Europas grüne Hauptstadt 2017, ist auf dem Weg dahin ein Leuchtturmprojekt mit überregionaler Strahlkraft. (Seite 72)*
- *Wir wollen das Pro I NRWs als eines starken und zukunftsorientierten Wirtschaftsstandorts weiter festigen, indem wir unsere Wirtschaftsförderung an Gemeinwohlzielen und Klimaschutzleitlinien ausrichten. Dabei nehmen wir insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen als Antrieb des grünen Wirtschaftsmotors in den Fokus. Auch für Start-ups schaffen wir ein günstiges Investitionsklima. Wir wollen Unternehmensgründungen durch Frauen stärker fördern. Frauen gründen anders als Männer, deshalb bedarf es auch spezieller Förderung. Der Großteil der Start-up-Gründungen in Deutschland erfolgt durch Männer, bislang liegt der Anteil an Gründerinnen nur bei 13 Prozent. Insbesondere beim Thema „technisch-orientierte Start-ups“ geht es uns darum, spezifische Beratungsprogramme und verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten konkret auf Frauen zuzuschneiden. Zudem wollen wir mit speziellen Fördermaßnahmen mehr Frauen ermutigen, die Nachfolge oder eine Unternehmensübernahme anzustreben. Die Suche nach nachhaltigen Geschäftsmodellen mit neuen Ansätzen wie „Peer-to-Peer-Produktion“, „Open Innovation“, „Social Entrepreneurship“ oder „Sharing Economy“ braucht auch eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung vor Ort: von der klassischen kommunalen Förderung hin zu einer integrierten Standortentwicklung. Neben bewährten Methoden und Verfahren müssen neue Aufgaben und Zielgruppen wie Netzwerkmanagement, Clusterentwicklung, wissensbasierte Dienstleistungen oder*

*Umweltschutz und Klimawandel hinzugefügt werden. Die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft muss sich am absehbaren Bedarf und am Ressourceneinsatz orientieren. Das erfordert insgesamt eine bessere interkommunale Integration und Kooperation, die von regionalen Standort-Netzwerken unterstützt wird. (Seite 73)*

- *Unser Grünes Leitbild sind starke bäuerliche Familienbetriebe. Bäuerlich bedeutet für uns eine Wirtschaftsweise, bei der die Bäuer\*innen, verbunden mit Natur und sozialem Umfeld, Produkte herstellen, hinter denen sie eigenverantwortlich stehen. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein Industrieland, sondern auch ein Landwirtschaftsland. Die Landwirtschaft hat große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung. Sie sichert die Ernährung, erzeugt Futtermittel, produziert nachwachsende Rohstoffe, erhält eine vielfältige Kulturlandschaft und bildet die Grundlage für die Attraktivität unserer ländlichen Räume. Die nachhaltige Entwicklung und Ausrichtung von Landwirtschaft und Ernährung rückt angesichts globaler Entwicklungen mehr und mehr in den Mittelpunkt. Was prinzipiell richtig ist, findet in der Praxis oftmals unzureichend statt. Die auf Wachstum ausgerichtete Globalisierung der Märkte hat weltweit zu einer zunehmenden Anonymisierung der Lebensmittelproduktion und zu steigenden Abhängigkeiten der Bäuer\*innen von einigen wenigen Konzernen und Lebensmittelhändler\*innen geführt. Hierzulande bedeutet diese Entwicklung: Die Landwirtschaft wird zunehmend intensiviert, viele Höfe wurden und werden aufgegeben. Ähnliches ist im mittelständischen Ernährungshandwerk bei Mühlen, Bäckereien und Metzgereien oder Molkereien zu beobachten. Wir treten daher für eine ökologisch, regionale und nachhaltige Landwirtschaft in NRW ein. Dabei wollen wir den Landwirt\*innen in NRW auch weiterhin finanzielle Umstellungshilfen bereitstellen, die ihnen den Übergang hin zum Okolandbau erleichtern sollen. (Seite 89)*
- *Wir stehen für die Neuausrichtung der Landwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit: für eine bäuerliche, wirtschaftlich erfolgreiche, natur-, umwelt- und klimasensible Landwirtschaft im Haupt-, aber auch im Nebenerwerb, die das Wohl der Nutztiere ebenso im Blick behält wie die Interessen der Verbraucher\*innen und ihren Wunsch nach gesunden, gentechnikfreien, biologischen und regional erzeugten Lebensmitteln. Weiterhin treten wir für ein angemessenes Einkommen von Landwirt\*innen und im Lebensmittelhandwerk ein. (Seite 90)*
- *Zum Schutz der Verbraucher\*innen setzen wir uns nach wie vor für gentechnikfreie Lebensmittel und eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Wir werden uns weiterhin auf Landes- und Bundesebene durch Bundesratsinitiativen sowie auf EU-Ebene für ein Verbot des Anbaus, des Handels und der Einfuhr von gentechnisch veränderten Pflanzen, Tieren und Lebensmitteln stark machen. (Seite 93)*

**Mehr zum Thema Wirtschaft auf den Seiten 19, 53, 71, 72, 73, 77, 79, 89, 90, 91, 92, 93, 95, 97 und 202.**

# Landtagswahlprogramm 2017 der Piraten

[https://wiki.piratenpartei.de/NRW-Web:Wahlprogramm Landtagswahl NRW 2017](https://wiki.piratenpartei.de/NRW-Web:Wahlprogramm_Landtagswahl_NRW_2017) (12.04.17)

## Thema Jugend

- *Mehr gesellschaftliche Teilhabe: Vielfach sind junge Menschen von Armut bedroht. Schlechte finanzielle Verhältnisse in Familien verhindern auch den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe. Wir setzen uns daher für eine auskömmliche Kindergrundsicherung als Brückentechnologie hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommens ein. (5.2.2)*
- *Junge Menschen sind unsere Zukunft: Wer die Zukunft von jungen Menschen gestalten will, muss junge Menschen auch an der Gestaltung teilhaben lassen. Wir setzen uns daher für eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre ein. (5.2.4)*
- *Verbindliche Einführung eines Jugendchecks in NRW: Wählen alleine reicht nicht aus. Tagtäglich entscheiden Abgeordnete über Anträge und Gesetzesvorhaben, die junge Menschen in der Gegenwart und der Zukunft betreffen. Selten werden diese Auswirkungen jedoch ausführlich betrachtet und Jugendliche angehört. Der Jugendcheck ist ein Verfahren, mit dem Politik sich verpflichtet, zu prüfen, ob ihre Vorhaben gute oder schlechte Folgen für junge Menschen haben. Wir unterstützen daher die Initiative des Landesjugendrings NRW zur Einführung eines solchen Instrumentes auf Landesebene. (5.2.5)*
- *Kinder- und Jugendbeauftragte/r: Kinder und Jugendliche brauchen einen starken Vertreter für die Wahrung ihrer Rechte und Belange. Wir fordern die Schaffung der Stelle eines/r unabhängigen Landesbeauftragten für die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen. Die Stelle des/der Landesbeauftragten ist dabei mit einem ausreichenden Handlungsspielraum sowie mit ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln auszustatten. (5.2.7)*
- *Bedarfsgerechte und kostendeckende Investitionen in die Zukunft: Die seit Jahren stagnierenden Landeszuschüsse in Kinder- und Jugendarbeit führen in den Einrichtungen und Verbänden zu einem Rückgang der Angebote. Es bedarf einer größeren Anerkennung der Kinder- und Jugendarbeit und einer auskömmlichen Finanzierung der Strukturen. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass der Etat des Kinder- und Jugendförderplans des Landes erhöht wird. Zudem soll dieser dynamisch gestaltet werden, damit Kostensteigerungen künftig direkt aufgefangen werden können. Hierbei ist auch zu beachten, dass der Kinder- und Jugendförderplan flexibler gestaltet werden muss, um z.B. bedarfsgerechte Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche zu entwickeln. (5.2.12)*

**Mehr zum Thema Jugend unter 5.2 Kinder- und Jugendpolitik zukunftsgerecht gestalten.**

## Thema Familie

- *Qualitätsoffensive in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Ganztagesbetreuung: Betreuung und Bildung müssen sich in erster Linie am Wohl und den berechtigten Interessen der Kinder orientieren. Daher muss hier der Grundsatz herrschen: Qualität vor Quantität! Der Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder ab dem ersten Lebensjahr wurde in den vergangenen Jahren in NRW massiv vorangetrieben. Die personelle Ausstattung und deren Qualifikation sind dabei bisher nicht hinreichend den gewachsenen Anforderungen angepasst worden. Daher fordern wir einen Erzieher-Kind-Schlüssel, der dem ungleich höheren Betreuungsaufwand der Kinder unter 3 Jahren und den gestiegenen Anforderungen an sprachliche und motorische Förderung, Inklusion und Integration deutlicher Rechnung trägt. Wir fordern eine Verkleinerung der Gruppengrößen, sowie eine Aufwertung des Erzieherberufes durch bessere Aus- und Weiterbildungsbedingungen sowie angemessene Bezahlung. Außerdem müssen die Landesmittel für die Kindertagesbetreuung entsprechend aufgestockt werden. (5.1.9)*
- *Ausbau von Familentoiletten: Junge Familien stehen regelmäßig vor der Frage, ob es richtig ist, wenn die Mutter ihren Sohn mit auf die Damentoilette oder der Vater seine Tochter mit auf die Herrentoilette nimmt. Für Väter mit Kleinkindern besteht oft gar keine Möglichkeit das Kind zu wickeln, da Wickeltische, wenn sie nicht in der Behindertentoilette angebracht sind, im Regelfall auf der Damentoilette vorzufinden sind. Wir*

möchten den Ausbau von Familientoiletten fördern. In einem ersten Schritt sollten öffentliche Einrichtungen, die neu- oder umgebaut werden mit Familientoiletten ausgestattet werden. Darüber hinaus sollen bei Neubaumaßnahmen wie Einkaufszentren u. ä. entsprechende Einrichtungen vorgesehen werden. (5.1.10)

## Mehr zum Thema Familie unter 5.1 Geschlechter- und Familienpolitik und 13 Bildung, Schule und Weiterbildung.

### Thema Schule

- *Bildung 2020: Bildung muss den Anschluss an die Realität behalten und darf sich nicht in einem Paralleluniversum bewegen. Die jungen Menschen wollen die neuen Technologien in allen Lebenslagen nutzen. Sie brauchen digitale Fähigkeiten, um eine Beschäftigung zu finden. Alle - nicht nur einige wenige - Schulen müssen diesem Umstand gerecht werden. Wir setzen uns daher für die Modernisierung der IT-Infrastruktur der öffentlichen Schulen ein. Dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle Schulen und Internetanschlüsse in allen Klassenzimmern. Außerdem sollen die digitalen Endgeräte auf Open Source Software umgestellt werden. (13.1)*
- *Die Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung muss im Hinblick auf die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Schule und Unterricht weiterentwickelt und ausgebaut werden. Dafür müssen Innovationen in der beruflichen und allgemeinen Aus-, Fort- und Weiterbildung vorangetrieben und die Kultur des berufs begleitenden Lernens und Lehrens weiterentwickelt werden. Die Nutzung digitaler Medien muss erhöht und es müssen mehr Bildungsangebote auf der Basis einer intelligenten vernetzten Bildungsinfrastruktur geschaffen werden. Außerdem muss die Produktion und die Entwicklung sowie die Verfügbarkeit von Lehr- und Lernmitteln unter freier Lizenz (Open Educational Resources OER) vorangetrieben werden. (13.2)*
- *Keine generellen Handyverbote an Schulen in Nordrhein-Westfalen: An vielen Schulen in NRW gilt ein generelles Handyverbot. Strikte Handyverbote sind kein sinnvoller Ansatz in einer modernen Schulpolitik. In eigenen Medienkonzepten sollen die Schulen die sinnvolle Einbeziehung von Handys in den Schulalltag regeln. Lehrerinnen und Lehrer sollten ermuntert werden, mit Jugendlichen zusammen über eine reflektierte Nutzung des Smartphones zu diskutieren. Dabei müssen insbesondere Potenziale für den Unterricht erkannt werden und mögliche Gefahren für den einzelnen Schüler und die Gesellschaft thematisiert werden. (13.4)*
- *6-jährige Schullaufbahn in der Sekundarstufe I für alle Schüler - Oberstufe flexibel und individuell gestalten: Da eine fließenden Schullaufbahn über alle Schulstufen hinweg nur mittel- bis langfristiges Ziel sein kann, fordern wir, auf dem Weg dorthin wieder das G9 an den Gymnasien und die Einführung einer flexiblen Oberstufe. Die verkürzte Mittelstufe am Gymnasium (G8) führt zur strukturellen Abkopplung des Gymnasiums von den anderen Schulformen und bietet nicht genügend Zeit für die eigene Lernentwicklung und Persönlichkeitsentwicklung. Zu einem mittleren Schulabschluss sollen alle Schüler nach der Grundschule eine 6-jährige Schulzeit mit einem Abschluss nach Klasse 10 durchlaufen. Die Sekundarstufe II (Oberstufe) soll nach einem Zertifikatssystem gestaltet werden. Sie soll 2 bis 4 Jahre dauern können und von den Schülerinnen und Schülern inhaltlich und zeitlich individuell gestaltet werden. Als ersten Schritt für die Weiterentwicklung des gymnasialen Bildungsgangs fordern wir die Rücknahme des G8 und die Weiterentwicklung eines G9. (13.6)*
- *Jokertage - ein Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienleben und Schule: Das Leben richtet sich nicht nach dem Stundenplan an den Schule. Es gibt immer mal Gründe, die einen Schulbesuch nicht möglich machen. Diese Gründe muss man nicht nennen müssen, sie gehen niemanden etwas an. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler sich in einem Schuljahr zwei sogenannte "Jokertage" nehmen dürfen, an denen sie frei haben. Diese Tage sollen zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienleben und Schule beitragen. (13.9)*
- *Alltagswissen - Schülerinnen und Schüler auf das Leben vorbereiten: Nach der Schule kommt es immer wieder für Schülerinnen und Schüler zum bösen Erwachen. Man ist fit in Geometrie und Algebra, top informiert zur französischen Revolution und hat Grundkenntnisse in mehreren Fremdsprachen. Worauf zum Beispiel bei Versicherungen zu achten ist oder wie man eine Steuererklärung macht, ist oft unbekannt. In vielen Familien kann dieses wichtige Alltagswissen nicht ausreichend vermittelt werden. Wir setzen uns*

daher dafür ein, dass Schülerinnen und Schülern auch in der Schule erweitertes Alltagswissen wie z.B. der Umgang mit Versicherungen und Steuern vermittelt wird und dies als fester Bestandteil des Lehrplans in die bereits vorhandenen Fächern integriert wird. (13.12)

- *Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auflösen!:* Die 2008 zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) und der Bundeswehr getroffenen Kooperationsvereinbarung räumt der Bundeswehr exklusive Rechte in der Bildungslandschaft in NRW ein. Er sieht vor, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr Schülerinnen und Schüler in sicherheitspolitischen Fragen aufklären. Dafür übernehmen Jugendoffiziere die Gestaltung von Unterrichtsstunden, um die Schüler über Militärpolitik zu informieren. Zudem werden Jugendoffiziere in die Ausbildung von Lehramtanwärter/innen eingebunden. Klassen werden zu Studienfahrten oder zum "Tag der offenen Tür" in Kasernen eingeladen. Lehrerinnen und Lehrer haben außerdem die Möglichkeit, an Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr teilzunehmen. Die aufgrund massiver Kritik in 2012 neu eingefügte Aussage, auch Friedensaktivist/innen könnten eingeladen werden, ändert an der grundsätzlichen Kritik nichts. Nach wie vor ist die vorrangige Aussage des MSW, dass die Landesregierung die Einladung von Jugendoffizieren in den Unterricht begrüßt. Wir setzen uns dafür ein, die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) des Landes NRW und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr aufzulösen. (13.19)

**Mehr zum Thema Schule unter 13.Bildung, Schule und Weiterbildung**

## Thema Ausbildung & Studium

- *Mittelstand stärken – Fachkräftemangel beseitigen - Duale Ausbildung fördern:* Gerade bei kleinen und mittleren Betrieben macht sich der Fachkräftemangel zusehends bemerkbar. Viele Betriebe wähen in der Lage diesem Mangel durch Ausbildung von jungen Menschen entgegenzutreten. Dabei fehlt es nicht an der nötigen Anzahl von Bewerbern. Ein Großteil der Jugendlichen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss ist mittlerweile schlicht nicht mehr ausbildungsfähig. Die Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte hat hier parteiübergreifend totalversagt. Es kann jedoch nicht die Lösung sein, diese Menschen nicht mehr am Erwerbsleben teilhaben zu lassen. Gerade die mittelständische Industrie und Handwerk sind aufgerufen und haben auch ein elementares Interesse daran, diese Jugendlichen in ihren Betrieben zu ertüchtigen und auszubilden. Fachlich ist der Mittelstand dazu in der Lage, Finanziell ist das allerdings für die Unternehmen so nicht darstellbar und bedarf Unterstützung von außen. Dabei sollte das Verursacherprinzip gelten, sprich: Die Politik hat versagt, die Politik sollte die benötigten finanziellen Mittel bereitstellen. Wir schlagen folgendes Modell vor: Nicht ausbildungsfähige Jugendliche sollen von der Wirtschaft eingestellt werden, die Ausbildungskosten übernimmt vollständig das Land. Bei erfolgreicher abgeschlossener Ausbildung gibt es dann noch eine Bonuszahlung für das Unternehmen, bei nicht erreichter Ausbildung ein finanzieller Abzug. So werden die nötigen Anreize für eine nachhaltige Ausbildung aller jungen Menschen gegeben. Wahrscheinlich wird vom politischen Marktbegleiter wieder reflexartig argumentiert, dass dieser Vorschlag angesichts knapper Kassen nicht realisiert werden kann. Dabei sollte dann von den Akteuren bedacht werden, dass in jedem Fall gilt: Drei Jahre Ausbildungsvergütung plus Bonuszahlung sind volkswirtschaftlich gesehen deutlich preiswerter als 50 Jahre Hartz-IV Alimentierung. (17.7.11)

**Mehr zum Thema Ausbildung und Studium unter 2.3 Arbeitslosigkeit in NRW und Europa bekämpfen und 17 Wirtschaft, Mittelstand und Energie.**

## Thema Außerschulische Bildung

- *Die Landeszentrale für politische Bildung muss unabhängig von der Landesregierung werden:* Wir fordern, die Landeszentrale für politische Bildung als Anstalt öffentlichen Rechts organisatorisch dem Landtag von Nordrhein-Westfalen anzugliedern. (13.20)
- *Lebenslanges Lernen stärken:* Erwachsenenbildung ist für das digitale Zeitalter unerlässlich. Berufsbilder ändern sich heute und in Zukunft grundlegend. Viele klassische Berufe wird es in einigen Jahren nicht mehr geben. Um diesen Menschen weiterhin Teilhabe am Arbeitsleben und an der Gesellschaft zu ermöglichen ist ein lebenslanges lernen notwendig. Insbesondere die Fortbildung im Bereich der Anwendung digitaler

*Inhalte und Umgang mit digitalen Infrastrukturen wird in Zukunft immer wichtiger. Daher setzen wir uns für eine Stärkung der Volkshochschulen und anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen ein. Auch die Unternehmen sollen stärker in die Verantwortung genommen werden. (13.17)*

- *Lehrmittel: Im Bildungskontext soll die Mediennutzung frei von Urheberrechtsabgaben erfolgen können. Bildung ist ein viel zu wichtiges Gut, um es unnötig vielen Einschränkungen zu unterwerfen. Bildung ist Motor für Wissen, Wirtschaft, Innovation und Kreativität, und unentbehrlich für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft sowie der souveränen Teilhabe ihrer Mitglieder an dieser. Des Weiteren sollen in diesem Bereich zusätzlich neue Geschäftsmodelle auf der Basis von freien Lizenzen angeregt werden. Ferner sollen insbesondere Lehrende und Referenten mit einer Reform aus der rechtlichen Grauzone geholt werden. (16.6.1.6)*
- *Qualifikationsoffensive in der beruflichen Fort- und Weiterbildung starten: Wir wollen eine effizientere Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Bildungspolitik mit dem Ziel, eine in Beschäftigung mündende Qualifikationsoffensive in der beruflichen Fort- und Weiterbildung zu starten. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei auf die digitale Revolution und die sich dadurch wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu richten sowie auf den Übergang in die Erwerbsarbeit oder den Erhalt der Erwerbsfähigkeit oder die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie. (17.7.6)*

**Mehr zum Thema außerschulische Weiterbildung unter 13.Bildung, Schule und Weiterbildung und 17 Wirtschaft, Mittelstand und Energie.**

## Thema Sport, Freizeit & Kultur

- *Abschaffung des Tanzverbotes in NRW: Das Tanzverbot in NRW ist veraltet. Wir treten für eine Trennung von Staat und Kirche ein und damit auch für die Abschaffung des Tanzverbotes an den sogenannten stillen Feiertagen. Es ist nicht Sache des Staates, über die Einhaltung von religiösen Riten zu wachen. Auch helfen solche Verbote nicht, die gegenseitige Rücksicht unter den Menschen zu fördern, sondern schaffen eher Unbehagen und Missmut. (8.17.13)*
- *Informationspflicht über Eintragungen in die Datei "Gewalttäter Sport". Immer wieder kommt es vor, dass Fußballfans plötzlich, vermeintlich willkürlichen, Schikanen ausgesetzt sind. Häufig liegen diesen Schikanen Eintragungen in der Datei "Gewalttäter Sport" zugrunde, von denen der Betroffene nichts weiß. Wir setzen uns für eine Informationspflicht der Behörden bei einer Eintragung in die Datei ein. (14.1)*
- *Löschung der SKB-Dateien: Zusätzlich zur Datei "Gewalttäter Sport" werden in vielen Polizeibehörden eigene Datenbanken gepflegt, in denen nicht verurteilte Fußballfans verzeichnet sind. Diese Dateien sind nach unserem Ermessen nicht rechtmäßig. Wir fordern, diese sogenannten "SKB-Dateien" unverzüglich zu löschen und auch künftig nicht mehr anzulegen. (14.2)*
- *e-Sport ist Sport! Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass e-Sport steuerrechtlich als Sport anerkannt wird. Damit soll e-Sport mit anderen anerkannten Sportarten wie Motorsport, Reitsport oder Schach auf Augenhöhe agieren können und seinen festen Platz in der Gesellschaft finden. Des Weiteren wollen wir, daß das Land NRW die Gründung eines Landes-e-Sport-Verbandes unterstützt, um Jugendkultur zu organisieren und den Beitritt in den Deutschen Sportbund zu bereiten. (14.4)*

**Mehr zum Thema Sport, Kunst und Freizeit unter 8 Innenpolitik und Recht, 11. Kultur und 14. Sport.**

## Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit

- *Wir setzen uns dafür ein, dass eine gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge erarbeitet wird. Die Daseinsvorsorge, die sogenannte Grundversorgung, umfasst staatliche Aufgaben zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen. Es soll zunächst eine öffentliche Debatte stattfinden, die neu definiert, was Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge genau sind und zukünftig sein sollen. Dabei ist die Einbeziehung der Bürger von großer Bedeutung. Die sich daraus ergebenden Änderungen, zum Beispiel verstärkte Regionalisierung oder Rekommunalisierung, sollen in den entsprechenden Ministerien umgesetzt und in Gesetzen und Verordnungen verankert werden. Es ist*

insbesondere darauf zu achten, dass mögliche Auswirkungen (z.B. Rekommunalisierung) nicht durch zu schließende Freihandelsabkommen oder ähnliche völkerrechtliche Verträge beschnitten, erschwert oder verhindert werden. Beihilferegularien sind entsprechend anzupassen. Dafür soll sich die Landesregierung auch im Bund und auf europäischer Ebene einsetzen. (2.1)

- *Arbeitslosigkeit in NRW und Europa bekämpfen: Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, fordern wir eine bessere Zusammenarbeit unter den europäischen Staaten, da ein ausschliesslich nationalstaatliches Denken effektive Lösungen verhindert. Dabei soll die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit Vorrang genießen. Um neue Arbeitsplätze nicht nur in NRW, sondern in ganz Europa zu schaffen, fordern wir gezielte Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und Wirtschaft. Der Schwerpunkt bei Investitionen in die Infrastruktur soll auf dem Bau einer modernen Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Breitband-Internet und der Schaffung einer dezentralen Energieversorgung liegen. (2.3.1)*
- *Alle Arbeitsarten sind gleichberechtigt zu behandeln: In unserer Gesellschaft wird es immer genügend Arbeit geben: Neben der Erwerbsarbeit zum Geld verdienen gibt es die Haus- und Familienarbeit, sowie Arbeiten, die im Rahmen eines Ehrenamtes oder Hobbys geschehen. Es ist wichtig, dass wir diese Arbeitsarten als gleichberechtigt betrachten, da unsere Gesellschaft ohne diese nicht funktionieren würde. Die Erwerbsarbeit wird auch zukünftig immer stärker unter Druck geraten. Durch zunehmende Automatisierung, verstärkt durch den digitalen Wandel, werden viele Arbeitsplätze entfallen. Zusätzlich wird unsere Wirtschaft in absehbarer Zeit noch stärker unter Wettbewerbsdruck zu leiden haben – viele Schwellenländer entwickeln sich zu neuen Industriestaaten und werden in der globalisierten Welt an Bedeutung gewinnen. All diese Faktoren führen dazu, dass zukünftig viele Menschen nicht einer klassischen Erwerbsarbeit nachgehen können. Wir müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen und dafür sorgen, dass neue Arbeitsmodelle entwickelt werden. Chancen wie die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft müssen wir als solche begreifen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. (2.3.2)*
- *Ausbau der Infrastruktur entscheidend für Schaffung neuer Arbeitsplätze: Unsere moderne Wirtschaft benötigt gut ausgebildete und hochspezialisierte Fachkräfte. Allerdings ist nicht jeder Spezialist bereit, für einen guten Job umzuziehen. Das soziale Umfeld und die regionale Verbundenheit spielen auch bei der Arbeitsplatzwahl einen entscheidenden Faktor. Es ist daher wichtig, dass wir gerade die Verkehrsinfrastruktur in strukturschwachen Regionen ausbauen und für eine bestmögliche Anbindung an die Metropolregionen sorgen. Generell müssen wir die Geschwindigkeit und somit die Reichweite unserer Verkehrsinfrastruktur erhöhen, damit Arbeitnehmer/innen auch einen Job in entfernteren Regionen annehmen können, ohne ihre gewohnte Umgebung verlassen zu müssen. Um dies zu erreichen, müssen wir alle bestehenden und zukünftigen Bauvorhaben beschleunigen, sowie mehr Mut beim Einsatz neuer Techniken zeigen (Transrapid, Hyperloop, Carsharing etc.). (2.3.4)*
- *Transparenz bei Arbeitslosenstatistik: Wir sprechen uns für eine ehrliche Arbeitslosenstatistik aus, in denen Menschen in Fördermassnahmen usw. mit aufgeführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesanstalt für Arbeit unverfälschte Zahlen veröffentlicht, die der Realität entsprechen. (2.4.2)*
- *Reform der Schuldenbremse: Wir stehen für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte, von daher halten wir die Einschränkung, durch die sogenannte Schuldenbremse für nicht sinnvoll. Die öffentlichen Haushalte sind für die Daseinsvorsorge aller Menschen zuständig, womit sich eine rein betriebswirtschaftliche Sichtweise aus ethischen Gründen nicht angebracht ist. Nur die Öffentlichen Haushalte sorgen für die Finanzierung von Bildung, Infrastruktur und anderen Investitionen und diese sollten nicht durch künstliche Bremsen eingeschränkt werden. Allerdings sind wir für eine öffentliche Kontrolle der Ausgaben durch die Bürger, dies sollte durch entsprechende Bürgerhaushalte erfolgen, die gewährleisten dass keine Prestigeprojekte für Einzelinteressen finanziert werden müssen. (17.6)*

**Mehr zum Thema Arbeit, Soziales und Generationengerechtigkeit unter 2.1 Daseinsvorsorge neu definieren und ausgestalten, 2.3 Arbeitslosigkeit in NRW und Europa bekämpfen, 2.4 Transparenz in Jobcentern / Prozesskostenhilfe, 4. Frauen, Gleichstellung und Emanzipation, 7. Haushalt und Finanzen und 17. Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

## Gesundheit

- *Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verbessern: Sanktionen für Geschäftsleitungen im Falle von Verletzungen der gesetzlich verbindlichen, maximalen Wochenarbeitszeiten und der Ruhezeiten. Die Bezahlung von Pflegehilfskräften muss deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen. (2.5.3)*
- *Soziale Absicherung von privaten Pflegepersonen: Zahlung eines Grundeinkommens für die gesamte Pflegezeit. Rückkehrgarantie zum alten Arbeitgeber nach der Pflegezeit. Zahlung angemessener Rentenversicherungsbeiträge für alle Pflegepersonen. Anrechnung von Pflegezeiten in Rentenpunkten (2.5.3)*
- *Nachhaltige Prävention fängt in der Schule an: Die Maßnahmen zur Suchtprävention an Schulen und der Ausbildungsstand der Lehrkräfte sind unzureichend. Pilotprojekte haben gezeigt, wie nachhaltig eine gute Prävention bereits ab dem Grundschulalter wirkt. Auf der Basis der dort gesammelten Erfahrungen ist ein bundesweites Aufklärungskonzept und sachgerechtes, undogmatisches Lehrmaterial für einen fundierten Unterricht zu entwickeln. Externe Fachreferenten sollen besonders in der Sekundarstufe das Wissen bei Lehrern und Schülern vertiefen. Vorurteile werden so durch Wissen überwunden. Die gewonnenen Erkenntnisse tragen die Schüler wie selbstverständlich in ihr soziales Umfeld. (2.6.3)*

**Mehr zum Thema Gesundheit unter 2.6 Gesundheit.**

## Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet

- *Smartphones gehören zur Lebenswirklichkeit junger Menschen. Kinder und Jugendliche sollen sich in ihrer „digitalen Welt“ zurechtfinden und durchsetzen können und über Chancen und bestehende Gefahren aufgeklärt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kindern und Jugendlichen der Umgang mit digitalen Medien neutral beigebracht wird. In der Kinder- und Jugendarbeit sollen die Chancen, die sich durch die Digitalisierung eröffnen, erkannt und gefördert werden. (5.2.9)*
- *Datenschutzbeauftragte stärken durch mehr Personal und mehr Kompetenzen, für eine bessere Kontrolle des Datenschutzes: Nicht nur der digitale Wandel selbst, sondern auch die Gesetzgeber im Bund und Land übertragen den Bundes- und Landesbeauftragten für Datenschutz stetig mehr Aufgaben. Die Anforderungen an die Beauftragten steigen damit schnell, während die personelle und monetäre Ausstattung dabei nur unregelmäßig, wenn überhaupt, erhöht wird. Wir treten dafür ein, dass die Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ausreichend und gut geschulte Mitarbeiter für ihre Arbeitsanforderungen zur Seite gestellt bekommen. Wir fordern, dass die Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit die Möglichkeit erhalten, ihre regelmäßigen Berichte im Plenum des Landtags vorzustellen. Außerdem sollen die Beauftragten stärker in die Gesetzgebungsprozesse involviert werden, u.a. dadurch, dass, bei datenschutzrelevanten Themen, ihre Stellungnahme integraler Bestandteil der Gesetzgebungsprozesse ist. (8.7)*
- *Staatstrojaner: Wir streben ein vollständiges Verbot von Staatstrojanern und aller unter diesem Begriff und zu den gleichen Zielen entwickelter Werkzeugen an. (8.12)*
- *Automatische Kennzeichenerfassung: Wir setzen uns für eine strikte Einschränkung von automatischer Kennzeichenerfassung und ähnlichen Technologie ein, die zur Erfassung von Standortdaten von Fahrzeugen dienen. Dazu zählen z.B. auch die in automatischen Notrufsystemen integrierten SIM Karten. (8.14)*
- *Das Netz bietet die Möglichkeiten: Wir setzen uns für einen freien Zugang zu Wissen und digitalen Informationen ein. Das Internet bietet Gestaltungsmöglichkeiten und Teilhabe, sowie eine stärkere, direkte soziale Vernetzung für jeden; räumlich, zeitlich und kulturell unabhängig. Der Zugang zum Netz ist jedoch von technischen und finanziellen Voraussetzungen abhängig, sodass keine flächendeckende Beteiligung der Menschen am kulturellen Austausch und Wissen der Gesellschaft gewährleistet ist. Wir sehen es im Rahmen der Daseinsfürsorge als eine essenzielle Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen an, ein niederschwelliges Angebot an Internetzugangsmöglichkeiten zu verwirklichen und zu fördern. Zugang zum Internet ist im 21. Jahrhundert entscheidend für die Teilhabe des Einzelnen an der Gesellschaft und deren Mitgestaltung. (9.1.1)*

- *Digitale Infrastruktur: Sowohl auf Landesebene als auch im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass die zur Verfügung stehende technische Infrastruktur ausgebaut wird, um die Nutzung des Internets zu verbessern und allen Menschen ausreichend schnelle Zugänge zu ermöglichen. Dabei streben wir den Ausbau von nachhaltiger Infrastruktur, wie Glasfaser und eine Erweiterung des Funkfrequenzspektrums, an. Eine finanzielle Förderung und den Ausbau von Brückentechnologien im alten Telefonnetz und Kabelnetz lehnen wir ab, da diese nur eine kurzfristige und unverhältnismäßig teure Steigerung für Übertragungsraten bieten, diese aber keine stabile, nachhaltige und zukunftsorientierte Infrastruktur gewährleisten. Wir setzen uns für eine Teilöffnung des Frequenzspektrum im UKW-Bereich sowie bei der Millimeterwelle ein, um damit dem steigenden Bedarf an Bandbreite in abgelegenen oder in Ballungsgebieten gerecht zu werden. Eine Teilnutzung von freien Funkfrequenzbändern durch LTE lehnen wir ab, denn die dadurch entstehenden Nachteile für die aktuelle Infrastruktur stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. (9.1.2)*
- *Förderung von freier Open Source Software: Software ist in unserem Leben und der Gesellschaft fest verankert. Freie Software gibt Menschen das Recht, Programme zu verbessern, zu verbreiten und sie geräteunabhängig zu verwenden. Diese Möglichkeiten stellen sicher, dass wir unsere grundlegenden Freiheitsrechte, wie die Presse- oder Redefreiheit, wahrnehmen können. Den Einsatz und die Entwicklung von freier Software in der Verwaltung wollen wir aktiv fördern. Eine durch das Land entwickelte oder im Auftrag entwickelte Software sollte immer unter einer freien Lizenz der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus muss der Quellcode, der bei Änderungen an freier Open Source Software durch das Land NRW entsteht, wieder in die Projekte eingebracht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass jegliche durch das Land NRW genutzte, freie Open Source Software finanziell unterstützt wird. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Land NRW einen Fördertopf zur allgemeinen Unterstützung freier Open Source Software aufbaut. (9.1.9)*
- *Mauer der digitalen Spaltung überwinden!: Die immer schneller werdende technische Entwicklung hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass alltägliche Geräte und Technologien zunehmend komplexer geworden sind. Diese erhöhte Komplexität führt zu einer stetig größer werdenden digitalen Spaltung der Gesellschaft, hinsichtlich des Verständnisses von Technik. In einer modernen Gesellschaft ist es notwendig, dass Menschen der Technik selbstbewusst gegenüberstehen. Nur so können sie ihre Grundrechte im 21. Jahrhundert wahrnehmen und an der Gesellschaft teilhaben. Wir setzen uns für kostenfreie, durch das Land Nordrhein-Westfalen geförderte Schulungsangebote für alle interessierten Menschen ein, die die Gelegenheit bieten, die digitale Spaltung zu überwinden. Wir werden in Zusammenarbeit mit öffentlichen sowie gemeinnützigen Trägern und Vereinen flächendeckende Schulungsmöglichkeiten schaffen. (9.1.12)*

**Mehr zum Thema Innere Sicherheit, Datenschutz und Internet unter 5.2 Kinder- und Jugendpolitik zukunftsgerecht gestalten, 8. Innenpolitik und Recht, 9. Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und 15. Verbraucherschutz**

## Thema Zuwanderung & Integration

- *Anerkennung von sexueller Verfolgung als Asylgrund: In vielen Ländern der Welt werden Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung diskriminiert oder kriminalisiert. Wir fordern, dass diese Nachstellungen, gleich, ob sie staatlich gelenkt oder nur geduldet sind, als Asylgrund anerkannt werden. Abweichende geschlechtliche oder sexuelle Identität, bzw. Orientierung, darf nicht als Krankheit oder Perversion eingestuft werden. (5.1.5)*
- *Intensivierung des interkulturellen Dialogs: Handlungsübergreifend setzen wir uns dafür ein, interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen von Verwaltung und Gesellschaft zu stärken und die interkulturelle Öffnung entsprechender Institutionen und Organisationen weiterhin zu fördern. Sensibilisierungsmaßnahmen und Maßnahmen zur aktiven Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft, die die Akzeptanz von Zugewanderten steigern, sollen zusätzlich gefördert werden. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang präventive Projekte, die gewalt- und aggressionsfreies Verhalten fördern. (6.3.1.2)*
- *Umgang mit Schutzsuchenden: Das Grundrecht auf Asyl ist ein Gebot der Menschlichkeit und der historischen Verantwortung. Es hat für alle Menschen uneingeschränkt Geltung – unabhängig von der Herkunft. Das Aushöhlen oder die Beschneidung der mit dem Asylrecht verbundenen Grundrechte*

akzeptieren wir nicht. Das gilt für den Familiennachzug, die Bezeichnung der "sicheren Herkunftsländer" oder sogenannte "Obergrenzen". Deutschland und NRW haben kein „Flüchtlingsproblem“, sondern ein organisatorisches und mentales Problem. Vielerorts müssen Zelthallen und Containeranlagen aufgebaut werden, weil es versäumt wurde, den Voraussagen Rechnung zu tragen, die einen Anstieg der Flüchtlingszahlen seit Jahren ankündigen. Durch die Sondergesetze und deren Umsetzung wurden Schutzsuchende zudem in eine prekäre und aussichtslose Lage gezwungen. Sie erhielten wenig Rechte, lebten am Rand der Städte in Massenunterkünften und mussten viele Einschränkungen in Kauf nehmen. Diese Sonderregeln kosteten sogar mehr Geld als eine normale Eingliederung in die Sozialsysteme. Dadurch verhinderten Städte, Gemeinden, Bund und Länder geradezu, dass sich Normalität zwischen Neuankömmlingen und Altansässigen überhaupt entwickeln konnte – sie verhinderten Integration. Diskriminierende Gesetze und Sonderbehandlungen haben den Umstand gefördert, dass Teile der Bevölkerung Hilfesuchende als Menschen zweiter Klasse wahrnehmen. Aus diesen Fehlern der Vergangenheit muss die deutsche Politik lernen und die richtigen Schlüsse ziehen. Struktureller Rassismus sowie Hürden der Zuwanderung und Flucht nach Deutschland müssen abstatt aufgebaut werden. An dieser Aufgabe muss ab sofort gearbeitet werden, trotz der Herausforderungen durch die aktuell, aufgrund der vielen Krisen in und um Europa, steigenden Flüchtlingszahlen. (6.3.3)

- *Ministerium für Flucht, Integration und Einwanderung: Wir werden uns für ein Ministerium für Flucht, Integration und Einwanderung einsetzen, das dafür sorgt, dass Flüchtlinge in Deutschland sicher, human und gleichberechtigt leben können. Dieses ist mit ausreichend Personal zu besetzen. Die Aufgaben des neuen Ministeriums sollen lauten: Suche nach und Bereitstellung von Unterkünften, Etablierung von Mindeststandards in ganz NRW, Sicherstellung der sozialen, rechtlichen, medizinischen und psychologischen Betreuung der in den Unterbringungseinrichtungen lebenden Flüchtlinge, Unterstützung der Kommunen bei der Vermittlung von Schul- und Kitaplätzen, Einführung von Deutschkursen als Standard und Unterstützung bei der Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern der Flüchtlingshilfe usw. ist dabei unverzichtbar. (6.3.3.1)*
- *Konsequent gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit: In den letzten Jahren hat Menschen- und Demokratiefeindlichkeit auch in NRW einen erschreckenden Zuwachs erfahren. Seit 2014 hat sich die Zahl der Fremdenfeindlichen Straftaten verachtfacht. Und in all dieser Zeit wurde diese Entwicklung von Polizei, Politik und Justiz unterschätzt oder gar verharmlost. Fälle wie der rassistisch motivierte Brandanschlag von Altena zeigen hierbei die Schwachstellen der Sicherheitsbehörden auf. Wir wollen, dass damit Schluss sein muss. Kein Fußbreit den Rassisten und Menschenfeinden. Wir setzen uns für mehr politische Bildung für alle Menschen in NRW ein. Es ist Aufgabe der Schulen und Weiterbildungseinrichtungen in NRW interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln um so ein Klima des Miteinanders zu stärken und einen offenen und toleranten Wertekonsens zu stärken. Wir wollen umgehend ein Antidiskriminierungsgesetz in NRW auf den Weg bringen. Wir setzen und dafür ein, den NRW Verfassungsschutz auf Schwachstellen hinsichtlich der Abwehr von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus zu überprüfen. Wir wollen sofort eine Sensibilisierungskampagne für die Situation von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund starten. (6.4.2)*
- *Gemeinsam gegen Rassismus: Rassismus und kulturell begründete Diskriminierung sind nach wie vor ein gravierendes Problem, das dem friedlichen Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft im Wege steht. Gewalt und Einschüchterung aufgrund der Herkunft, Religion oder Kultur sind in jedem Fall inakzeptabel. Darum muss Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in jeder Form entschieden bekämpft werden. Dabei gilt es, das Augenmerk nicht nur auf den rechten Rand der Gesellschaft zu legen, sondern Vorurteilen und Intoleranz auch in der Mitte der Gesellschaft beim Alltagsrassismus, latent antisemitischen Stereotypen, der um sich greifenden Islamfeindlichkeit sowie anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Wir möchten Kampagnen und Initiativen unterstützen, die sich zum Ziel gesetzt haben, das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen zu verbessern, Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern. Ebenso solche, die rechtsextremen Aktivitäten entgegenzutreten und Menschen dabei helfen wollen, sich aus einschlägigen Kreisen zu lösen. (6.4.3)*

**Mehr zum Thema Zuwanderung und Integration unter 5.1 Geschlechter- und Familienpolitik, 6.3 Migration, Integration und Umgang mit Schutzsuchenden und 6.4 NRW braucht proaktive Integrationspolitik.**

## Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz

- *Die Verkehrsinfrastruktur muss dauerhaft funktionieren: Die Verkehrsinfrastruktur brauchen wir für alles, was in NRW in Bewegung ist. Sie muss dazu dauerhaft funktionieren und erhalten werden. Das Land muss einmalig zusätzliches Geld investieren, um die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten. Dabei dürfen wir aber nicht die konzeptionellen Fehler der Vergangenheit wiederholen. Beim erneuten Aufbau der Verkehrsinfrastruktur setzen wir daher auf eine moderne Verkehrswende. Beim Erhalt und auch beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur lehnen wir öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) ab. Die für die Allgemeinheit günstigeren Verkehrsmittel sollen beim Ausbau Vorrang haben: Radverkehr kostet uns weniger als Bus und Bahn. Private PKW sind insgesamt am teuersten. Die Gesundheit der Menschen in NRW muss gegenüber der Mobilität einen größeren Stellenwert einnehmen. Der Schutz der Menschen vor Lärm, Feinstaub und Emissionen muss bereits Teil der grundlegenden Planung einer Verkehrsinfrastruktur sein. Klima- und Umweltschutz sind politische Ziele, die sich auch in der Praxis widerspiegeln müssen. Landesweite Verkehrskonzepte müssen sich von vornherein nach diesen Zielen richten. Alle Menschen in NRW müssen die Möglichkeit haben, an der Gesellschaft teilzunehmen und dafür mobil zu sein. Für den Personenverkehr und vor allem die Pendlerinnen und Pendler in NRW sehen wir in der Konsequenz einen starken und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr – Bus und Bahn – als Mittelpunkt aller zukünftigen Verkehrskonzepte. (3.5.1)*
- *Fahrscheinfrei mit Bus und Bahn: Eine fahrscheinfreie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) stellt nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Wirtschaft und den Landeshaushalt langfristig einen Gewinn dar. Wir wollen die fahrscheinfreie Nutzung von Bussen und Bahnen daher zunächst in langfristigen Modellversuchen und anschließend landesweit einführen, um die Attraktivität und die Zugänglichkeit von Bussen und Bahnen zu erhöhen, den Tarifdschungel sowie die unwirtschaftliche Verfolgung von Schwarzfahrern zu beenden und das Henne-Ei-Problem von Angebot und Nachfrage zu lösen. Zahlreiche Studien – u.a. der Piratenfraktionen in den Landtagen – belegen die Umsetzbarkeit und Praxistauglichkeit eines fahrscheinfreien Nahverkehrs. (3.5.5)*
- *Güterverkehr auf die Schiene: Für eine stärkere Bedeutung des Schienen-Güterverkehrs, müssen Ausbau und Sanierung umgehend beginnen. (3.5.2)*
- *Busse und Bahnen erhalten und verbessern: Bus und Bahn sollen gerne und oft genutzt werden. Daher fordern wir ein belastbares, engmaschiges Liniennetz und verkürzte Taktzeiten mit passenden Umsteigezeiten. Ein ausreichendes Platzangebot und ein serviceorientierter Betrieb für die Fahrgäste soll die Fahrzeit attraktiv und produktiv machen. So sollen WLAN und Steckdosen in den Fahrzeugen in zukünftigen Ausschreibungen verpflichtend berücksichtigt werden. Bis zur landesweiten Einführung des angestrebten fahrscheinfreien Nahverkehrs muss ein einfaches und übersichtliches Tarifsystem für niedrige Einstiegsbarrieren sorgen. Das Land soll auch die Ausgabe von Schnuppertickets in den Kommunen fördern, um Neubürgerinnen und Neubürgern damit den Einstieg in die Liniennetze von Bus und Bahn zu erleichtern. Wir unterstützen die Entwicklung regionaler Schnellbus-Konzepte, um vor allem den Menschen in ländlichen Gebieten einen landesweit gültigen Standard öffentlicher Verkehrsmittel bieten zu können. Auf Antrag der Piratenfraktion wurde 2014 im Landtag NRW die Enquetekommission "Finanzierungsoptionen des Öffentlichen Personenverkehrs in NRW im Kontext des gesellschaftlichen und technischen Wandels" eingesetzt. Die Handlungsempfehlungen und Leitlinien dieser Kommission sehen wir als Grundlage für den langfristigen Erhalt und entscheidende Verbesserungen des Nahverkehrs in NRW. (3.5.6)*
- *Sozial gerechte Energiewende gestalten: Die ungerechte Verteilung der Kosten der Energiewende muss verändert werden. Dass sich Energieintensive Unternehmen auf Kosten der Einzelabnehmer von der EEG Umlage befreien lassen können muss überdacht werden. Nur so können die tatsächlich sinkenden Strompreise an der Strombörse auch für den Verbraucher spürbar werden. Es sollte gefördert werden, Energie zu sparen. Derzeit werden über Grundgebühren und Staffeltarife hohe Verbräuche begünstigt. Stattdessen sollten Energieeinsparungen honoriert und hohe Verbräuche nicht mit sinkenden Kosten honoriert werden. (2.4.4.2)*
- *Auch ist eine \_Abwrackprämie\_ für verbrauchsintensive Geräte zu überdenken um auch ärmeren Menschen Zugang zu energiesparenden Geräten zu ermöglichen. (2.4.4.2)*

- *Arbeitslosigkeit in NRW und Europa bekämpfen: Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, fordern wir eine bessere Zusammenarbeit unter den europäischen Staaten, da ein ausschliesslich nationalstaatliches Denken effektive Lösungen verhindert. Dabei soll die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit Vorrang genießen. Um neue Arbeitsplätze nicht nur in NRW, sondern in ganz Europa zu schaffen, fordern wir gezielte Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und Wirtschaft. Der Schwerpunkt bei Investitionen in die Infrastruktur soll auf dem Bau einer modernen Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Breitband-Internet und der Schaffung einer dezentralen Energieversorgung liegen. (2.3.1)*

**Mehr zum Thema Umwelt, Energie, Verkehr und Verbraucherschutz unter 2.4.4 Energiearmut, 3 Bauen, Wohnen und Verkehr, 15 Verbraucherschutz und 16 Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft.**

## Thema Wirtschaft

- *Sicherung des Bankensystems: Reine Geschäftsbanken dienen den Bürgern und der Finanzierung der Realwirtschaft, sowie den öffentlichen Haushalte, was der Volkswirtschaft und damit der Gemeinschaft dienen. Investmentbanken dienen nur der Spekulation und haben keinen Volkswirtschaftlichen Nutzen für die Gemeinschaft, von daher sollten Sie von der Realwirtschaft entkoppelt werden. Zur Sicherung des Bankensystems, streben wir daher eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken an, wodurch vermieden wird, das Probleme bei den Investmentbanken Einfluss auf die Realwirtschaft haben. Durch eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken gibt es kein Problem mehr mit dem „Too big to fail“ was in 2008 zur, für den Steuerzahler teuren und Nutzlosen, Bankenrettung führte. (17.5)*
- *Crowdfunding: Es sollen die Möglichkeiten von Crowdfunding für regionale StartUps geschaffen werden. Das kann z.B. durch Regionale oder Landesweite Börsen, auch Internetbörsen geschehen, die das Land als Plattform bereitstellt, bei denen Unternehmen ihre Ideen vorstellen können. Zum Anderen können aber auch Unternehmen teilnehmen, die spezielle Bedarfe haben und derzeit ein Angebot alleine nicht finanzieren können. Das ist zum Teil bereits heute eine Stärke unseres Mittelstands. Die Vernetzung der Marktteilnehmer wird aber noch einmal viel wichtiger. Dabei kann Crowdfunding nicht nur Filmemachern in Bocklemünd einen Film finanzieren, sondern auch den entscheidenden Impuls für neue Software, Apps oder Produkte liefern. (17.7.2)*
- *Firmengründungen vereinfachen – Bürokratie abbauen - Wagniskapital bereitstellen: Nach Auskunft des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) wird es bis zum Jahr 2050 eine Million weniger Selbständige geben als heute. Damit wird der Wirtschaftsstandort Deutschland, der durch eine große Anzahl von kleinen und mittleren Betrieben geprägt ist, gefährdet. Wir wollen Firmengründungen radikal vereinfachen. Zum einen gilt es, überbordende Bürokratie abzubauen und auf der anderen Seite ist es unabdingbar, deutlich einfacher Risikokapital bereitzustellen. Die kontinuierliche Optimierung der Finanzierungs-, Förder- und Beratungsangebote ist sicher zu stellen. Nur so schaffen wir eine Vielzahl von Neugründungen innovativer Unternehmen, stärken das Rückgrat unserer Wirtschaft und garantieren die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts NRW. (17.7.4)*
- *Für liberale Ladenschlussgesetze: Die liberalen Ladenöffnungszeitenregelungen in NRW, nach denen die Ladeninhaber an sechs Tagen in der Woche, außer sonntags, frei entscheiden können wann ihre Läden geöffnet haben, sehen wir als einen richtigen Schritt in Richtung Freiheit und Eigenverantwortung. Wir gehen jedoch einen Schritt weiter. Auch sonntags sollen die Ladenöffnungszeiten freigegeben werden. Der sogenannte Schutz des Sonntags ist ursprünglich religiös motiviert. Ob der Staat die Sonntagsruhe festschreiben muss, ist nach unserer Sichtweise fraglich. Wir setzen uns daher ein, auch den Sonntag für Gewerbetreibende frei zu geben. (17.7.9)*

**Mehr zum Thema unter 17 Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

## Landtagswahlprogramm 2017 der LINKE

<http://wahl2017.dielinke->

[nrw.de/fileadmin/medien/ltw2017/dateien/Landtagswahlprogramm\\_2017\\_Web\\_neu.pdf](http://nrw.de/fileadmin/medien/ltw2017/dateien/Landtagswahlprogramm_2017_Web_neu.pdf)

(12.04.17)

### Thema Jugend

- Freiflächen zur Verfügung stellen, zum Beispiel durch Förderung öffentlicher Bolzplätze, Graffitiflächen, Skater- und Streetball-Anlagen (Seite 27)
- Den Kinder- und Jugendförderplan bedarfsorientiert aufstocken (Seite 27)
- Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit stärken, befristete Projekte nur für den Anschub neuer Themen nutzen (Seite 28)
- Ausbau und sichere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe und Schulsozialarbeit (Seite 108)
- Das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken (Seite 113)

**Mehr zum Thema Jugend auf den Seiten 26, 27, 28, 108 und 113.**

### Thema Familie

- Kürzere Vollzeitarbeit und familienfreundliche Arbeitsbedingungen (Seite 27)
- Ausreichende kostenfreie Ganztagsangebote für Kinder in Kitas und Schulen (Seite 27)
- Gebührenfreie Kitas für alle Kinder in NRW (Seite 58)
- Flächendeckend verlässliche Öffnungszeiten ab 6 und bis 18 Uhr (Seite 59)

**Mehr zum Thema Familie auf den Seiten 27, 58 und 59.**

### Thema Schule

- Elternbeiträge für den offenen Ganztag streichen, da Schule gebührenfrei sein muss (Seite 60)
- Für Groß und Klein: Nach 16 Uhr muss Feierabend sein (Seite 60)
- Nach 16 Uhr und am Wochenende haben die Schüler\_innen und Familien Freizeit (Seite 61)
- Übungsaufgaben werden in die Schulzeit integriert (Seite 61)
- Schulsozialarbeit fest im Schulgesetz mit ausreichendem Schlüssel verankern (Seite 61)
- „Sitzenbleiben“ abschaffen (Bildungskonferenz 2011) (Seite 62)
- Klassen auf 20 Schüler\*innen verkleinern (Seite 62)
- Die Schulzeitverkürzung auf 8 Jahre muss sofort zurückgenommen werden (Seite 63)
- Mindestens 9.000 Lehrerstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess (Seite 64)
- Investitionsprogramm für Schulsanierung und Schulneubau (siehe auch III.2) im Umfang von 1 Milliarde Euro pro Jahr (Seite 66)
- Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit und damit Abschaffung der Eigenanteile für Schulbücher und Taschenrechner (Seite 66)

**Mehr zum Thema Schule auf den Seiten 60, 61, 61, 63, 64 und 66.**

## Thema Ausbildung & Studium

- *Wer nicht ausbildet, soll zahlen! NRW muss sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene endlich eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt wird (Seite 67)*
- *Die Ausbildungskapazität für Gesundheits-, Sozial und Erziehungsberufe sofort deutlich ausbauen (Seite 68)*
- *Erhöhung der Zahl der Studienplätze in NRW, so dass genügend Plätze für alle Studieninteressierten zur Verfügung stehen (Seite 70)*
- *Abschaffung des Numerus clausus und anderer Selektionsinstrumente, mit denen junge Menschen am Studium gehindert werden (Seite 70)*
- *Für Studierende mit familiären Verpflichtungen und solche, die einer Erwerbsarbeit während des Studiums nachgehen müssen oder wollen, sollen Hochschulen ihr komplettes Studienangebot auch als echte Teilzeitstudiengänge anbieten (Seite 70)*
- *Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung des elternunabhängigen BAföGs und Anpassung der Höhe der BAföG-Sätze an die heutigen Lebenshaltungskosten (Seite 70)*
- *Forschung für militärische Zwecke muss unter Sanktionen verboten werden; die Zivilklausel in das neue Hochschulgesetz als MUSS-Bestimmung einführen (Seite 72)*
- *Friedensdienste, internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften ausbauen (Seite 124)*

**Mehr zum Thema Ausbildung und Studium auf den Seiten 67, 68, 70, 72, 124 und 125.**

## Thema Außerschulische Bildung

- *Um- und Weiterbildungsangebote ausbauen (Seite 35)*
- *Aufstockung der kommunalen Finanzmittel für die Weiterbildung (Seite 72)*

**Mehr zum Thema außerschulische Weiterbildung auf den Seiten 30, 35, 72 und 73.**

## Thema Sport, Freizeit & Kultur

- *Sport als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich verankern (Seite 55)*
- *Höhere Übungsleiterpauschalen vor allem im Kinder- und Jugendbereich (Seite 55)*
- *Verzicht auf Olympiavorbereitungen zum jetzigen Zeitpunkt (Seite 56)*
- *Ausbau des Breitensportes statt Investitionen in Leuchtturmeventsport (Seite 56)*
- *Kostenlosen Eintritt in alle Dauerausstellungen der Landesmuseen ermöglichen (Seite 121)*
- *Antirassistische, interkulturelle Angebote mit dem Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt auszuprägen, gezielt fördern (Seite 121)*
- *Musik- und Kunstunterricht als fester Bestandteil des Lehrplanes für alle Schulen (Seite 121)*

**Mehr zum Thema Sport, Freizeit & Kultur auf den Seiten 55, 56 und 121.**

## Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit

- *Ein Mindestlohngesetz für NRW mit einer Lohnuntergrenze von 12 Euro beschließen (Seite 10)*
- *Arbeitsbedingungen und Personalausstattung in Gesundheit und Pflege verbessern (Seite 12)*

- *Gegen Kinderarmut: Mehr Geld: Aus NRW im Bund für höhere Sozialleistungen und Renten sorgen, Mehr Bildung: Jedem Kind persönliche Förderung in einer Schule für alle im gebundenen Ganztage; Mehr Hilfe vor Ort: Investitionsprogramm für Jugendhilfe und Sozialarbeit; Mehr Arbeit: Sofortprogramm für ein soziales öffentlich getragenes Beschäftigungsprogramm mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen und Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose (Seite 18)*
- *Haushalte durch gerechtere Steuerpolitik sanieren (Seite 34)*
- *Entschuldungsfonds für die Übernahme der Altschulden der Kommunen (Seite 43)*
- *Gleichstellung aller sexueller Identitäten (Seite 76)*
- *Förderung der Anwendung des Budgets für Arbeit als Instrument regulärer Beschäftigung für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt (Seite 86)*
- *Schrittweise Einführung einer tariflichen Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf Außenarbeitsplätzen (Seite 86)*
- *Ein verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Register für Lobbyist\*innen einführen (Seite 115)*

**Mehr zum Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit auf den Seiten 9, 10, 11, 12, 13,14,15, 17, 18, 19, 30, 31, 33, 34, 35, 37, 42, 43, 44, 75, 76, 77, 83 ,84, 85, 86, 87, 113, 114, 115, 116 und 125.**

## Thema Gesundheit

- *Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand organisieren (Seite 21)*
- *Rückführung privater Krankenhäuser in die öffentliche Hand (Seite 23)*
- *Ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor) zurück in die öffentlichen Kliniken (Seite 23)*
- *Wohnortnahe Apothekenversorgung (Seite 23)*
- *Bessere Förderung unabhängiger gemeinnütziger Organisationen wie der Krebs- und der AIDS-Hilfen (Seite 24)*
- *Breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung (Seite 25)*
- *Landesfinanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen (Seite 25)*
- *Angebot von Lebensmitteln aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalem Anbau in Kitas und Schulen sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVA's) (Seite 25)*
- *Angebot von täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü in allen öffentlichen Einrichtungen (Seite 25)*
- *Mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention (Seite 25)*

**Mehr zum Thema Gesundheit auf den Seiten 21, 23, 24, 25, 26 und 77.**

## Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet

- *Konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“) (Seite 103)*
- *Nicht mehr, sondern weniger Kameraüberwachung (Seite 104)*
- *Keine Videoüberwachung durch die Polizei (Seite 106)*

- *Stärkung der schulischen und außerschulischen Demokratieerziehung (Seite 107)*
- *Information und Aufklärung über Genuss- und Rauschmittel an den nordrheinwestfälischen Schulen, welche die Lebenswirklichkeit von Schüler\*innen nicht ignorieren (Seite 110)*
- *Verbot von Werbung für Alkohol und Tabak (Seite 110)*
- *Strafverfolgung wegen Cannabis durch die Staatsanwaltschaften beenden (Seite 111)*
- *Den Glasfaserausbau vorantreiben (Seite 116)*
- *Recht auf Anonymität im Internet und Kontrolle über die eigenen Daten (Seite 117)*

**Mehr zum Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet auf den Seiten 103, 104, 105, 106, 107, 109, 110, 111, 116, 117, 118 und 123.**

## **Thema Zuwanderung & Integration**

- *Eine vollständige Übernahme der Kosten für Unterkunft und Integration der Zufluchtsuchenden – finanziert vom Bund durch höhere Steuern auf Reichtum und Gewinne der Banken und Konzerne (Seite 20)*
- *Verfahren der Einbürgerung vereinfachen und Gebühren abschaffen (Seite 78)*
- *Förderung der Selbstorganisationen von Migrant\*innen (Seite 78)*
- *Allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur Verfügung stellen (Seite 80)*
- *Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern (Seite 80)*
- *Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung gewähren (Seite 80)*
- *Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse vereinfachen und beschleunigen (Seite 80)*
- *Jegliche Abschiebepaxis beenden (Seite 82)*
- *Auflösung der Abschiebehaftanstalten (Seite 82)*

**Mehr zum Thema Zuwanderung und Integration auf den Seiten 20, 65, 78, 79, 80, 82, und 83.**

## **Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz**

- *Mehrgenerationenhäuser fördern und bauen (Seite 29)*
- *Fußwege barrierefrei und Radwege auch für unsichere Fahrer\*innen gestalten (Seite 29)*
- *Haltestellen barrierefrei mit Dächern und Sitzgelegenheiten (um-)bauen (Seite 29)*
- *Langfristige und nachhaltige Förderung benachteiligter Stadtteile durch Land, Bund und EU (Seite 44)*
- *Landesstandards zur Barrierefreiheit in der Verkehrsplanung weiterentwickeln (Seite 50)*
- *Modellprojekt „Tempolimit in NRW“ auf zwei besonders durch Raser\_innen und Verkehrstote auffällig gewordenen Autobahnen starten (Seite 52)*
- *Absoluter Vorrang der Erhaltung von Straßen vor dem Neubau (Seite 52)*
- *Keine Genehmigung von Gigalinern, also LKW mit Überlänge (Seite 52)*
- *Alle Bahnhöfe barrierefrei machen (Seite 53)*
- *Einen solidarisch finanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV (Seite 53)*
- *Mehr Linien und kürzere Taktzeiten für Bus und Bahn in den Flächenkreisen (Seite 53)*

- Mehr Lärmschutz bei Starts und Landungen mittels eines Fluglärmaktionsplans (Seite 54)
- Braunkohletagebau beenden, den Hambacher Forst und die übrigen tagebaugefährdeten (Seite 88)
- Auf Gentechnik verzichten – auch beim Tierfutter (Seite 91)

**Mehr zum Thema Umwelt, Energie, Verkehr und Verbraucherschutz auf den Seiten 20, 35, 44, 45, 48,48, 49, 50, 52, 53, 54, 55, 86, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100 und 112.**

## **Thema Wirtschaft**

- Ausbildende Unternehmen fördern (Seite 12)
- Deutlich kürzere Öffnungszeiten im Ladenschlussgesetz festschreiben (Seite 14)
- Geschlossene Läden und freie Zeit an Sonn- und Feiertagen (Seite 14)
- Rüstungsforschung an Hochschulen verbieten (Seite 39)
- Einführung eines sanktionsbewehrten Lobbyist\_innen-Registers für NRW (Seite 39)
- Erhalt der Sparkassen, Gebührenfreie Kontoführung zur Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen, Senkung der Zinsen für Dispokredite, Basiskonto für Geflüchtete und Wohnungslose, Erhalt der Filialen und Geldautomaten in der Fläche, Begrenzung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern, Transparenz über Spenden und Sponsoring (Seite 41)
- Die Urananreicherungsanlage in Gronau stilllegen und die Verbreitung oder den Verkauf ihrer Technologie verhindern (Seite 123)
- Sofortiges Ende der Atomwaffenstationierung in Büchel und an den jeweils nur 30 km von NRW entfernten Standorten Volkel (Niederlande) und Kleine-Brogel (Belgien) (Seite 123)

**Mehr zum Thema Wirtschaft auf den Seiten 12, 14, 33, 34, 38, 39, 40, 41, 121, 123 und 127.**

# Landtagswahlprogramm 2017 der CDU

Zuhören. Entscheiden. Handeln. Regierungsprogramm der CDU für NRW 2017 - 2022

<https://www.cdu->

[nrw.de/sites/default/files/media/docs/a1\\_leitantrag\\_39\\_lpt\\_regierungsprog\\_cdu\\_fuer\\_nrw\\_2017-2022.pdf](https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/a1_leitantrag_39_lpt_regierungsprog_cdu_fuer_nrw_2017-2022.pdf) (12.04.17)

## Thema Jugend

- *Wir fördern auch künftig Projekte, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen. Dies gilt ausdrücklich auch für Projekte, welche die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen nach dem alten § 175 StGB wissenschaftlich und didaktisch aufarbeiten. (Seite 40)*
- *Wir setzen uns für echte und verbindliche Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf Landesebene ein. Daher unterstützen wir die Einrichtung eines überwiegend direkt gewählten Landesjugendparlaments nach dem Vorbild des Scottish Youth Parliament (SYP). (Seite 46)*
- *Wir setzen uns dafür ein, dass die jährliche Fördersumme des Kinder- und Jugendförderplans dauerhaft erhöht und durch eine Dynamisierung der Mittelanträge zukunftsfähig gestaltet wird. So wollen wir die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit für die nächsten Jahre sicherstellen. (Seite 46)*

## Thema Familie

- *Alleinerziehende Mütter und Väter verdienen besondere finanzielle Unterstützung sowie begleitende und helfende Dienstleistungen. Deshalb setzen wir uns gegenüber der Wirtschaft auf Landesebene mit Nachdruck für flexible Arbeitszeitmodelle und hieran angepasste Ganztagsbetreuungsmodelle in Kindertagesstätten und Schulen ein. (Seite 40)*
- *Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich Eltern die Erziehungs- und Erwerbsarbeit untereinander ihren Bedürfnissen entsprechend teilen können. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch Männer ermutigen, stärker als bisher Familienarbeit, sei es die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen, zu übernehmen. (Seite 42)*
- *Die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung steht für die CDU in Nordrhein- Westfalen an oberster Stelle. Neben der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels und der Ausstattung der Kindertageseinrichtungen gehören dazu auch verlässliche Betreuungsverhältnisse und eine stabile Betreuungsumgebung. Wir sehen, dass es einer dringenden Neustrukturierung der Kita-Finanzierung bedarf. (Seite 43)*
- *Familien, die eine gemeinsame Erholung oder ein gemeinsames Bildungs- und Freizeiterlebnis aus eigenen Mitteln nicht bestreiten können, wollen wir eine Familienerholung während gemeinsamer Ferien oder durch gemeinsame Bildungs- und Freizeiterlebnisse ermöglichen. Dabei sind insbesondere Alleinerziehende, Mehrkindfamilien oder Familien, in denen Menschen mit Behinderung leben, zu berücksichtigen. (Seite 44)*

## Thema Schule

- *Wir werden bei der Mittelausstattung der Schulen neue Wege gehen, um allen Schülern möglichst gleiche Lernbedingungen zu ermöglichen. Dabei werden Bring-Your-Own-De- vice-Konzepte ebenso eine Rolle spielen wie Sponsoring und eine Neukonzeptionierung der Schulpauschalen. (Seite 30)*
- *Wir werden die Lehrerfortbildungen so gestalten, dass sie sich auf die Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung unseres Schulsystems konzentrieren. Fortbildungen haben die Lehrkräfte in ihrer*



*fachlich pädagogischen Verantwortung und in der Umsetzung ihrer Unterrichtsziele zu unterstützen. (Seite 51)*

- *Dafür müssen die Fortbildungsangebote ausgebaut und die Universitäten stärker als bisher mit einbezogen werden. (Seite 51)*
- *Wir werden die für inklusiven Unterricht zwingend erforderlichen Rahmenbedingungen an unseren Schulen schaffen. Dazu gehören entsprechend fortgebildete Regelschullehrer, genügend Sonderpädagogen, kleine Lerngruppen sowie Differenzierungsräume. (Seite 53)*
- *Wir wollen den Ausbau multiprofessioneller Teams an inklusiven Schulen und eine bessere Zusammenführung der spezifischen Kompetenzen der sonderpädagogischen Lehrkräfte und der Lehrkräfte von allgemeinen Schulen. (Seite 53)*
- *Wir wollen bis auf weiteres keine Förderschulen mehr schließen. Ein solches Moratorium bedeutet keine Absage an die Inklusion oder gar deren Rückabwicklung, sondern sichert die Wahlfreiheit der Eltern und wichtige Ressourcen, die in der weiteren Entwicklung der Inklusion noch dringend benötigt werden. Wir wollen, dass Eltern frei entscheiden können, wo ihr behindertes Kind am besten gefördert wird. (Seite 53)*
- *Wir wollen G8 und G9 gleichberechtigt im Schulgesetz verankern und die pädagogische Freiheit der Gymnasien stärken. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, individuell entsprechend ihrer Schülerschaft und auch mit Blick auf die örtlichen Bedingungen ihren zukünftigen Bildungsgang zu gestalten. (Seite 57)*

**Mehr zum Thema Schule auf den Seiten 30, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61 und 62.**

## Thema Ausbildung & Studium

- *Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung praktisch umgesetzt wird. Hierzu muss es zu einer Angleichung der Vorzüge für Studenten und Auszubildende kommen. Das Meister-Bafög hat sich seiner Einührung 1996 unter dem damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers bewährt. Wir wollen dieses Förderinstrument finanziell ausbauen und organisatorisch verbessern, um damit mehr individuelle Anreize für die höhere Berufsbildung zu setzen. (Seite 18)*
- *Wir werden auch Hochschulen konsequent für die Digitalisierung stärken. Wir sehen insbesondere in der Lehre, aber auch in der Forschung noch deutliche Potenziale, die bislang nicht ausgeschöpft werden, wie z. B. in den Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften. (Seite 31)*
- *Zu prüfen ist die Einrichtung sonderpädagogischer Berufskollegs. Diese Schulform ist besonders für die inklusiv unterrichteten Schülerinnen und Schüler mit Behinderung attraktiv, die wegen der zieldifferenten Beschulung an einer allgemeinbildenden Regelschule keine Chance haben, einen höheren als den Förderschulabschluss zu erwerben. (Seite 63)*
- *Zudem werden wir uns für eine Intensivierung von Kooperation und Vernetzung zwischen Hochschulen und dem Handwerk sowie der Industrie einsetzen, um Studienabbrechern ohne Verzögerung und große Hürden Alternativen jenseits eines Studiums aufzuzeigen. (Seite 66)*
- *Dirigistische Vorgaben wie Kopfprämien für Studienabschlüsse lehnen wir ab. Damit kann man zwar einen immer breiteren Zugang zu den Hochschulen ermöglichen sowie die Zahl der Studierenden und damit auch die Quote der Abschlüsse erhöhen, jedoch nicht die Qualität an den Hochschulen erhalten, geschweige denn heben. Eine solche Politik verwechselt konsequent Quantität mit Qualität. Die bisher für die Kopfprämien zur Verfügung stehenden Mittel werden wir komplett in eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen investieren. (Seite 66)*
- *Wir werden dafür sorgen, dass die Landesregierung ihrer originären Aufgabe nachkommt, ausreichend Grundmittel für die Einrichtung von Studienplätzen bereitzustellen. Dazu gehört ein angemessenes*

*Studierenden-Lehrenden-Verhältnis ebenso wie die Vorhaltung einer zeitgemäß ausgestatteten Infrastruktur. Für die Studierenden wollen wir einen kostenfreien Zugang zur Hochschulbildung sicherstellen. (Seite 67)*

**Mehr ihm Thema Studium und Ausbildung auf den Seiten 18, 31, 62, 63, 66, 67, 68, und 69.**

## **Thema Außerschulische Bildung**

- *Bildung und Qualifizierung sind die zentralen Voraussetzungen dafür, dass die Menschen den digitalen Wandel als Chance begreifen. Deswegen werden wir Berufsschulen mit Blick auf ihre digitalen Möglichkeiten besser ausstatten und die Weiterbildung der Beschäftigten durch den Nordrhein-Westfalen Bildungsscheck unterstützen. (Seite 21)*
- *Wir wollen deshalb für einen verlässlichen Rahmen der Arbeit der Volkshochschulen und Weiterbildungsinstitutionen in freier Trägerschaft sorgen. Dieser umfasst neben einer angemessenen und projektungebundenen Ressourcenausstattung auch die Dynamisierung der institutionellen Förderung durch das Land. (Seite 63)*

## **Thema Sport, Freizeit & Kultur**

- *Zur Stärkung des bewährten Gesamtsystems aus ehren- und hauptamtlichen Kräften im Zivil- und Katastrophenschutz und in der alltäglichen Gefahrenabwehr benötigen wir dauerhaft Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich in Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisationen sowie dem Technischen Hilfswerk engagieren. Die CDU Nord- rhein-Westfalen wird die Kampagne „FeuerwEHRENSACHE“ fortführen und diese Kampagne auf Angehörige des Zivil- und Katastrophenschutzes ausweiten. In Absprache mit den beteiligten Organisationen werden wir die Kinder- und Jugendarbeit stärker fördern. (Seite 12)*
- *Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste und freie Träger sind auf das langfristige und stetige Engagement der Menschen vor Ort angewiesen. Wir werden das breit vorhandene ehrenamtliche Engagement aufgreifen und uns für eine bessere Koordination und Unterstützung einsetzen. Über Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen wollen wir Angebot und Nachfrage besser zusammenzubringen. (Seite 82)*
- *Die Kommunaltheaterzuschüsse werden wir schrittweise anheben. Wir streben in einem neuen Theaterpakt kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche an. (Seite 89)*
- *Die Förderung von Maßnahmen der Kulturellen Bildung werden wir ebenfalls verstärken und dabei die Aufgaben zwischen Kultur und Schule grundlegend neu verteilen. Projekte wie den „Kulturrucksack“ oder „Jeki“ (Jedem Kind ein Instrument) werden wir evaluieren und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Für öffentliche Museen und Erinnerungsorte streben wir nach dem Beispiel von Theatern und Opern gleichfalls freien Eintritt für Kinder und Jugendliche an. (Seite 89)*

## **Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit**

- *Wir setzen uns dafür ein, dass den Wünschen der Beschäftigten nach mehr Arbeitszeitsouveränität und den Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber Rechnung getragen wird und vorhandene Hürden abgebaut werden. (Seite 21)*
- *Wir wollen passgenaue Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitregelungen, die den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Betriebe und ihrer Beschäftigten, insbesondere im Hinblick auf ihren Gesundheitsschutz entsprechen. Dabei haben für uns Lösungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene Vorrang vor gesetzlichen Regelungen. (Seite 21)*

- *Wir wollen ausdrücklich bewährte Strukturen erhalten. Deshalb sollen Werkstätten für behinderte Menschen als Anbieter von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in unserem Land weiterhin ihren festen Platz haben. (Seite 22)*
- *Wir werden die Landesförderungen auf ihre Nachhaltigkeit und Wirksamkeit hin überprüfen. (Seite 35)*
- *Wir wollen Generationengerechtigkeit. Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck. Wir wollen eine Schuldenbremse in der Landesverfassung, die die Landesregierung nicht durch selbstgeschaffene Schlupflöcher oder Ausweich-Tricks umgehen kann. Daher werden wir eine Initiative zur Änderung der Landesverfassung vorlegen, die die Schlupflöcher schließt und Umgehungsmöglichkeiten verhindert. (Seite 36)*
- *Steuererhöhungen auf Landesebene lehnen wir ab. Vielmehr wollen wir die Mitte unserer Gesellschaft stärken, indem wir sie vor unnötigen Abgaben schützen. (Seite 37)*
- *Wir werden Steuerhinterziehung, Steuerumgehung und unsoziale Steuergestaltung aktiv bekämpfen und unterbinden. Hierfür brauchen wir eine leistungsfähige Finanzverwaltung. Unser Ziel ist, die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung für die Zukunft zu rüsten. (Seite 37)*
- *Wir wollen diese Vielfalt erhalten und stärken. Besonders den Sparkassen und Genossenschaftsbanken kommt eine zentrale Bedeutung in unserem Land zu. (Seite 38)*

**Mehr zum Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit auf den Seiten 18, 21, 22, 35, 36, 37 38, 47, 48 und 73.**

## Thema Gesundheit

- *Deshalb wollen wir die praktischen Erfahrungen der Ärzte, Apotheker, Pflegeberufe, der Heil- und Hilfsberufe und der Krankenhäuser deutlich stärker als bisher nutzen. In diesem Sinne steht die CDU Nordrhein-Westfalen für eine vernetzte Zusammenarbeit aller Leistungsbereiche im Gesundheitswesen ein. (Seite 69)*
- *Hierzu werden wir den medizinischen und technischen Fortschritt nutzen, insbesondere die Digitalisierung. Einsatz und Ausbau von telemedizinischen Anwendungen können der Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen werden. (Seite 70)*
- *Jungen Menschen werden wir unabhängig von den derzeit sehr strengen Anforderungen beim Numerus clausus die Möglichkeit zum Medizinstudium eröffnen, wenn sie dazu bereit sind, anschließend in einem unterversorgten Gebiet als Arzt tätig zu sein. (Seite 70)*
- *Ehrenamtliche Sterbegleiter verdienen höchsten Respekt und müssen, so gut es geht, gefördert und ausgebildet werden. (Seite 72)*
- *Wir werden den Gesundheitssport und niedrigschwellige Angebote für Jung und Alt unterstützen. (Seite 72)*
- *Der Präventionsgedanke und die Gesundheitserziehung sollen fester Bestandteil schulischer Bildung sein. (Seite 72)*
- *Wir werden die Rahmenbedingungen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so gestalten, dass alle pflegebedürftigen Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können und gleichzeitig eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege erfahren. (Seite 72)*
- *Wir werden neben grundsätzlich neu geschaffenen Modellen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter anderem bessere Verdienstmöglichkeiten anstreben, um neue Anreize für den pflegerischen Nachwuchs zu schaffen. (Seite 73)*

- Ein leistungsfähiger Zivil- und Katastrophenschutz erfordert auch eine Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung: In Abstimmung mit den Aufgabenträgern setzen wir uns für die Entwicklung einer entsprechenden Kampagne ein. Dazu gehört es auch, dass wir die Ersthelfer-Ausbildung stärken wollen: Oftmals – gerade im Falle eines Herz- Kreislauf-Stillstandes – kommt es auf jede Sekunde an. (Seite 13)

## Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet

- Wir wollen durch eine ausreichende Anzahl von eingestellten Kommissaranwärtern die steigende Anzahl von Pensionierungen wirksam kompensieren. (Seite 3)
- Wir wollen dafür sorgen, dass eine schlagkräftige und gut ausgestattete Polizei sowohl in den Ballungszentren als auch im ländlichen Raum ihre Aufgaben erfüllen kann. Wir wollen die Polizeistärke im ländlichen Raum schrittweise verbessern. (Seite 4)
- Wir werden personelle Schwerpunkte genau dort setzen, wo sie benötigt werden. Gleichzeitig wollen wir personalintensive aber wirkungsarme Maßnahmen wie den sogenannten „Blitzermarathon“ beenden und die freiwerdenden Personalressourcen sinnvoller einsetzen. (Seite 4)
- Wir fordern härtere Strafen. So soll der Wohnungseinbruchdiebstahl künftig als Verbrechen mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr geahndet werden können. Zur Aufklärung eines Wohnungseinbruchs kann dann auch das Instrument der Telekommunikationsüberwachung eingesetzt werden. (Seite 5)
- Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte und die steigende Aggressivität von Tätern machen die flächendeckende Einführung von nicht-tödlichen Distanzwaffen (Taser oder ähnlich wirksame Instrumente) für unsere Polizei notwendig. (Seite 6)
- Wir wollen die Überwachung gewaltbereiter Islamisten deutlich verstärken. Zu diesem Zweck wollen wir insbesondere die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Telefonüberwachung sowie für die Überwachung und Analyse von Konto- und Bankdaten zur Gefahrenabwehr vorantreiben und eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Verhängung von Meldeauflagen im Polizeigesetz schaffen. (Seite 7)
- Wir wollen alle ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Instrumente ausschöpfen, damit islamistische Hassprediger und Gefährder schnell und konsequent ausgewiesen werden. (Seite 7)
- Um zu verhindern, dass ausreisepflichtige Gefährder untertauchen oder gar Anschläge in Deutschland begehen, fordern wir eine konsequente Anwendung der Abschiebehaft. (Seite 7)
- Wir wollen Einbürgerungen von Extremisten verhindern oder – soweit rechtlich möglich – rückgängig machen. Wer im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft hat und neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, muss die deutsche Staatsangehörigkeit künftig automatisch verlieren. (Seite 7)

Mehr zum Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet auf den Seiten 3, 4, 5, 6, 7, 30, 82 und 83.

## Thema Zuwanderung & Integration

- Dass das Erlernen der deutschen Sprache unverhandelbare Voraussetzung für das gelingende Zusammenleben in Deutschland ist, (Seite 85)
- Dass Auseinandersetzungen in den Heimatländern vieler Migranten nicht auf unseren Straßen ausgetragen werden dürfen, dass die eigene Religionsfreiheit dort endet, wo der Glaube oder Rechte des Anderen betroffen ist, (Seite 85)
- dass Verweigerungen am Schulunterricht oder schulischen Aktivitäten nicht mit kulturellen oder religiösen Unterschieden begründet werden dürfen, (Seite 85)

- dass sogenannte Parallelgesellschaften oder No-Go Areas entschlossen bekämpft werden müssen. (Seite 85)
- Wir werden durch gezielte Förderung an Grundschulen zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen. Hierbei ist auch die Einbindung der Eltern wichtig. Unsere vielfältige Kita-Landschaft (z. B. die Familienzentren) spielt für uns hierbei ebenso eine wichtige Rolle als Partner wie unsere Lehrkräfte an den Schulen. Wir wollen mit einer gezielten Ausbildung an den Universitäten die künftigen Lehrerinnen und Lehrer besser auf Klassen mit sprachlicher und kultureller Vielfalt vorbereiten (Seite 86)
- Die Integrationspolitik in unserem Land leidet in besonderem Maße an einer ausufernden Projektorientierung. Ihr fehlt es dadurch an Kontinuität, Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit. und allen Pädagogen durch entsprechende Fortbildungsangebote fortlaufend Unterstützung anbieten. (Seite 86)
- Wir werden prüfen, wie wir das Anerkennungsgesetz verbessern und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – unter Beibehaltung der notwendigen Qualitätsanforderungen – beschleunigen können. (Seite 98)

**Mehr zum Thema Zuwanderung und Integration auf den Seiten 61, 84, 85, 86, 87, 97 und 98.**

## Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz

- Wir werden eine Prioritätenliste für Straßenbaustellen vorlegen, damit Straßenschäden und Brücken fachgerecht und schnellstmöglich saniert werden können. Dadurch wird die Staubbelastung deutlich reduziert. (Seite 23)
- Wir werden ein professionelles Baustellenmanagement für Autobahnen mit dem Ziel einführen, Bauzeiten drastisch zu verkürzen und die Belastung für alle Verkehrsteilnehmer zu reduzieren. (Seite 23)
- Wir sind der Überzeugung, dass Bauzeitverkürzungen nicht ausschließlich durch Vollsperrungen erreicht werden können. Alle Verkehrsträger wie ÖPNV und Schienenverkehr müssen in die Planung einbezogen werden, um Ausweichmöglichkeiten für Pendler und Reisende zu gewährleisten. (Seite 23)
- Wir wollen eine zweigleisige Brückenstrategie verfolgen: Dort, wo es machbar ist, wollen wir mit neuestem technischem Know-How sanieren. Dort, wo es unumgänglich ist, muss die Brücke durch einen Neubau ersetzt werden. (Seite 25)
- Dabei gehören nicht nur die maroden Brücken auf den Prüfstand, sondern auch die Genehmigungsverfahren, denn diese dauern deutlich zu lang. Dies geht auf Kosten der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Wir wollen uns in Berlin dafür einsetzen, dass zum Bau oder zur Renovierung zentraler Infrastrukturvorhaben in Nordrhein-Westfalen schnellere Genehmigungsverfahren beschlossen werden. (Seite 25)
- Wir wollen bei den Flughafenbetreibern dafür sorgen, dass diese ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Lärmschutzes intensivieren. (Seite 25)

**Mehr zum Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz auf den Seiten 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 33, 34, 35, 46, 74, 75, 76, 78, 79 und 82.**

## Thema Wirtschaft

- Wir wollen eine umfassende Entbürokratisierung einleiten. Wir entlasten die staatliche Verwaltung und wirken einem zusätzlichen Personalaufbau und neuen finanziellen Belastungen des Landes entgegen. In einem ersten Schritt werden wir unnötige bürokratische Regelungen wie das Tariffreie- und Vergabegesetz abschaffen. (Seite 16)

- *Wir werden Existenzgründungen und das Entstehen erfolgreicher Start-Ups fördern. Wir setzen auf den Auf- und Ausbau von digitalen Clustern im Umfeld von Hochschulstand- orten und die gezielte Vernetzung von Start-Up-Standorten, Inkubatoren, Großindustrie und mittelständischen Unternehmen. (Seite 17)*
- *Wir werden die Einführung der sogenannten „Hygiene-Ampel“ rückgängig machen und durch ein positives Anreiz- und Bonussystem für Vorzeige-Betriebe ersetzen. (Seite 18)*
- *Wir wollen die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen für das Handwerk erhöhen und den deutschen Meisterbrief als einmaligen Qualitätsnachweis auf sämtlichen Ebenen gegen jede Form von Relativierung und Nivellierung entschlossen verteidigen. (Seite 18)*
- *Wir wollen das Ladenöffnungsgesetz novellieren. Insbesondere brauchen wir wieder eine rechtssichere gesetzliche Lösung für vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr, ohne die Sonntagsruhe zu sehr zu stören. Die Forderung, die Zahl der verkaufsoffenen Sonn- tage anzuheben oder den Verkauf ganz frei zu geben, lehnen wir ab. Der Sonntag darf nicht allein ökonomischen Interessen geopfert werden. (Seite 23)*
- *Wir wollen die Start-Up-Finanzierung verbessern. Dazu werden wir bestehende Programme des Landes evaluieren und nachschärfen und uns auf Bundesebene für einen erleichterten Zugang zu Risikokapital einsetzen. (Seite 32)*

**Mehr zum Thema Wirtschaft auf den Seiten 16, 17, 18, 19, 23 und 32.**

# Landtagswahlprogramm 2017 der AfD

<https://afd.nrw/landtagswahl/programm/>

## Thema Jugend

- Keine spezifische Aussagen

## Thema Familie

- Die AfD fordert Wahlfreiheit bei der Betreuung von Kleinkindern. Von staatlicher Seite wird die Fremdbetreuung einseitig gefördert. Klassische Familienkonstellationen werden entwertet. Kinder sind schutzbedürftig. Ihren seelischen, körperlichen und geistigen Bedürfnissen gerecht zu werden, hat eine herausragende Bedeutung für unserer Gesellschaft. Kinde mit stabiler familiärer Bindung sind der beste Garant für den Erhalt und erfolg unserer freiheitlich- demokratischen Gesellschaft. Dazu gehören ein materieller Ausgleich für Eltern, die sich selbst der Erziehung ihrer Kleinkinder widmen. Die Einbeziehung von Familienangehörigen und Tageseltern ist ebenso zu unterstützen. (Seite 21)
- Die AfD steht für den Schutz der Familie als Fundament unsrer Gesellschaft. Die Familie ist die Keimzelle und die Basis unsere Gesellschaft und Kultur. Sie vermittelt Werte wie Fürsorge, Liebe und Solidarität, Respekt und Menschlichkeit. Dem bewährten Familienmodell droht die Zerstörung durch die aktuelle, ideologisierte Politik. Wir respektieren eingetragene Lebenspartnerschaften, deren Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir ab. Aha und Familie stehen unter dem besonderen schütze der staatlichen Ordnung. Dem fühlen wir uns verpflichtet. (Seite 22)
- Die AfD fordert eine aktivierende Familienpolitik. Demografie ist nicht Schicksal, man kann diese vielmehr selbst in de Hände nehmen. Kinder zu haben bedarf erstrangiger Förderung. Die Geburtenrate in Deutschland stagniert mit 1,4 Kindern pro Frau etwas ein Drittel unter dem Erhaltungsniveau. Die Politik versucht den Mangel an nachwuchs durch längere Lebensarbeitszeit, die Stagnieren der Erwerbstätigkeit von Frauen und durch Zuwanderung zu kompensieren, schaut daut aber nur zusätzliche Probleme. Die AfD fordert, zur Lösung des demographischen Problems die Streuung der Geburtenrate in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Neben der Einführung eines Familiensplittings im Steuerrecht und der Besserstellung von Müttern bei der gesetzlichen Rente fordern wir eine Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen von Familien orientiert und junge Menschen zur Familiengründung ermutigt. (Seite 23)

**Mehr zum Thema Familie auf den Seiten 21, 22 und 23.**

## Thema Schule

- Das Menschenbild der AfD ist geprägt von Freiheit und persönlicher Verantwortung sowie Solidarität und sozialer Verpflichtung eines jeden Bürgers. Es Gründe sich auf humanistisch-abendländischen Normen und Werten in deren Zentrum die Chancengleichheit steht. (Seite 13)
- Nur durch eine adäquate Leistungsorientierung können Menschen ihre Schwächen herausbilden und ihre Schwächen überwinden. Deswegen müssen Schüler und Studenten alters- und Begabungsgerecht an den leistungsgedanken herangeführt werden, um ihr eben eigenständig gestalten zu können. (Seite 13)
- Die AfD fordert die Beibehaltung uns den Ausbau des mehrgliedrigen Schulsystems. Der Schleichenden Abschaffung verschiedener Schulformen und Entwicklungen hin zu gleichmacherischen Einheitsschule muss Einhalt geboten werden. Nur durch ein ausdifferenziert, aber durchlässiges Schulsystem ist echte, weil gezielte individuelle Förderung im Rahmen der schulischen Möglichkeiten und Angebote zu leisten. Dies gewährleistet Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus allen sozialen Schichten. Eine stärkerer Ausrichtung den Schullaufbahnen auf Berufs- und Studienfeldern wie auch einer besonderen Begabtenförderung wird ermöglicht. (Seite 13)

- *Leistungshomogene Lerngruppen sind in allen Schulen einzurichten. Klassenverbände mit einer Schülerschaft, in der die Leistungsunterschiede zu groß sind, zeigen vergleichsweise schlechterer Lernerfolge. Effizientes Lehren und Lernen ist jedoch nur dann möglich, wo eine gewisse Lernhomogenität herrscht. Diese ermöglicht eine gezielte Förderung besonders von Benachteiligten und Begabten und führt zu einer Leistungssteigerung aller Schüler. Individuelle Förderung soll im Lerngruppenverband erfolgen. (Seite 13)*
- *Die AfD wird das Rot-grüne Inklusionskonzept als ideologischen Irrweg stippen! Inklusion schadet Kindern sowohl mit als auch ohne Förderbedarf. Das inklusive Schulkonzept bietet Schülern mit Behinderung weniger Unterstützung als das System der Förderschulen. Die Beschulung von Kindern mit besonderem Förderbedarf an Realschulen kann das notwendige Maß an individueller Förderung nicht leisten. Förderschulen sind ein bewährtes Instrument, Kindern mit besonderem Förderbedarf ein Höchstmaß an Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das hochgradig spezialisierte Förderschulsystem hierzulande ist Bestandteil des allgemeinen Schulsystems, es geht in einer Qualität weit über die Forderung der UN Konventionen hinaus und muss deshalb unbedingt erhalten bleiben. (Seite 14)*
- *Die AfD will die Klassenstärke in allen Schulformen verringern. Lehrermangel und Missmanagement haben in vielen Schulen NRWs zu einer Maximalauslastung der Klassengrößen geführt. Durch die massenhafte Zuwanderung wird dies Problem deutlich verschärft. Kleinere Klassen bedeuten jedoch mehr Zeit für die Förderung des einzelnen Schülers. Daher ist eine Idealgröße von 12-20 Schülern pro Klasse (je nach Schulform) anzustreben. Die AfD fordert deshalb mehr Lehrkräfte für alle Schulformen. (Seite 15)*
- *Die AfD fordert die neunjährige Schulzeit am Gymnasium für alle - G8 auf freiwilliger Basis. Die Schüler und Schülerinnen an den Gymnasien leiden unter der Schulzeitverkürzung auf acht Jahre. Die Stoffverdichtung durch Nachmittagsunterricht und erhöhte Stundenzahl in der Oberstufe belasten außerordentlich, verbinden das gründliche Lernen und lassen manche frühzeitig scheitern. Die als Entlastung vorgesehene Maßnahme der Landesregierung wie die Reduzierung von Hausarbeiten verschärft den Bildungsaufbau und führen zu mehr Lernstress, wenn die Schüler den zentralen Prüfungen recht werden wollen. Die Aufnahmefähigkeit von Kindern hängt von der altersspezifischen Entwicklungsstufe ab. Der Neunjährige Bildungsgang hat sich über ein Jahrhundert lang bewährt und muss wieder zum Regelfall werden. Er alleine schafft den Kindern genug Zeit, damit sie ihre intellektuellen Fähigkeiten entfalten, ihre sozialen Kompetenzen ausbilden und ihre charakterlichen Stärken formen können. Er lässt ihnen Zeit für die Persönlichkeitsreife und für die Inanspruchnahme außerschulischer Bildungs- und Sportangebote sowie die Möglichkeit für ehrenamtliches Engagement. Dies alles zu erfahren und zu erleben ist für die Persönlichkeitsbilder junger Menschen unabdingbar. (Seite 16)*

**Mehr zum Thema Schule auf den Seiten 13, 14, 15 und 16.**

## **Thema Ausbildung & Studium**

- *Die AfD fordert die höhere Wertschätzung von Ausbildungsberufen. Die politisch motivierte Inflation akademischer Abschlüsse irrt das Risiko eines gravierenden Qualitätsverlustes. Die AfD setzt auf Qualität bei der Hochschulausbildung und lehnt vorgegebene Erfolgsquoten ab. Wir setzen uns für die Wertschätzung nichtakademischer Ausbildungen und handwerklicher Berufe ein. (Seite 19)*
- *Die AfD fordert bewährte Diplom- und Magisterstudiengängen statt Bologna. Die EU-weite Harmonisierung von Studiengängen hat in der Praxis gezeigt, dass die versprochenen Vorteile wie verbesserte Vergleichbarkeit und Erleichterung von Studienplatzwechsel nicht eintraten. Andere Entwicklungen führten zu einer Minderqualifizierung der Hochschulabgänger. Kritik kommt nicht nur von Arbeitgebern, sondern inzwischen auch von Studierenden. Die AfD spricht sich für die Rückkehr zu den besser qualifizierten Studiengängen mit Diplom- und Magisterabschlüssen aus. Staatsexamina müssen wieder eingeführt bzw. beibehalten werden. (Seite 19)*
- *Wir fordern ein differenziertes Studiensystem statt Einheitsunis. Deutschland unterscheidet zwischen Berufsausbildung in einem dualen System, praxisorientierten Fachhochschulen und forschungsintensiven Universitäten mit exklusivem Promotionsrecht. Da so für alle Anforderungen bedarfsgerechte Stufenangebote*

*vorliegen, muss dieser Wettbewerbsvorteil gepflegt werden. Studiengänge dürfen nicht alleine wegen ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit eingerichtet werden. (Seite 19)*

- *Die AfD steht für die Freiheit in der Forschung und Wissenschaft. Die Freiheiten Forschung ist durch EU-Bürokratismus gefährdet. Akkreditierungsbürokratie bestimmt heute im Wesentlichen die hochschulspezifische Gestaltung der Lehre. Deshalb ist die Autonomie der Hochschule zu stärken und den Professoren die Verantwortung für ihre Lehre zu übertragen. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist unantastbar. Wir treten für eine Rückkehr zu wissenschaftlichen Selbstverwaltung und Mittelvergabe auf Nationalstaatlicher Ebene ein. (Seite 19)*

**Mehr zum Thema Ausbildung und Studium auf der Seite 19.**

## Thema Außerschulische Bildung

- *Keine spezifische Aussagen*

## Thema Sport, Freizeit & Kultur

- *Die AfD fordert den Ausbau des Schulsportes und Stärkung der Sportvereine. Die gesellschaftliche Entwicklung, u.a. durch G8 und Ganztagschule, führt zu einem starken Wandel von allem im Kinder- und Jugendsportbereich sowohl in der Schule als auch in den Vereinen. Schulsport findet kaum noch statt. Die notwendigen Freizeit- und Erholungsphasen für Schüler werden immer weniger. Jedoch werden die Auswirkungen durch den Bewegungsmangel auf die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder immer sichtbarer. Sportliche Aktive muss in den Schulen wieder mehr an Bedeutung gewinnen, da diese zur Verbesserung der schulischen Leistung beiträgt, das Selbstbewusstsein und die Persönlichkeit stärkt, Teamgeist und Fairness fördert - sowohl im normalen Unterricht, als auch am Nachmittag im Rahmen der Ganztagsbetreuung. Hierzu ist eine verstärkte Kooperation von Schulen, Offenen Ganztag und Sportvereinen notwendig. (Seite 17)*
- *Wir fordern die Anerkennung der Bedeutung des Leistungs- und Spitzensports für unsere Gesellschaft. Leitung- und Spitzensport hat eine identitätsstiftende Funktion. Ausbau und Verbesserung von Talentsicherung und - Förderung sind deshalb in den Sportvereinen und Schulen entscheidend für die Sicherung unseres Leistungssportnachwuchses. Weiterhin ist die Finanzierung und Absicherung von Trainern und Übungsleitern zu verbessern, um Fluktuationen zu vermeiden. Außerdem müssen die Athleten eine verstärkte Unterstützung bei ihrer erfolgreichen schulischen, beruflichen und leistungssportlichen Laufbahn erfahren. Das Spitzensportdreieck „Athlet - Trainer - Sportstätte“ ist wieder in den Mittelpunkt zu rücken. (Seite 18)*

**Mehr zum Thema Sport auf den Seiten 17 und 18.**

## Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit

- *Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist die zentrale Forderung der AfD. Volksbegehren, Volksentscheide, Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen heute hohe Hürden überwinden und sind daher praktisch bedeutungslos. Die jeweiligen Schwellen müssen deutlich abgesenkt werden, denn nur so lassen sich das Engagement und Vertrauen der Bevölkerung in die Politik nachhaltig zurückgewinnen. Weiterhin sind bislang ausgeschlossene Themen, wie z.B. fiskalische Fragen und Abgaben auf kommunaler Ebene, zukünftig einzubeziehen. (Seite 26)*
- *Wir fordern, dass die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen auf das „deutsche Volk“ vereidigt wird. Wir wenden uns gegen die Verfassungsänderungen den Schur auf das Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen vorzunehmen. Die Mitglieder einer Landesregierung eines deutschen Bundeslandes sind dem Souverän verpflichtet und die ist das „deutsche Volk“. (Seite 28)*

- *Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf seinen Grundversorgungsauftrag zurückführen. In unserem Grundgesetz ist der Grundversorgungsauftrag verankert. Er ist mit zahlreichen Programmen und deren Überwiegend nicht auf Informationen ausgerichteten Inhalten unzuverlässig ausgeweitet worden. Die Zwangsbeiträge für die Grundversorgung sollen abgeschafft werden. (Seite 30)*
- *Wir wollen einen Starbestand für „Steuerverschwendung“ einführen. Steuerhinterziehung wird heute geahndet durch Nachzahlen der Steuerschuld, Geldstrafe oder Freiheitsstrafe. Steuerverschwendung durch offensichtliches und Fortlaufende politische Fehlentscheidungen dagegen bleibt selbst bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit ungesühnt. Die AfD fordert einen Startatbestand „Haushaltsuntreue“ im Strafgesetzbuch zu verankern, nach dem es möglich ist, politische Fehlentscheidungen, die im Zusammenhang mit öffentlichen Geldern stehen, strafrechtlich zu verfolgen. Das Unterlassen von Ausschreibungen soll als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können. (Seite 32)*
- *Religionsfreiheit bedeutet auch „Freiheit von Religion“ gerade am Arbeitsplatz. Religionsfreiheit muss am Arbeitsplatz ihre Grenzen Sorte finden, wo der Betriebsablauf gestört oder Mitarbeiter durch die Religionsausübung der anderen belästigt werden. Wie viel Religion der in einem Betrieb möglich ist, soll zukünftig die Unternehmensleitung entschieden dürfen. Die freie Religionsausübung ist daher am Arbeitsplatz eingeschränkt; die muss in Grenzen und auch im Grundgesetz verankert werden. Für Arbeitslose soll sich aufgrund ihrer Religion kein recht auf Ablehnung eines Jobangebotes ergeben. Religionsfreiheit bedeutet nicht nur, seine Religion frei ausüben zu können: Sie bedeutet auch, dass jeder Bürger das recht hat auf ein Leben frei von Religion. Mitarbeiter, die ihre Religion auch hier ausleben wollen, zwingen dadurch ihrem Arbeitgeber und ihre Kollegen religiöse regeln auf und stören betriebliche Abläufe Arbeitslose, die Jobangebote wegen ihrer religiösen Ausrichtung ablehnen, belasten dadurch unsere Sozialsystem. (Seite 35)*
- *Die AfD setzt sich für den uneingeschränkten Erhalt des Bargeldes ein. Bundesregierung, EZB und IWF treiben mit der Abschaffung des Bargeldes eines der folgenschwersten Projekte voran. Diese i Gang gesetzte Abschaffung des Bargeldes wird absehbar zur Überwachung der Bürger und der schrittweisen Entwertung ihrer Vermögen führen. Das Bargeldverbot ist ein Angriff auf die Freiheit und die Eigentumsrechte. Negativzinsen, Vermögensabgaben und Zwangsabbuchungen werden die Folge sein. Der Kontozwang ist eine Bedrohung für jeden Bürger, besonders für Sparer und Altersvorsorger. Bargeld ist gedruckte Freiheit und gelebter Datenschutz. (Seite 50)*

**Mehr zum Thema Arbeit, Soziales & Generationengerechtigkeit auf den Seiten 28 bis 28, 29 bis 32, 33 bis 36, 49 bis 52.**

## Thema Gesundheit

- *Die AfD fordert die Sicherung der ländlichen Versorgung durch gezielte Ausbildung von Allgemeinmedizinern. Überalterung und Abwanderung gefährden die medizinische Versorgung auf dem Land. Ohne ausreichende Bedarfsdeckung an Hausärzten ist auch eine Wohnortnahe Versorgung, besonders der chronisch Kranken nicht zu schaffen. Die Ausbildung zum Allgemeinmediziner muss gefördert werden. Die AfD fordert die Einrichtung eines Institutes für Allgemeinmedizin an der medizinischen Fakultät in NRW: Es müssen Vergütungsanreize für Weiterbildungsstellen sowie zum Ausgleich der Strukturgefälle zu städtischen Regionen gewährt werden. (Seite 58)*
- *Die AfD will eine bessere Infektionsprophylaxe im Zeitalter globaler Kontakte und zunehmender Antibiotikaresistenz. Der größte Antibiotikaverbrauch ist heute in der Tierzucht: 1.700t in der Viehzucht im Vergleich zu 10 t auf allen Intensivstationen in Deutschland. Antibiotikaresistente Keime befinden sich daher nicht nur auf Menschen, sondern auch auf Tieren, der Nahrung und im Grundwasser. Wir fordern eine stärkere Kontrolle und die Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierzucht. Wasser und Nahrung sollen besser auf Keime und Antibiotikarückstände überprüft werden. Wir streiten für eine Liste von Reserve-Antibiotika, die nur dem Menschen vorbehalten sind. (Seite 59)*
- *Krankenversicherungskarte und E-Health-Gesetz. Die AfD befürwortet den elektronischen Austausch von Patientendaten (Stammdatenabgleich, Medikamentenplan, Notfalldatensatz, Patientenverfügung), wo er sinnvoll und sicher ist und dem zugestimmt wurde. Eine zentrale Speicherung wird abgelehnt. (Seite 60)*

**Mehr zum Thema Gesundheit auf den Seiten 57 bis 60.**

## **Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet**

- *Die AfD fordert Oberschutz vor Täterschutz. Bei der Startzumessung nehmen Milde und Verständnis für die Täter zu viel Raum ein; der Opferschutz ist in Teilen der Justiz aus dem Blickwinkel geraten. Wir fordern die generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab einem Alter von 18 Jahren. Dem Opferorientiert Bewusstsein hat in der Juristenausbildung eine höhere Bedeutung zu bekommen. Ziel ist, den Schutz der Bevölkerung und der oder wieder Vorrang vor dem Interesse der Täter einzuräumen. (Seite 26)*
- *Nationales Recht darf keine kulturellen Vorbehalte unterliegen. Keine Anwendung von Sharma-Recht auf deutsch Boden, auch nicht im Zivilrecht. Unser Rechtssystem wird immer wieder aufgeweicht. Starteten werden Eibe sprechender kulturellem Hintergrund der Täter häufig nicht angemessen geahndet. Religion, Kultur und Ideologie dürfen aber keinen Einfluss auf das Strafmaß haben Wer in Deutschland leben möchte, hat sich über unser Rechtssystem zu informieren und es zu respektieren. Bei nichtsdeutschen Staatsbürgern kann zurzeit in Angelegenheiten der Privaten Lebensführung internationale Privatrecht angewendet werden. Darunter fällt auch die Anwendung der Scharia. Die AfD lehnt dies ab. Wer deutschen Staatsboden betritt, muss unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit och nationale, Recht behandelt werde. Das grundgesetzwidrige Schariarecht darf auf keinen Fall zur Anwendung komme, weder im Erb- noch i Eherecht oder bei sinister juristischen Auseinandersetzung. (Seite 27)*
- *Die AfD steht für eine konsequente Kriminalitätsbekämpfung. Während die Deliktzahlen bei Einbruch, Raub, Körperverletzung und Sexualdelikten in NRW steigen, sinken di Aufklärungsquoten. Straftaten werden dadurch für Täter immer risikoloser und lukrativer. Auch offene Grenzen können ausländische Kriminelle ungehindert eindringen, Straftat begehen und sich unerkant zurückziehen. Dem begegnet die Landesregierung mit einer Personalstärke und einer Organisation der Polizei, die dieser gestiegen Bedrohung nicht gerecht wird. Die AfD fordert eine Signifikante personelle und ausrüstungstechnische Stärkung der Polizei, um die Aufklärungsquote zu steigern und dadurch Abschreckung zu erhöhen. (Seite 72)*
- *Die AfD fordert die Schaffung von Schwerpunktanwaltschaften zur Bekämpfung der Internetkriminalität. die Inernetkriminalität entwickelt sich dynamisch und führt zu erheblichen Schädigung der Betroffenen. Für die Täter besteht nur ein geringes Risiko der Ermittlung und Verurteilung. Dem soll durch die Bildung von Schwerpunktanwaltschaften begegnet werden. (Seite 73)*

**Mehr zum Thema Innere Sicherheit, Datenschutz & Internet auf den Seiten 25 bis 28 und 71 bis 75.**

## **Thema Zuwanderung & Integration**

- *Imame sollen auf Deutsch predigen. Predigten von Imamen aus Ländern, in denen die freiheitliche-demokratische Grundordnung unbekannt ist, bergen die Gefahr verfassungsfeindlicher Inhalte. Predigten dürfen nur in Deutsch abgehalten werden und keine verfassungsfeindlichen Botschaften beinhalten. Wer durch verfassungsfeindliche Agitationen auffällt, erhält ein Predigtverbot und wird bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen abgeschoben. (Seite 28)*
- *Wir fordern Transparenz der Kosten der Asylpolitik. Mehr als jeder fünfte Asylbewerber in Deutschland ist in NRW untergebracht. Die dadurch entstehenden Ausgaben sind intransparent, sie erfolgen aus Landesebene aus dem Kernhaushalt des Landes und durch die Beteiligungsgesellschaften. Wir fordern eine gesonderte Gesamtübersicht der Einnahmen, Investitionen und Ausgaben. Erfasst erden müssen hierbei z.B. Kosten für Bau und Anleitung von Unterbringungen, Versorgung, Integration, medizinischer Betreuung, Sach- oder Geldleistungen, Personal sowie Sicherheit. (Seite 31)*
- *Die AfD wird Zuwanderung regulieren und reduzieren. Für die Zuwanderung benötigen wir klare Regeln die Anwendung von geltendem Recht und Gesetz sowie eine eindeutige Differenzierung on Zuwanderung zum dauerhaften Verbleib in unserem Land und temporärem Schutz für Schutzbedürftige. Vorrang vor Zuwanderung haben Familien. und bevölkerungspolitische Maßnahmen und eine Ausbildungsoffensive, um damit den Zuwanderungsbedarf zu reduzieren. In Kanada wird die Zuwanderung durch ein Punktesystem geregelt, welches sich an nationalen Interessen ausrichtet. Hauptkriterium ist die Vakanzzeit einer Stelle,*

hinzu kommen Sprachkenntnisse, Alter, Familienstand Integrationsfähigkeit, etc. Damit die Steuerung der Zuwanderung in unseren Händen liegt, fordern wir die Zuwanderungsgeuzt in Anlehnung an das Kanadische Modell. (Seite 38)

- *Wir wollen Rückführung durchsetzen und Duldungen vermeiden. Wir fordern schnellstmögliche Rückführung in die Heimatländer für alle Personen, deren Antrag auf Asyl endgültig abgelehnt worden ist und eine drastische Reduktion der Duldungen. Ausweisungen und Abschiebung sind ein notwendiger Teil des Asylrechts. Diese Aufgaben sind wieder zentral vom Land oder Bund wahrzunehmen. Die personelle Ausstattung ist den Notwendigkeiten anzupassen, Rückführungshemmnisse sind deutlich zu vermeiden. Hindernisse durch Drittstaaten sind durch aktive Außenpolitik der Bundesregierung zu minimieren. Gegebenenfalls kann eine Unterstützung der Rückkehrer durch finanzielle Leistungen erfolgen. Abschiebehaft und Haft gemäß Dublin-III-Verordnung sind als Bestandteil rechtsstaatlicher Maßnahmen anzuwenden. Abschiebeverhinderung durch Dritte ist eine Straftat und kein Akt der Humanität. zur Durchsetzung von Abschiebungen sollen die Bundeszuweisungen an die Länder an die Erfüllung festzusetzenden Abschiebequoten gebunden werden. (Seite 41)*
- *Asyl ausnahmslos für Schutzsuchende, nicht für Täter. n Asylunterkünften werden Christen und andere ethischen Gruppen oftmals Opfer von Gewalt und Erniedrigung durch fundamentalistische Mitbewohner islamischen Glaubens. Die Täter werden in einen Fällen in andere Städte verlegt, oft werden aber die Opfer aus der Unterkunft entfernt oder fliehen von selbst. Asylbewerber, die ihre ethischen und religiösen Konflikte in Deutschland austragen, sind Aggressoren. Diese sind bis zum Erhalt des Asylbescheides in Abschiebehaft unterzubringen, um die Bevölkerung als auch die lediglich schutzschulenden Asylbewerber in Sicherheit zu wissen. Bei schwerwiegenden Straftaten (bzw. bei Verbrechenstatbeständen) ist die Abschiebung unverzüglich nach Verbüßung der Haftstrafe zu vollziehen. Länder, die sich weigern die Täter zurückzunehmen, sind zu sanktionieren. (Seite 42)*
- *Einreise von IS Rückkehrern verbinden und ungesetzliche Zuwanderung eindämmen. Radikal-islamistische Bestrebungen haben bereits in NRW Spuren hinterlassen. Auf die aktuelle Gefahr, z.B. durch den Islamischen Stadt, muss auch im NRW-Interesse wirksam reagiert werden. Rückkehrende IS-Kämpfer und Extremisten soll die Einreise nach Deutschland und der Aufenthalt in NRW untersagt werden. (Seite 73)*

**Mehr zum Thema Zuwanderung & Integration auf den Seiten 25 bis 28, 37 bis 42 und 71 bis 75.**

## **Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz**

- *Wir wollen Bürger entlasten und Grunderwerbssteuer senken. Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer aus derzeit 6,5% in NRW erfolgte zur Verbesserung der Haushaltssituation. Wir fordern eine deutliche Reduzierung, um Immobilien erwerb nicht nötig zu erschweren. Die Vermögensbildung durch Immobilienerwerb ist für den Bürger zu erleichtern. Dies fördert die Altersvorsorge und erhöht die berufliche Mobilität. (Seite 30)*
- *Die AfD fordert den Erhalt und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Die Infrastruktur in NRW ist aus Politischen Gründen seit Jahrzehnten unterfinanziert. Dadurch sind die Verkehrswege an vielen Stellen in einem Maroden zuratend und es ist ein Milliarden schwere Insertionsstau entstanden. Die notwendigen Mittel müssen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Eine Finanzierung wie in der Schweiz ist hier ein mögliches Vorbild. Dadurch fließen die Mittele ungekürzt auch politische Einflussnahme an die zuständigen Baulastträger. (Seite 47)*
- *Die AfD fordert die Abschaffung der Umweltzone und lehnt die Einführung der blauen Plakette ab. die Umweltzone haben ihren Zweck erfüllt. Über 95% aller Kraftfahrzeuge erfüllen bereits die Abgasnorm für die grüne Plakette. Eine weitere Verschärfung durch die glaupe Pakete trifft einkommensschwache Haushalte und kleine Gewerbetreibenden unverhältnismäßig hoch. Es ist z.B. wirksamer die 400 Binnenschufte in NRW mit sauberem Kraftstoff zu betreiben, da diese in etwa soviel Emissionen verursachen, wie 3,8 Mio. PWKs. (Seite 48)*
- *Wir fordern die Anzahl der kommunalen Nahverkehrsbetriebe, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, durch Fussion umfassend zu verringern und als verkehrspolitische Entwicklung für die Zukunft auf einen zu*

reduzieren und eine Fusion, mit dann nur noch einem Verwaltungsapparat aller (Dach-) Zweckverbände. (Seite 48)

- *Im Interesse der Kunden muss einem Landesweiten einheitlichen Tarifsysteem für den ÖPNV, auf Basis des NRW-Tarifs, oberste Priorität eingeräumt werden, weil regional begrenzte Preis und Tarifgestaltung überholt ist. (Seite 48)*
- *Blühende Landschaften statt trister Monokultur: Die AfD steht ein für die bäuerliche Landwirtschaft. Die AfD erkennt die bäuerliche Landwirtschaft als eine wichtige Säule des ländlichen Raumes und der Versorgung der Bevölkerung mit frischen, ortsnahen und hochwertigen Lebensmitteln an. Wir setzen auf eine Stärkung regionaler Strukturen und bäuerlichen Familienbetriebe, regionalen Milch- und Schlachthöfen sowie mittelständige Händler. Dazu bedarf es der Freiheit, einen Betrieb ohne übergeordnete Bürokratie und Auflagen führen zu können. Vielfalt entsteht durch Kreativität und Unternehmertum. Wir möchten Anreize umlenken von einer „wachse-oder-weiche-Kultur“ hin zu Regionalität und einer attraktiven deutschen Bio-Landwirtschaft ohne zusätzliche Subventionen. Wir sagen nein zur weiten Konzentration und Industrialisierung. (Seite 55)*
- *Grüne Gentechnik: Die AfD steht für Transparenz und Sicherheit bei der Lebensmittelqualität und gegen Zulassung aus Landesebene. Die Entscheidung einer Anbauzulassung gentechnisch veränderter Organismen muss auf Bundesebene bleiben. Eine Verlagerung auf Landesebene würde auch artenverwandte Pflanzen benachbarter Felder kontaminieren, da ein Pollenflug nicht vor Landesgrenzen halt macht. Die AfD setzt auf die Wettbewerbsvorteile einer gentechnikfreien, deutschen Landwirtschaft nach dem Vorbild Österreichs. Unser hoher Anspruch an sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel ist unvermeidbar bei der Anbauzulassung für gentechnisch veränderte Organismen, die nachweisen eine unmittelbare Auswirkung auf unsere Gesundheit haben. Solange nicht auch mehrjährige Fütterungsstudien und Versuche eine Unbedenklichkeit gentechnisch veränderter Futterpflanzen und Lebensmittel zweifelsfrei und mehrfach nachgewiesen ist, geht der Schutz des Verbrauchers vor. (Seite 55)*
- *Die AfD steht für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung von Tieren und eine Stärkung des Tierschutzes. Die Größe und den Fortschritt einer humanen Gesellschaft und ihrer Kultur erkennt man an ihrem Bewusstsein für ihre schwächsten Mitgeschöpfe. Es gilt, die immer noch praktizierten Missstände im Umgang mit Tieren und deren Haltung aufzuzeigen und auszuräumen. Wir fordern ein striktes Verbot unnötiger Versuche am lebenden Tier und befürworten das Erforschen alternativer Methoden. In der Landwirtschaft soll die Massentierhaltung eingeschränkt und der Transport der Nutz- und Schlittiere nur noch über kurze Distanzen innerhalb Deutschlands forciert werden (nächstegelegener Schlachtbetrieb). Wildtiere in Zirkussen lehnen wir ab, da eine artgerechte Haltung nicht möglich ist. Tierquälerei, wie das betäubungslose Schlachten /schächten), darf nicht aufgrund Religionsfreiheit toleriert werden. Wir fordern daher die Streichung des §a Abs. 2 Nr. 2 TierSchG, der die betäubungslose Schlachten als Ausnahmeregelung legalisiert. Das millionenfache Schreddern männlicher Küken lehnen wir aus moralischen-ethischen Gründen ab. (Seite 55)*
- *Wir wollen die Jagd erhalten und die Rechte der Jäger stärken - für ein ideologiefreies Jagdrecht. Das Bild des Jägers ist in Teilen der Öffentlichkeit zu Unrecht auf den „Tropenjäger“ reduziert. Wir stehen für eine differenzierte Sichtweise auf die Pflichten des Jägers sowie eine Gesetzgebung, die sich an die modernen Verhältnisse anpasst. Wir fordern eine erneute Novellierung sowie eine angemessene, umfassende und rechtliche Neubewertung des momentan gültigen „ökologisch 2n“ Jagdgesetzes. Die zahlreichen zusätzlichen Aufgaben, zu denen die Jägerschaft verpflichtet ist, müssen dabei angemessen berücksichtigt werden. Das Jagdrecht muss sich der Nachhaltigkeit, d.h. dem Einklang von Tier und Natur, widmen und darf nicht aus ideologischen Gründen eingeschränkt werden. (Seite 56)*
- *Braunkohle sichert die Energieversorgung in Deutschland und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Braunkohle ist der einzige, zu wettbewerbsfähigen Kosten verfügbare heimische Energieträger für eine Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen kommt ihr eine Schlüsselrolle zu. In NRW hängen an der Braunkohle direkt und indirekt zehntausende Arbeitsplätze. Braunkohle wird auf absehbare Zeit für die notwendige Grundversorgung in Deutschland unentbehrlich sein. Anders als die Stromerzeugung von Windkraft- und Photovoltaikanlagen steht die Leistung der Braunkohlekraftwerke jederzeit abrufbar zu Verfügung, d.h. Braunkohlekraftwerke sind grundlastfähig. Eine realistische und faktenbasierte Energiepolitik hat dies zu berücksichtigen und entsprechend zu handeln. (Seite 63)*

- *Wir betrachten neue Energietechnologie ohne Ideologischen Scheuklappen. Neue Technologien können die zukünftige Basis einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung in Deutschland leisten. Die Förderung grundlagennaher Forschung und Entwicklung muss daher Technologieneutral und Ideologische Scheuklappen erfolgen. Die Freiheit der Forschung ist durch Art. 5 des Grundgesetzes festgeschrieben. Dem gegenüber ist aber festzustellen, dass die Politik die Forschungsthemen ideologisch vorgibt. Deutschland verabschiedet sich zunehmend aus zukunftssträchtigen Energietechnologien indem eine nahezu ausschließliche Fokussierung auf volatile „regenerative“ Energien stattfindet. Die muss korrigiert werden, indem den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen Autonomie bei der Wahl der Forschungsthemen eingeräumt wird. (Seite 64)*
- *Die AfD bekennt sich zum Umweltschutz und fordert ein Ende der Klimaschutzpolitik“ und der Pläne zur Dekarbonisierung. Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf untauglichen Umputer-Modellen de IPCC („Weltklimarat). Kohlendioxid (CO2) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens. Die stetige Änderung des irdischen Klimas ist historisch belegt. ass die Veränderungen der Neuzeit und Gegenwart vor allem oder gar ausschließlich dem menschenverbrachten CO2-Eintrag zuzuschreiben sein, wird nur durch Computermodelle ohne experimentelle Verifizierung gestützt. Die ermittelten Globaltemperaturen der letzten 18 Jahre können die Computersimulationen nicht bestätigen, sondern mahnen, den CO“-Einfluß nicht überzubewerten. Darüberhinaus müssen ggf. auch positive Klimafolgen berücksichtigt werden. (Seite 64)*

**Mehr zum Thema Umwelt, Energie, Verkehr & Verbraucherschutz auf den Seiten 30, 46 bis 48, 53 bis 56 und 61 bis 65.**

## Thema Wirtschaft

- *Wir fordern die Reduzierung der Lohnnebenkosten zugunsten der Arbeitnehmer. Deutschland steht international bei der Belastung von Arbeitseinkommen mit Steuern und Sozialabgaben an der Spitze. Das muss sich zu Gunsten des Arbeitnehmer wieder ändern. Die AfD fordert eine straffen der Kosten- und Auslagenkontrolle der öffentlichen Haushalte, um die Basis für Steuersenkungen zu schaffen. Die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung ist zu reformieren und von versicherungsfremden Leitungen zu entlasten. (Seite 67)*
- *Die soziale Marktwirtschaft ist Garant für wirtschaftlichen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand. Die Kombinieren des Prinzips der Freiheit mit den sozialen Ausgleichs ist der Kern der erfolgreichen deutschen Wirtschaftsentwicklung. Der Staat setzt den geeigneten rechtslahmen und verhindert wettbewerbsgefährdende Machtkonstellationen. Aus Sicht der AfD gibt es keinen effizienten Koordinierungsmechanismus als den Markt. Der Staat stellt die notwendige Informationstransparenz sicher und vermeidet Fehlentwicklungen über die rechtlichen Rahmensetzungen. Der Marktprozess ist für die AfD kein Selbstzweck. Er soll zu einer Wohlstandsvermehrung der Bürger und der Unterhemd führen. (Seite 68)*
- *Die AfD setzt sich insbesondere für die Befreiung kleiner und mittelständischer Unternehmen von bürokratischen Vorgaben ein. Der Mittelstand ist das wirtschaftliche Rückgrat der Wirtschaft in NRW: zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sollen daher alle sinnvollen Möglichkeiten zur straffen und Vereinfachung von Genehmigungs- und Überwachungsverfahren genutzt werden. (Seite 70)*

**Mehr zum Thema Wirtschaft auf den Seiten 66 bis 70.**